

Geschieht täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in 5 Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Preussland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Pro Monat. Eingetrag. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Subskriptions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Quotale für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlagsredaktion: Amt 1, Nr. 1568. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntagabend, den 8. Dezember 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Das Knebelgesetz.

Die Umsturzvorlage bietet in ihrem Texte und in ihrer Begründung so zahlreiche Punkte, bei denen die Kritik einwirken kann, daß es so mancher Betrachtung bedürfen wird, bis dieses Thema erschöpft ist. Der Jurist wie der Politiker, aber auch der Sittenschilderer und der Historiker werden zu diesem Monumentum Stellung zu nehmen haben. Der Jurist, der es nicht fassen kann, daß der subjektiven Willkür abhängiger Richter bei der Urtheilsfindung noch mehr als bisher Thät und Thor geöffnet wird, der Politiker, der in dem Entwurfe die vollständige Unterbindung der öffentlichen Meinung sehen muß, der Sittenschilderer, dem das Knebelgesetz den Beweis vom Bankrott der herrschenden Klassen liefert, der Historiker, der erschrecken wird, daß er nun auch in der Beurtheilung längst vergangener Zeiten auf Staatsanwalt und Polizei Rücksicht nehmen muß.

Von allen diesen Gesichtspunkten und noch einigen anderen wird der Entwurf zu kritisieren sein, heute wollen wir bloß zwei Punkte hervorheben:

Der neue Paragraph 111 — der würdig voransteht in der Reihe der Umsturz-Paragraphen — wird am besten dadurch charakterisirt — und mit ihm das ganze Umsturzgesetz —, daß er nach dem Muster jenes unheilvollen amerikanischen Gesetzes entworfen ist, auf Grund dessen vor acht Jahren der schmachvolle Justizmord von Chicago verübt wurde. Er lautet:

„Wer — — zu einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge hat.“

Dieser, dem bezüglichen Gesetz des Staats Illinois genau nachgebildete Wortlaut ermöglicht es, von dem obersten Beamten des Staates Illinois nachträglich als Verbrecher des Klassenhasses gebardmarkt Bluturtheil, das fünf unschuldige Menschen des Lebens beraubte. Und wie wurde dasselbe begründet? Spieß und Genossen hatten leidenschaftliche Zeitungartikel geschrieben und leidenschaftliche Reden gehalten, und unter anderem auch die Mahnung an die Arbeiter gerichtet, von ihrem verfassungsmäßigen Recht: gewaltthätigen Uebergriffen der Polizei erforderlichen Falls die Gewalt entgegenzusetzen.

Im Mai 1886 kam es zu einem gewaltthätigen Konflikt zwischen Polizei und Volk; und durch den bekannten Bombenwurf wurden einige Polizeibeamte getödtet.

Daß einer der Angeschlagenen die Bombe geworfen habe, wurde nicht nachgewiesen und konnte nicht nachgewiesen werden. Aber da kam das famose Urbild des neuen § 111 zu Hilfe: eine „Aufforderung“ zur Gewaltthätigkeit war vorhanden; die Gewaltthätigkeit wurde als „Folge“ der „Aufforderung“ angenommen, und die Urheber der „Aufforderung“ wurden ebenso bestraft, wie der „Anstifter“ und Ausführer des Bombenwurfs (hätte bestraft werden müssen, wenn er entdeckt worden wäre) — das heißt sie wurden hingerichtet. Ganz von Rechts wegen! Und dieses Gesetz, das den verbrecherischsten Justizmord der Jetztzeit auf dem Gewissen hat, das zum Justizmord geradezu anreizt, oder, wie der Kunstausdruck lautet: „auffordert“, soll deutsches Reichsgesetz werden „zur Bekämpfung des Umsturzes“!

O arme „umgestürzte“ Justitia, auf deutsch Gerechtigkeit!

Als charakteristisch nach einer anderen Richtung hin haben wir § 131 hervorzuheben, der in der neuen Fassung also lautet:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Nun sind hier die gesperrten Worte („oder den Umständen nach annehmen muß“). Der Zweck der Einschaltung liegt auf der Hand. Einem jeden Menschen kann Jeder, dessen Schlussvermögen etwas Routine besitzt, mit Leichtigkeit nachweisen, daß er „den Umständen nach annehmen mußte“, eine von ihm behauptete Thatsache sei „erdichtet oder entstellt“. Jede Thatsache hat, je nach dem Standpunkt des Sehenden, ein anderes Gesicht; und namentlich im politischen Parteilieben giebt es keine Thatsache, die von den verschiedenen Parteien gleich aufgefaßt und beurtheilt wird. Der Beurtheilende braucht also bloß seinen Standpunkt als den ausschließlich richtigen „anzunehmen“ — und wer thäte das nicht? — und er kann unter Gewissens „annehmen“, daß der Angeschlagene „den Umständen nach annehmen mußte“, was er

behauptet, sei „erdichtet oder entstellt“, und ebenso guten Gewissens kann er verurtheilen. In der Praxis wird die neue Fassung übrigens keinen sehr großen Unterschied machen, denn die meisten politischen Richter haben dieselbe schon antizipirt, indem sie das „Wissen“ des Angeschlagenen konstruirten. Das Konstruiren war indeß immerhin, auch bei größter Uebung, einigermaßen mühsame Arbeit. Jetzt ist das Verurtheilen leichter gemacht. Das ist der Fortschritt und Vortheil der neuen Fassung.

Für heute nur noch Eins — ein Wort über einen Passus der Motive des Knebelgesetzes. Es heißt da im sechsten Absatz:

„Was insbesondere die Verbreitung von Schriften betrifft, so kommen außer einem in Berlin in bedeutender Auflage erscheinenden Tageblatt, dessen Inhalt selbst unter dem jetzigen Rechte zu zahlreichen, strafrechtlichen Verfolgungen Anlaß gegeben hat, und außer den in unregelmäßigen Zwischenräumen erscheinenden Festen eines als „anarchistische Bibliothek“ sich bezeichnenden Unternehmens, namentlich die aus dem Ausland eingeführten Preßzeugnisse des Londoner Klubs „Autonomie“ in Betracht.“

Das „in bedeutender Auflage erscheinende Tageblatt“ ist der „Vorwärts“. Und mit dem „Vorwärts“ werden zusammen genannt die „anarchistische Bibliothek“ und die Preßzeugnisse des Londoner Klubs „Autonomie“. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in einem Topf geworfen mit einer uns unbekannt „anarchistischen Bibliothek“ und den Preßzeugnissen des uns sehr wohlbekannten internationalen Polizei- und Anarchistenklubs Autonomie — da haben wir den Geist und die Methode des neuesten Umsturz-Gesetzes für Religion, Sitte und Ordnung! Da haben wir in jedem Sinne des Wortes die Moral der in Deutschland jetzt herrschenden Umsturz-Mode, oder sollen wir sagen des Modestilumsturzes? Da sehen wir die gentiale Hand des gesellschaftsrettenden Lockspiegels Neuf, der seit Caprivi's Sturz wieder aufgetaucht ist und mit in erster Reihe für „Religion, Sitte und Ordnung“ kämpft.

Cuvier brauchte nur einen einzigen Thierknochen, und er stellte den ganzen Thierkörper darnach her. Man braucht nur diesen einen Passus genau zu betrachten und man hat die ganze neueste Aera mit ihrem Umsturz-Kurs! —

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

22

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Ruert.

Die schneidende Stimme Jules de Marnand's riß ihn aus seiner schweigenden Verzückung: Herr Messant, sagte er, was haben Sie denn eigentlich begangen, wofür sie zu einem so langen Exil verurtheilt sind?

Der Adelsstich traf René tief. Er konnte ein nervöses Zusammenzucken nicht unterdrücken.

Wie ungerath, eine solche Frage aufzuwerfen! rief die gute Rosa Krany entrüstet:

Lassen Sie, lassen Sie, Fräulein. Es ist mir lieb, daß ich darauf antworten kann, begann René. Sein verletzter Stolz härmte sich auf. Er sagte langsam:

Ich habe ein großes Verbrechen begangen, Herr de Marnand, ein Verbrechen, das Sie nicht begreifen werden. Ich habe die Partei der Armen und Enterbten der Reichen und Mächtigen vorgezogen.

Er sah Annette an. Sie war bleich geworden, aber nicht ihm ermunternd zu.

Um das Gespräch auf etwas anderes zu lenken, rief Henri:

Und das Frühstück vergessen wir ganz! Ich habe einen wahren Wolfshunger! Flint ans Ufer!

In wenigen Minuten landete man an der Stelle, von der das Boot abgefahren war. Ein Träger mit einem wohlverschorenen Speiseforb erwartete die jungen Leute. René warf seine Vorräthe in die Masse. Am Fuße eines hohen Felsens wählten sie in einer Ausbuchtung, die sie vor Wind und Sonne schützte, einen großen viereckigen Steinblock als Tisch. Ringsum standen vom Schnee gebleichte, welke Kräuter. Während Henri den Tisch

bedeckte, packten Annette und Rosa die Vorräthe auf der mit Blumen übersäten Wiese an. Jules bemühte sich um seine Koufine. Er spielte den Liebesherrn, brachte ihr Stränge von blauen Gentianen, Goldknöpfchen, rothen Nelken, rosa blühenden Steinbrech. Am Bache pflückte er sogar, auf die Gefahr hin, sich die Hände naß zu machen, einen schönen Strauß Bergschweinnicht.

Die Blume der Erinnerung, sagte er in spöttischem Tone so, daß André, der ihn hätte ohrfreien mögen, sich hören mußte. Aber Annette strahlte ihn sogleich:

Hier, Rosa, sagte sie, sehen Sie, was mein Vetter mir für Sie gegeben hat.

Und sie reichte dem Mädchen ihren ganzen Strauß, für welche Galanterie Rosa Herrn Jules herzlich dankte. Annette behielt für sich nur einen blühenden Zweig Rhododendron unter dem Vorwand, daß er einzig in seiner Art wäre. Doch fand sie dies nur, weil René ihn entdeckt hatte.

Das Frühstück war, wie es gewöhnlich bei Gebirgsansässigen ist: geräuschvoll und reich an allerlei kleinen Unfällen und Ueberraschungen. Das Salz war vergessen worden, man erlachte es durch den Frohsinn, der alle Gerichte würzte. Eine Flasche war zerbrochen worden und hatte das kalte Fleisch unerwartet mit Sauce versehen. Das Roggenbrot, das man im Vorbeigehen in einem Dorfe in der Nähe gekauft hatte, schien von ausgezeichnetem Wohlgeschmack. Es war nicht mehr als ein Glas Wein für die Person vorhanden. Das that nichts. Dies eine Glas stieg schon zu Kopfe. Uebermüthige Einfälle machten sich Luft und plagten aufeinander. Man konnte glauben, daß die reine Luft und das frische Wasser hier von berausender Wirkung waren. Henri gab tausend Tollheiten an. Annette's Augen strahlten und funkelten vor Freude. Rosa Krany kreischte mitunter auf und Jules sogar verzichtete auf seine Sticheleien. Er wollte jetzt nur glänzen, bestechen, blenden, und so feuerte er denn die übrigen noch mehr an. René war nicht fröhlich. Er war

glücklich, unruhig und zerstreut zugleich; er vergaß zu essen, so sehr war er nur damit beschäftigt, Annette zu betrachten und in seinem Innersten Träumen nachzuhängen, die ebenso leicht und rosig waren wie sie selbst.

Plötzlich fuhr ein Windstoß heulend durch die Tannen. Seht doch, wie der See sich mit einem Male trübselt, rief Henri.

In der That warf der See viele kleine Wellen, die den Schuppen einer grünen Riesenschlange glichen. Das Blau des Himmels schien vor den anrückenden schwarzen Wolken zu fliehen. Die Bäume neigten sich wie vom Schrecken erfaßt. Ein Gewitter, das wie aus dem Hinterhalt hervorbrach. Ein dumpfes Grollen ertönte jetzt hinter den Bergen, welche das Thal umschlossen. Schnell vorwärts! Jetzt hieß es eilen. Im Umkreis von einer Meile war hier kein Unterschlupf zu finden. Wie eine Schaar von Vögeln, die beim Schall eines Schusses zwitschernd auseinanderstoben und aufstiegen, so brach jetzt die kleine Gesellschaft lachend, rufend, gestikulirend auf, um den Paß, der in die Ebene führt, hinabzusteigen. Die jungen Leute mochten aber noch so schnell laufen; das Gewitter war schneller als sie. Da fiel auch schon der Regen, ein schwerer Regen, der den Erdboden peitschte und ausweichte, das Gras schlüpfriig machte und den Pfad schließlich in einen Bach verwandelte. Da waren die Sonnenschirme kein Schutz mehr. Der Wind lehnte sie um und zerfetzte sie. Der Donner grollte und der Blitz zuckte; und nun sollten sie von dem hohen Felsen auf einem Wege hinabsteigen, auf dem die Steine dem Wanderer beständig nachrollen. Weiße Nebel, die Vorhut der Wassermassen in den Wolken verhäulten schon das Thal mit ihren stöckigen Wellen.

Nur René hatte einen Mantel um sein Kängel gerollt; er entfaltete ihn und legte ihn um die Schultern Annette's, die sich zum Schein dagegen wehrte, wiewohl sie entzückt war, von ihm beschützt und gleichsam umhüllt zu sein. Sie nahm ihren Strohhut ab, der unter den Falten des dicken Stoffes wohlgeborgen war, eine große schwarze Kapuze um-

Preßstimmen über die Umsturzvorlage.

Ueber die dem Reichstag zugegangene Umsturzvorlage, die wir gestern bereits vollständig veröffentlicht haben, äußern sich alle bedeutenderen politischen Zeitungen, je nach dem Parteistandpunkt in zustimmendem oder ablehnendem Sinne. Wir heben aus der Reihe dieser Äußerungen im folgenden die charakteristischsten Stellen hervor:

Die deutsch-konservative „Krenz-Zeitung“, das Junkerorgan, schreibt: Die Umsturzvorlage sehen die Konservativen heute nicht anders an, als sie es bisher gethan, wenn auch keineswegs zu verlernen ist, daß die Neigung zu scharfem Eingreifen menschlich betrachtet, wächst, wenn man sieht, wie weit die „Ungeheuerlichkeit“ der Umstürzmänner heute geht.

Das christlich-soziale „Volk“ schreibt: Wenn z. B. die Verschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung auf den Fall ausgedehnt wird, daß die Druckschrift einen unzüchtigen Inhalt hat, so wird Niemand dagegen etwas einzuwenden haben. Freilich hat das mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie wenig zu thun. Denn die hat mit unzüchtigen Schriften viel weniger zu thun als der Liberalismus. Man denke nur an das freisinnige „Hamb. Fremdenblatt“ mit seiner ständigen Rubrik von Skandalen!

Wer in einem öffentlichen Vortrage über Schiller's Tell sich allzusehr für den Helden dieses Dramas begeistert, kann leicht mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden, denn — er stellt ein Verbrechen (einen Mord) als erlaubt hin oder preist es gar an! Wenn in irgend einem auswärtigen Staate — man braucht zu dem Zweck vielleicht noch nicht einmal bis zu den süd- und mittelamerikanischen Räuberrepubliken zu gehen — die Bevölkerung durch die blutsaugerliche Regierung zur Verzweiflung getrieben, sich zum „Widerstand gegen Beaume“ hinarbeiten läßt, und ein deutsches Blatt das als erlaubt hinstellt, so rüdt der Medaltreuer, dafür ins Gefängnis zu spazieren. Wenn, um einen noch näher liegenden Fall anzuführen, jemand den „Diebstahl“ eines armen Weibes verteidigt, daß, durch die furchtbare Noth getrieben, ein paar fremde Kohlen genommen hat, so entgeht er im Zukunft seiner Strafe nicht mehr. Und doch braucht das kein Sozialdemokrat, sondern kann ein sehr guter Christ gewesen sein.

Die Bestimmung des § 130 ist das Muster eines sogenannten Kautschulparagrafen. Was ist unter Religion zu verstehen? Es wird nicht zwei Menschen, nicht einmal zwei Staatsanwälte geben, die sich darunter genau dasselbe vorzustellen vermögen. Der Staatsanwältlichen und richterlichen Willkür ist mit einer solchen Ausdrucksweise Thür und Thor geöffnet. Auf keinen Fall darf eine öffentliche Kritik des Christenthums oder der Monarchie verboten werden. Gerade die Anhänger des Christenthums und der Monarchie können am wenigsten wünschen, daß das, woran sie mit ganzer Seele hängen, der Kritik entzogen werde. Was an sich gut ist, hat keine Kritik zu scheuen. Wenn Christenthum und Monarchie sich nicht selbst einen festen Boden im Volke schaffen oder erhalten — Strafgesetze-Paragrafen werden's sicher nicht thun.

Auch § 131 hat durch die Fügung eine Kautschulnatur erhalten. So, wie ihn die Regierung haben will, giebt er ihr die Handhabe, jede unbecommene Kritik an staatlichen Einrichtungen oder Anordnungen zur Bestrafung zu bringen. Herr v. Stephan wird nach einem solchen Paragrafen ordentlich lechzen. Dann wird kein Mensch mehr wagen können, Mißstände in der Verwaltung, Sonntags-Entheiligung, übermäßige Dienstdauer und ähnliches öffentlich zur Sprache zu bringen. Denn wenn dabei auch nur die geringste Unrichtigkeit in Nebenbedingungen mit unterläuft, so kann auf Gefängnis bis zu 2 Jahren erkannt werden.

Ob die Umsturzvorlage der Sozialdemokratie auch nur einen ihrer bisherigen Anhänger rauben wird, ist uns zweifelhaft. Das sie keinen mit der Noth des Lebens kämpfenden Bauern, Handwerker oder Beamten Hilfe bringen oder ihn gar vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie bewahren wird, ist sicher.

Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ bemerkt: Die einschneidende Bestimmung „zu Gewaltthatigkeiten gegen einander“ ist nicht, wie die Judenschutz-Literatur es wollte, fallen gelassen. Absatz 2 ist im § 130 neu hinzugekommen, und es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß der Paragraph damit eine bedenkliche kautschulartige Fassung erhalten habe, besonders wenn man die dazu gegebene Begründung ins Auge faßt.

rahmte ihr Gesicht, das in seiner Frische einer wilden Rosenknospe gleich. Der Regen warf große Tropfen in ihr vom Wind zerzaustes Haar.

Welch reizender kleiner Mönch Sie sind! konnte René sich nicht enthalten zu sagen.

Und unter diesem Kompliment erglühete die wilde Rose noch tiefer.

Aber der Weg war schlüpfrig. Fräulein Rosa klammerte sich im Ausgleiten an Jules de Marnand, der sich zufällig neben ihr befand.

Wir wollen zwei Trupps bilden! rief Henri. Fräulein Rosa, Jules und der Träger werden Sie führen. Ich übernehme Annette mit Herrn Messant.

Und der Abstieg begann. Annette, die ihrem Bruder die linke Hand, René die andere reichte, kletterte tapfer den Abhang hinab. Sie war wirklich ein tapferes Mädchen. Sie lachte hellauf bei dem Aufstiegen, der sie durchwühlte, bei dem Sturm, der ihr Gesicht peitschte, bei dem Schlamm, der ihr Kleid beschmutzte. Sie fürchtete sich durchaus nicht. Zuweilen zuckte ein Blick so plöthlich und so nahe auf der Seite ihres Bruders hernieder, daß sie unwillkürlich nach der entgegengesetzten Seite fuhr, und für einige Augenblicke fühlte René sie dann an sich geschmiegt, fast in seinen Armen, zitternd, mit geschlossenen Augen. Schnell aber richtete sie sich wieder auf und dann war es René, dessen Herz noch lange heftig klopfte, — aber gewiß nicht vor Furcht.

Sollte man sagen „endlich“ oder „schon“ Sie waren am Fuße des schrecklichen Felsens angelangt. Auf dem breiten, ebenen Wege eilten sie nun weiter, weiter. Eine Hütte tauchte auf. Ungestüm stürzte die kleine Gesellschaft hinein. Ach, sie war nicht gerade schön, diese Hütte. Ein verträucherter Raum, der ganz mit unregelmäßigen Steinen gepflastert war, in der Ecke ein aus großen Steinen errichteter Herd, oben im Dach ein Loch, das als Schornstein diente. An Eisen waren nur einige Schemel mit je drei wackelnden Beinen vorhanden. Aber die gute Frau, die hier wohnte, warf ein Lannenscheit in das Feuer, das hell anfloherte, und während fröhliche Lieder auf den düstern Mauern tanzten, brach der gute Humor der drei jungen Leute wieder durch. Der schnelle Lauf hatte sie tüchtig angeregt, und jetzt war es so gut in der Wärme nach der Einflucht!

(Fortsetzung folgt.)

Die Annahme des Gesehentwurfes in seiner jetzigen Fassung ist durchaus unmöglich für jeden, der das Recht der freien Meinungsäußerung nicht einfach aufgeben mag. Das ist kein Umsturzgesetz, sondern die Anebelung von Wort und Schrift in unbegrenzter Weise.

Die freikonservative „Volk“, das Organ der Stumm, Krupp und Kardorff schreibt: Ohne Zweifel ist es angehts der gewaltsamen Ausbrüche des Anarchismus von praktischem Werth, daß auch in Strafgesetzbuche wirksame Mittel gegen anarchische Verbrechen oder Verbrechen ähnlicher Tendenz vorgeschoben werden. Diese Vorschriften gewinnen auch unter dem Gesichtspunkte, das Volksgewissen gegenüber den Umsturzbestrebungen wieder aufzurichten, besonders Werth durch die vorstehend hervorgehobene ausdrückliche Kennzeichnung der Umsturzbestrebungen.

Wenn es im Interesse der Erhaltung eines gesunden Geistes in Meer und Marine gerechtfertigt ist, die Verleitung zur Theilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen mit längerer Freiheitsstrafe und unter Umständen sogar mit Zuchthaus zu bestrafen, so wird dadurch die Todesstrafe der Sozialdemokratie gegen Kaiser und Reich dem Volkebewusstsein wieder nahegerückt und die Unvereinbarkeit sozialdemokratischer Bestimmung mit Patriotismus, Königtum, gut nationaler und bürgerlicher Gesinnung auch den minder selbständig urtheilenden breiteren Schichten der Bevölkerung wieder in Erinnerung gerufen.

Die heillosen Vertheilung der Verwirrung der Volkseele, welche der Sozialdemokratie gestattet hat, mit solchem Erfolge ihre Nege auszuwerfen, rührt mit in erster Linie davon her, daß, von besonderen Fällen abgesehen, Religion, Monarchie, Ehe und Eigenthum selbst öffentlich und in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise ungestraft beschimpft werden durften. Wieht der Staat die Fundamente seiner Existenz straflos öffentlich beschimpfung preis, so muß in weiten Kreisen der Bevölkerung der Wahn erweckt werden, daß der Staat die auf den Umsturz dieser Grundlagen gerichteten Bestrebungen selbst als berechtigt anerkenne und demzufolge die Theilnehmung an den darauf abzielenden Bestrebungen der Sozialdemokratie gewissermaßen sanktionire.

Die Umsturzvorlage bezweckt selbstverständlich nicht, die Sozialdemokratie zu beseitigen; sie soll nur die dazu in der Hauptsache bestimmte Politik positiver Reform nach der Seite der Repression ergänzen. Sie erschöpft auch keineswegs noch alle Mittel der Abwehr, welche auf diesem Gebiete gegeben sind. Aber sie ist ein erster und bedeutungsvoller Schritt in der Richtung, die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen als eine imminente Gefahr für die Existenz unserer Staats- und Rechtsordnung mit der auch für das Gewissen der weitesten Kreise laut vernehmbar Stimme des Gesetzes deutlich zu charakterisiren, und deshalb voller Zustimmung und kräftigster Unterstützung werth.

Die nationalliberale „National-Zeitung“ sagt: Wohl kein Leser des Gesehentwurfes gegen die Umsturzbestrebungen dürfte davon den Eindruck haben, den man im Voraus hervorzurufen versuchte: daß durch ein derartiges Gesetz die bisherige Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung in Deutschland, das gesetzlich bestehende Recht politischer Betätigung eingeschränkt würde.

— Wichtiger und noch der Art der Erörterung anarchischer Verbrechen seitens der sozialdemokratischen Presse und Redner ist, daß ernstlich bestraft werden soll, wer Verbrechen oder gemeingefährliche Vergehen anpreist oder als erlaubt darstellt; der Wortlaut ist hier unseres Erachtens unzulänglich, aber daß es sich um die nothwendige Ausfüllung einer Lücke des Strafgesetzbuchs handelt, ist unbestreitbar.

Es handelt sich um die Bekämpfung der schlimmsten Feinde des Nationalstaates, der politischen Freiheit, einer gesunden Staatsordnung. Mancher wird der Meinung sein, daß zu diesem Zwecke nach der Vorlage eher zu wenig geschieht sollte.

Die ultramontane „Germania“ äußert sich zu unserer Kritik des Umsturzgesetzes: Wir glauben, der „Vorwärts“ hat den für seine Partei praktisch bedeutendsten Paragrafen gar nicht berührt. Nach unserer Ueberzeugung ist das der Beschlagnahme-Paragraf. Die Beschlagnahme läßt sich so oft wiederholen, daß ein Blatt dadurch für seine Leser, die es dann nur selten erhalten, werthlos, und deshalb von ihnen verlassen wird, wenn es nicht selbst aufhört zu erscheinen. Das wird für die sozialdemokratische Partei am empfindlichsten werden, obgleich sie ja dann auf geheimen Wegen jetzt eben so Erfolg schaffen wird, als sie es unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes gethan. Die Strafordnungen gegen Redner in Versammlungen und Vereinen und gegen Medaltreuer und Verfasser von Zeitungen, Zeitschriften und größeren Druckschriften werden von der sozialdemokratischen Partei besser überstanden werden als von allen anderen Parteien, weil die Sozialdemokraten die stärkste Partei-Organisation und die reichste Parteikasse haben.

Dann über das Schicksal der Vorlage: Es wird zu Kommissions-Berathungen kommen, die darüber entscheiden, was von der Vorlage ganz verworfen, und was geändert, was gelassen und — was zugefügt wird. Denn wird einmal überhaupt auf diesem Gebiete etwas gethan, dann können doch z. B. noch einige Bestimmungen zum Schutze der Sittlichkeit hinzukommen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Unzweifelhaft ist, daß der Entwurf, wenn er Gesetz werden sollte, die sozialdemokratische Bewegung kaum irgend wie berühren, geschweige sie einschränken oder unterdrücken kann. Die Sozialdemokratie ist nicht thöricht genug, um die Armees zum Umsturz der Staatsordnung oder zum Ungehorsam aufzufordern; inwiefern gerade in dieser Richtung eine Verschärfung des bestehenden Rechts nöthig sei, ist nicht abzusehen. Durch Thatfachen ist ein Bedürfnis zur Aenderung der Gesetzgebung nicht erwiesen.

Einige andere Strafordnungen können der Sozialdemokratie ebenfalls gleichgültig sein, weil sie den in ihnen vorausgesetzten Thatbestand schon jetzt aus einfacher Klugheit meiden. Die Vorlage aber geht von dem Grundsätze aus, daß nicht das Streben nach einer Aenderung der Staatsordnung überhaupt strafbar sei, sondern nur das Streben nach „gewaltsamem“ Umsturz, nach der Aenderung der Staatsordnung „mit verbrecherischen oder sonstigen gewaltthätigen Mitteln“. Gängst aber hat sich die Sozialdemokratie dagegen verwehrt, eine Revolution „im Hengabelsinne der Gewalt“ zu wünschen oder zu betreiben. Sie demt nicht daran, die heutige Ordnung mit verbrecherischen oder gar gewaltthätigen Mitteln umzuwandeln zu wollen; und wenn sie daran dächte, würde sie es sicher nicht sagen. Für die Sozialdemokratie ist es daher ein Leichtes, sich der Fassung der neuen Strafparagrafen anzupassen.

Inbesondere erschauern durch diese Bestimmungen die Antisemiten, die Agrarier, alle Demagogen bedroht, die ganz im Stil der Sozialdemokratie und oft noch heftiger gegen die heutigen Einrichtungen zu Felde ziehen. Im ganzen zeigt die Umsturzvorlage ein Aussehen, daß man ihre unveränderte Annahme als ausgeschlossen, ihren

Werth im Kampfe gegen die Sozialdemokratie als verschwindend ansehen kann.

Die „Freisinnige Zeitung“, das Organ des Abg. Richter, sagt: Würde die Novelle Gesetz werden, im ganzen oder im einzelnen, so wird sich die Zahl der Strafurtheile in etwas vermehren; aber niemand wird behaupten, daß der Erlaß eines solchen Gesetzes irgend einen Einfluß haben kann in Bezug auf die Verbreitung der Sozialdemokratie oder den Charakter dieser Partei. Die Hauptbestimmungen der Novelle in den §§ 130 und 131 werden mindestens so oft Verzeugsnisse und öffentliche Reden von Angehörigen anderer Partei treffen als Sozialdemokraten. Sollte es im Verlaufe der Verhandlungen über diese Novelle zu einer Auflösung kommen, so wäre für jeden Unbefangenen von vornherein klar, daß für die Auflösung „der Kampf gegen den Umsturz“ nur ein Nebensache ist und daß es in Wahrheit darauf ankommen würde, durch eine Mehrheit der alten Kartellparteien die Riquel'schen Steuerpläne zu verwirklichen und die von den ehemaligen Kartellparteien sehnsüchtig gewünschte Einschränkung des Reichswahlgesetzes zu ermöglichen.

Die linksfreisinnige „Berliner Zeitung“ äußert sich folgendermaßen: Vorerst haben wir's mit einem Versuche zu thun. Ein Versuch, von dem wir hoffen, daß er nie zum fertigen Werke emporgediehen werde. Denn dieses Werk wäre ein schwerer Schaden für das öffentliche Leben in Deutschland, ohne den geringsten Nutzen gegenüber jener Bewegung, die man damit treffen und schwächen will.

Nirgends, von Rußland, China und Korea allenfalls abgesehen, ist es schwieriger, als bei uns, selbst die berechtigteste Kritik an der Krone zu üben ohne erhebliche Gefahr. Und nun soll auch noch durch flüchtige Bestimmungen die Monarchie als solche besonders gegen „beschimpfende Äußerungen“ geschützt werden. Das würde dazu führen, daß auch über ausländische Dinge nur mit größter Vorsicht gesprochen und geschrieben werden könnte; und es würde insbesondere auch sehr wohl dazu beitragen können, daß die historische Kritik in Bezug auf die Monarchie in vergangenen Zeiten nur mit Gefahr ihrer Aufgabe wälten könnte. Die Religion aber könnte vielleicht schon gefährdet erscheinen, wenn ein loses Wort über den Kirchbau-Sport geredet wird.

Gegen den Satz der Begründung, daß eine gesellschaftliche Entwicklung unserer politischen Zustände nicht gedacht werden könne ohne die monarchische Idee, dürfte man in den bürgerlichen Republiken doch wohl Einiges einzuwenden haben. Wenn, nach der Begründung der Vorlage, in Zukunft jede Kritik an all' diesen „Ideen“ gestraft werden soll, welche „agitatorische Zwecke verfolgt“, dann ade, du ärmliches Gut an deutscher Meinungs-, Rede- und Schreibfreiheit!

Der Gesehentwurf, so wie er hier vorliegt, rechtfertigt die Erwartungen, die man an seine Ankündigung geknüpft hatte. Seine Wirkung würde sein eine festere Zusammenschweißung und so gut wie gar keine Schädigung der Sozialdemokratie, eine schwere Bedrängnis für die bürgerliche Freiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung. Das Gesetz ist in der Mehrzahl seiner Bestimmungen für gewissenhafte, irgendwie freigeitlich empfindende Männer unannehmbar.

Der demokratischen „Volk-Zeitung“ entnehmen wir: Der neue Zusatz zum § 130 ist das Grab jeder freien Meinungsäußerung, das Grab jeder Kritik in religiöser, politischer, sozialer und wissenschaftlicher Beziehung. Wird dieser ungeheuerliche Satz Gesetz, wird er selbst in abgeblähter Gestalt Gesetz, dann darf Deutschland getrost ausscheiden aus der Reihe der sogenannten Kulturländer, in die man es, bisher wenigstens, immer noch verwiesen hat. Dann ist die Ruhe des Kirchhofes ausgebreitet über das große Volk, das sich so gern das „Volk der Denker“ nennt. Richter sind Menschen; Menschen sind fehlbar, sind der Subjektivität unterworfen, können sich den Einflüssen von Tagesströmungen nie ganz entziehen. Daher ist jeder Richter in der Gefahr, da eine „Beschimpfung“ zu erblicken und die vermeintliche „Beschimpfung“ mit harter Strafe zu ahnden, wo andere nur eine berechtigte, ja sogar nothwendige und verdienstliche Kritik erblicken. Wer, wenn der fragliche Zusatz in das Strafgesetzbuch übergeht, ist dann noch in Deutschland vor dem Gefängnis sicher? Ein Wörtlein kann ihn fällen!

Und Beschimpfung der „Monarchie“ schlechtweg in dem Zusatz zum § 130! Soll uns von nun an auch die Monarchie der Romanow's, des Schah's von Persien, des „Sohnes des Stummels“ und des „Mikado“ heilig und unverletzlich sein?

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

An die Parteigenossen!

In einer am Dienstag, 27. November, in München und einer anderen, mehrere Tage später in Nürnberg abgehaltenen Parteiverammlung wurden Resolutionen angenommen, in denen Protest dagegen erhoben wurde, daß

den bayerischen Genossen die ihnen zu gemeinsamen Parteizwecken aus der Parteikasse zur Verfügung gestellten Geldmittel öffentlich vorgeworfen worden seien.

Da dieser Vorwurf, nach der Annahme der Protestheber, von dem Genossen Bedel gemacht worden sei, Bebel aber Mitglied des Parteivorstandes ist, so wird in den erwähnten Resolutionen der Wunsch ausgesprochen, der Parteivorstand möge sich darüber äußern, ob:

der Parteivorstand mit den Ausführungen des Genossen Bedel in irgend welchem Zusammenhange stehe.

Dieser direkt an uns gerichteten Aufforderung der Münchener und Nürnberger Genossen gegenüber können die unterzeichneten Mitglieder des Parteivorstandes nur bestätigen, was Bedel sowohl in seiner Berliner Rede am 14. November, wie in der sich daran anschließenden Preßfide wiederholt erklärt hat, daß er seine Ausführungen ohne vorherige Berathung mit den übrigen Vorstandsmitgliedern und folglich nicht in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied gemacht hat.

Nachdem wir dies festgestellt, wollen wir nicht unterlassen zu erklären, daß nach unserer festen Ueberzeugung, bei klarer und ruhiger Prüfung des Thatbestandes kein Anlaß vorlag, aus den Äußerungen Bedel's Schlussfolgerungen zu ziehen, wie sie gezogen wurden und wie sie in den bayerischen Resolutionen zu einem so erregten Ausdruck gelangt sind. Kein Mitglied des Parteivorstandes, Bedel so wenig, wie sonst einer von uns, hat sich bis jetzt beikommen lassen, jenen Parteigenossen, welche genöthigt waren, Parteigelde zu Parteizwecken in Anspruch zu nehmen, hieraus irgend einen Vorwurf machen. Nach unserer Partei-Organisation können solche Gelder aus der Parteikasse nur durch den Parteivorstand bewilligt werden und ein Vorwurf, wie er Bedel unterstellt wird, hätte sich also in erster Linie gegen den Parteivorstand selbst, Bedel mit eingeschlossen, gerichtet. Diese Thatsache allein wird genügen um darzutun, daß Bedel's Äußerung mißverstanden worden ist.

Wie Bedel sich ursprünglich geäußert und aus welchen Gründen er später auf seine erste Äußerung zurückgekommen ist, darüber giebt die unten folgende Erklärung Bedel's selbst Auskunft.

Die unterzeichneten Vorstandsmitglieder aber, gleich ihrem Kollegen Bedel, wissen sich, nachdem der Vorstand vier Parteitag-Reden Rechenschaft abgelegt hat, über den Verdacht erhaben, als könnten sie bei ihren Beschlüssen und Entscheidungen von anderen

Rückfichten geleitet werden, als denen der Ehre und des Wohles der Partei.

Berlin, den 7. November 1894.

J. Auer, Albin Gerisch, W. Pfannsch., Paul Singer.

Dem Genossen Bebel erhalten wir weiter folgende Zuschrift: Bei dem eigentümlichen Mißverständnis, das die Auseinandersetzungen über das nach Bayern gestiftete Parteigeld hervorgerufen haben, möchte noch einmal ganz objektiv den Sachverhalt darlegen.

In meiner Berliner Rede vom 14. November lautet die bezügliche Stelle also:

Wenn dieser Standpunkt (das die Partei sich in bayerische Angelegenheiten nicht mischen dürfe) als berechtigt anerkannt wird, dann hört die deutsche Sozialdemokratie auf eine geschlossene Partei zu sein und wir haben dann eine württembergische, bayerische, heßische u. s. w. Partei! (Sechste Zustimmung.) Dann ist unser alter Schlußsatz: „Nach der internationalen Sozialdemokratie! zum Spott und zum Dobu geworden. Wenn ich je mit einem Artikel des heßigen „Sozialist“ einverstanden gewesen bin, so mit jenem, der lässlich überschrieben ist: „Die internationale bayerische Sozialdemokratie“. Dieses Wort stigmatisiert ganz richtig die Situation, in der wir uns befinden. Diese Taktik heißt nicht anders als: „Weil wir viel rüchdändige Elemente im Volke haben, sollen diese für unser Vorgehen maßgebend sein; anstatt sie aufzuklären, sie emporzuhaken, steigt man auf ihr Niveau herab, kommt man ihren partikularen Neigungen und Vorurteilen entgegen und erinnert sich nur der großen deutschen Partei, wenn man Geld braucht.“

Für Jeden der objektiv liest, besagt der Schlußsatz im Zusammenhang mit den vorausgehenden Sätzen: wird die volle lautschwannschaffliche Selbständigkeit proklamiert, dann haben wir eine württembergische, bayerische, heßische u. s. w. Partei und diese erinnern sich der Gesamtpartei nur noch wenn sie Geld brauchen.

Auf diese aus meinem Vortrage hervorgehende Schlußfolgerung, die keine bestimmte Spitze enthielt, antwortet darauf die „Frankl. Tagespost“ in ihrer Erklärung gegen mich, nachdem sie aufgeklärt was alles die bayerischen Genossen gethan, also:

„Man hätte es sich daher wahrhaftig ersparen können, mit den paar Tausend Mark, die für Pressezwecke nach einigen bayerischen Städten gekommen sind, wiederholt die zu thun, während in geradezu verschwenderischer Fülle seit Jahren norddeutsche Sozialblätter subventioniert wurden.“

Auf diesen Vorwurf parteiischer Verwendung der Parteigelder mußte ich antworten, und ich konnte nicht anders antworten, als indem ich die Thatsachen ansführte und damit den Vorwurf zu entkräften suchte. Der Sinn, den die „Frankl. Tagespost“ meinen Worten unterstellte, lag nicht darin.

Schlußklärung.

Die „Münchener Post“ hat eine mit Vollmar vereinbarte Erklärung veröffentlicht, welche der „Vorwärts“ vorgelesen brachte. Der Inhalt der Erklärung läßt darauf hinaus, daß man in dem entbrannten Meinungskampf von jener Seite die Diskussion im wesentlichen als geschlossen ansieht und nur zur Abwehr von Unrichtigkeiten antworten werde.

Wörtlich sagt die „Münchener Post“:

„Jedes Ding hat sein Maß und wenn der Bebel'sche Streit für uns schon von Anfang an nichts weniger als kurzweilig war, so ist seine weitere Entwicklung wahrlich nur geeignet, im Wesen den Wunsch nach schnellstmöglicher Beilegung dieser ebenso unerquicklichen als uninteressanten Geschichte aus den Spalten unseres Blattes unwiderstehlich zu machen. Und wir unsererseits können diesem Wunsche um so leichter folgen, als Form, Ton und Inhalt der Bebel'schen Artikel uns jeder eingehenden Antwort überheben und uns auf wenige kurze Bemerkungen beschränken lassen.“

Wie weit Form, Ton und Inhalt meiner Artikel Vollmar und die „Münchener Post“ jeder eingehenden Antwort auf dieselben überheben, dürfte das Geheimnis dieser Beiden sein und bleiben.

In weiten Kreisen der Parteigenossen hat man eine sachliche Antwort erwartet und besaß durchaus nicht das Verlangen „nach schnellstmöglicher Beilegung dieser ebenso unerquicklichen und uninteressanten Geschichte“.

Dieses Verfahren Vollmar's und der „Münchener Post“ macht vielmehr auf mich den Eindruck, daß, nachdem sie mich mit persönlichen Angriffen überreichlich bedacht haben, sie jetzt ein sachliches Auseinandersetzen aus dem Wege gehen wollen.

Ich werde mich nicht auf die neuen persönlichen Anpassungen einlassen, welche die Erklärung Vollmar's und der „Münchener Post“ abermals fast Zeile vor Zeile enthält, wogegen ich sachlich er antwortete, genau wie jener der bekannten vier Artikel, die in der Anlage gipfeln:

„Die Beweggründe für Bebel's Auftreten sind in vorletzter Eigenliebe und unzugänglicher Rechthaberei und Selbstherrlichkeit zu suchen, Bebel hat seine Person aber das offensichtlichste Interesse der Partei gestellt.“

Vollmar und die „Münchener Post“ werden noch Gelegenheit erhalten, auf die Besprechung des geringen sachlichen Inhalts meiner Artikel eingehen zu müssen.

Ich bin nicht gewillt, die sachlichen Differenzen schwerwiegendster Art, wie sie insbesondere in bezug auf die Taktik der Partei in der Agitation, die parlamentarische Thätigkeit in den Landtagen und die Behandlung der Agrarfrage zu Tage getreten sind, zu vertuschen und zu verkleinern, und damit die bisherige Erörterung im Sande verlaufen zu lassen.

Die Partei ist es sich selbst schuldig, in den freitigen Fragen volle Klarheit und Unzweideutigkeit zu schaffen.

Diese Klarheit und Unzweideutigkeit vorzubereiten, dazu reichen zwei bis drei Tage erregter Parteitagdebatten nicht aus, dazu ist gründliche sachliche Vorarbeit, gründliche sachliche Erörterung nötig, und für diese werde ich nach Schluß des Reichstages, so weit an mir ist, sorgen. Mögen andere, die sich dazu berufen fühlen, das Gleiche thun.

Berlin, den 8. Dezember 1894.

A. Bebel.

Gegen die Einsendung eines Genossen in Nr 281 des „Vorwärts“ (Wozu das Verheerungsspiel?) schreibt die Redaktion unseres Kölner Bruderorgans unter der Ueberschrift: „Optimismus und Pessimismus“:

Die „Ahrnische Zeitung“ hatte am vorigen Sonnabend gegenüber der Nervosität, mit der ein Teil der Parteipresse die sogenannte „Bayernfrage“ behandelt, bei der zustimmenden Wiedergabe der Lieblin'schen Erklärungen die Uebersetzung ausgesprochen, „daß nach der Buchwähler Affäre kein bayerischer Abgeordneter unserer Partei mehr seine Prinzipien so weit vergessen werde, einen Bundeshaushalt, der so schneidige Begriffe-Amtmänner, wie den Weidner, besodet, zu genehmigen.“

Der „Vorwärts“ giebt in seiner letzten Nummer einem Genossen das Wort, welcher unter der Ueberschrift „Wozu das Verheerungsspiel?“ bemerkt, die bisherige Haltung der Budgetbewilliger gebe für diese Uebersetzung keinen Anhalt. Joseph's Erklärung, er müsse in Darmstadt für das Budget stimmen, weil die Regierung auf seine Anregung hin einen Fabrikinspektor mehr angestellt habe, schreibe von sämtlichen sächsischen Land- und Reichstags-Abgeordneten der Partei getheilt zu werden, die

selben würden also für alle Zeit und für alle Budgets stimmen, denn einen Posten, für den auch ein Sozialdemokrat eintreten müsse, werde jedes Budget aufweisen. Auch hätten unsere bayerischen Landtags-Abgeordneten bis jetzt nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß sie künftig die optimistische Hoffnung der „Ahrnischen Zeitung“ zu erfüllen gesonnen seien. Ja, eine Uebersetzung der „Münchener Post“ beweist dem Genossen im „Vorwärts“ sogar das Gegentheil, weil sie „ersticklich nicht auf der Redaktion geschrieben worden ist“. Was wohl so viel heißen soll, als daß sie „ersticklich“ von Vollmar herrühre.

Wir gestehen offen, daß wir keine Zeit dafür haben, darüber nachzutasteln, wer einen nicht unterzeichneten Artikel der „M. P.“ geschrieben hat. Es ist uns auch völlig gleichgültig, genau so gleichgültig, als wer der Urheber des Artikels im „Vorwärts“ ist, der uns anlässlich unserer fünf Zeilen eine Spalte lang vorwirft, „unser Optimismus moche sich breiten“, wir spielten „Blindeluh“, und trieben „Verheerungsspiel“. Unsere Meinung zur Sache haben wir wiederholt klar und bündig dargelegt. Wir verweisen auf unseren Leitartikel. Für uns ist, nachdem Vollmar die „M. Post“ desavouiert hat und wir so höflich sind, ihm das zu glauben, „ersticklich“ Vollmar und die „M. Post“ zweierlei. Alles Weitere wollen wir der Zukunft überlassen. Genosse Bebel war bis vor vierzehn Tagen in bezug auf die bayerischen Parteigenossen und ihre Abgeordneten auch noch Optimist, und mit oder ohne Erlaubnis des Genossen, der uns im „Vorwärts“ darüber so schroff zur Rede stellt, daß wir nicht im Nu mit ihm aufgehört haben, es zu sein, werden wir uns das Recht wahren, es so lange zu bleiben, bis er triftigere Gründe als bisher zur Rechtfertigung seiner Schwarzseherei beibringt. Unsere ganze Parteibewegung hätte weder Existenzberechtigung noch die mindeste Aussicht auf Erfolg, wollte man, wie der pessimistische Genosse im „Vorwärts“ zu thun scheint, die Genossen eines ganzen Landes für sähig halten, sich der Logik ruhiger sachlicher Auseinandersetzungen und den Regeln der Disziplin, ohne die keine Partei bestehen kann, auf die Dauer zu verschließen. —

(Da vorstehende Erklärung in keiner Weise aggressiv ist, so betrachten wir diese Polemik als geschlossen. Red. d. V.)

Genosse Schmid in München antwortet in der letzten Nummer der „Münchener Post“ auf Bebel's Gegenerklärung in Nummer 288 des „Vorwärts“. Er hält an dem in seiner Erklärung (Nr. 282 des V.) Gesagten fest und bemerkt ausdrücklich, daß er „gleichfalls nicht zurückzunehmen habe“. Wir glauben der Zustimmung des Genossen Schmid sicher zu sein, wenn wir von der Wiedergabe des vollen Wortlautes seiner Antwort absehen. Es muß doch einmal ein Ende gemacht werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

Ein Maulkorbgesetz für den Reichstag. Infolge des gestrigen Vorganges in der Plenarsitzung des Reichstages ist, wie die „Volks-Zeitung“ erfahren haben will, in der konservativen Fraktion „angeregt“ worden, durch Abänderung der Geschäftsordnung eine Verstärkung der Disziplinalgewalt des Präsidenten herbeizuführen. Ob es zur Stellung eines bezüglichen Antrages kommt, steht noch dahin. Auch die „Köln. Ztg.“ plaidirt für ein Maulkorbgesetz.

Selbst in den Zeiten der ärgsten Verfolgungen unserer Partei unter dem Sozialistengesetze gelang es auch einem Wismar nicht, ein Maulkorbgesetz dem Reichstoge aufzundringen. Sollte der Deutsche Reichstag jetzt schon so tief herabgekommen sein, sich selbst den Maulkorb anlegen zu wollen? —

Bundesrath. Unter den Depeschen veröffentlichten wir gestern einen Auszug aus dem Berichte über die gestrige Sitzung des Bundesraths. Wir geben denselben heute vollständig wieder:

In der gestrigen Sitzung des Bundesraths wurde die Vorlage, betreffend den letzten Theil der Entwürfe von Bestimmungen über Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen dem IV. Ausschusse überwiesen; die Auswahlanträge, betreffend die Aenderung der Bestimmungen über die Brauntweinsteuer-Statistik beziehungsweise zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Wirtenschafts- und der Fiskalerei wurden angenommen und die Anträge von Walbeck, Pymont und von Schwarzburg-Sondershausen, betreffend das Ausschreiben staatlicher Tiefbau-Betriebe aus der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft genehmigt. Für die Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs u. s. w. (Sog. Gesetz gegen den Ansturz) im Reichstag, sind als Kommissare des Bundesraths die vortragenden Räte Geheimräthe Dr. Freiherr von Seckendorff und Dr. Reich und Regierungsrath Wumme bestellt worden.

Der Ausschussantrag zu der Vorlage, betr. die Aenderung der Bestimmungen über die Einziehung der für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute zu entrichtenden Beiträge wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Ein Gesetzesentwurf über die Aenderung des Brauntweinsteuer-Gesetzes wird nach der „National-Zeitung“ dem Reichstag vorgelegt werden. Nach demselben Blatte sollen darin grundsätzliche Aenderungen nicht enthalten sein. —

Der Bund der Landwirthe hat einen würdigen Bundesgenossen in den Berliner Hausbesitzer-Vereinen gefunden. Die ländlichen Agrarier kämpfen im Reichstoge für Brauntwein- und Zuderprämien, die Hausagrarier in Berlin machten mobil, um die Erhöhung der Kanalisationsabgaben zu verhindern. Das letztere ist den Berliner Grundbesitzern gelungen. Die in der Stadtverordneten-Versammlung befindlichen Vertreter der Interessen des Grundbesitzes haben in der letzten Sitzung ihre kommunale Machtstellung dazu benützt, um die Erhöhung der Kanalisationsabgabe abzulehnen, und sich mit diesem Beschlusse 2 1/4 Millionen Mark in ihre eigene Tasche hinein votirt. Wenn der Geldbeutel in Frage kommt, giebt es keinen Unterschied zwischen ostelbischen Junkern und Berliner Freisinnigen.

Die Wanteuffel'schen bewilligen sich im Reichstoge Brauntwein- und Zuderprämien aus den Taschen der Steuerzahler im Reich — die Richter'schen votiren sich aus dem Vertikaler Steuerfädel eine Liebesgabe von 2 1/4 Millionen Mark. Hier wie dort die Politik des persönlichen Vortheils — hier wie dort die Ausbeutung der Gesamtheit zu gunsten Einzelner und hier wie dort der Mißbrauch der politischen Macht zum Zwecke der Bereicherung der Machthaber. —

Eine Dankverklärung. In Leipzig haben, trotz der ausdrücklichen gegen die Sozialdemokratie gerichteten „Reform“, d. h. Verurteilung des Gemeinewahlgesetzes, unsere Genossen bei den gestrigen Stadtverordneten-Wahlen, von vier Seiten, um die es sich handelte, zwei erobert. (S. unter Parteinachrichten.) Dazu bemerkt nun, nach einer Jeremiade über die „zu schwache Theilnehmung aus den Mittelstandskreisen“ das „Leipziger Tageblatt“, bekanntlich eins der progigsten Organe des Kapitalismus:

„Von besonderem Interesse ist nun eine Berechnung auf das mutmaßliche Ergebniß hin, wie sich der Ausfall der Wahl gestaltet hätte, wenn wir das frühere Wahlsystem behalten hätten. Gestern wurden 5110 ordnungsparteiliche Stimmen, 615 Stimmen für den „Städtischen Verein“ und 8350 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Nehmen wir an, daß von den 5925 Wählern in der ersten und zweiten Abtheilung 60 pSt. an der Wahl Theil genommen hätten und rechnen die sich ergebende Ziffer, also 3200 Stimmen, den Ordnungsparteien zu, so hätten 8310 ordnungsparteiliche Stimmen gegen 8350 sozialdemokratische Stimmen gestanden. Wenige Stimmen wären also für die Wahl eines ganzen Drittels der Stadtverordneten ausschlaggebend gewesen!! Wäre es wirklich noch einmal, durch eine regere Theilnehmung, gelungen, den Ansturm der Sozialdemokraten abzuwehren — in Zukunft hätte es bei dem Anwachsen derselben keine Möglichkeit mehr dafür gegeben!“

Zur besseren Würdigung dieser Thatsache sei noch angeführt, daß die Sozialdemokraten, bei 2617 neu hinzugekommenen Bürgern, eine Zunahme von 2405 Stimmen zu verzeichnen hatten, daß also fast die gesammte Bürgervermehrung den Sozialdemokraten zu gute gekommen ist! Und so wäre es in der Zukunft weiter gegangen.

Der „Städtische Verein“ ist mit seiner Liste an dem gesunden Sinn der Bürgerschaft gescheitert. Er hat Fiasco gemacht. Bedauerlich bleibt aber die Zersplitterung trotz alledem. Das gestrige Ergebniß dürfte denjenigen, die für die Liste des „Städtischen Vereins“ stimmten, klar vor Augen geföhrt haben, daß sie thatsächlich nur die Arbeit der Sozialdemokraten verrichteten. Bei künftigen Wahlen wird das hoffentlich eine beherzigte Warnung und zugleich, daß ist die Hauptsache, Lehre sein.

Es sind also, und dieses Ergebniß ist von Anfang an vorausgesehen worden, zwei Wahlkreise der dritten Abtheilung den Sozialdemokraten zugefallen und vier Anhänger dieser Partei werden am 1. Januar in das Stadtverordnetenkollegium eintreten.

Daß fernerhin kein weiterer Wahlkreis den Sozialdemokraten zufällt, muß die unbedingt zu erfüllende Aufgabe aller Angehörigen des Mittelstandes in unserer Bürgerschaft sein. Dieses Ziel wird aber nur durch Einmüthigkeit und rege Wahltheilnehmung für immer zu erreichen sein!

Wir danken dem „Leipziger Tageblatt“ für seine naive Offenheit.

Also ohne Verstimmlung des — alten — keineswegs ganz demokratischen städtischen Wahlgesezes hatte es keine Möglichkeit gegeben, „den Ansturm der Sozialdemokratie abzuwehren“!

Nun — auch mit der Verstimmlung ist es nur theilweise gelungen. Und trotz der Verstimmlung wird die Sozialdemokratie noch ganz siegen. —

Die Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1895.

Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: Verschiedene wirtschaftliche Vereinigungen haben beim Bundesrathe Eingaben betrefis der Bestimmung der für das Jahr 1895 geplanten Berufs- und Gewerbezahlung eingereicht. So hat der Zentralverein der deutschen Lederindustrie beantragt, daß die Lederindustrie nicht wie bei der Berufsabzählung vom Jahre 1882 zusammen mit der Papierindustrie in eine Gruppe, sondern ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend in einer besonderen Gruppe gezählt werde. Im übrigen wird die Arbeit, welche die neue Berufs- und Gewerbezahlung verursachen wird, eine recht umfangreiche sein. Sie wird in drei Theile, in die eigentliche Erhebung, die Bearbeitung des Urmaterials, die Erstattung von Bezirks- und Staatsübersichten und in die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse für das Reich zerfallen. Der Umfang der Arbeiten wird ersichtlich aus der Zahl der für dieselben in Aussicht genommenen Zahlarten. Für die Erhebung sind in Aussicht genommen 15 Millionen Haushaltungslisten, 6 1/2 Millionen Fragebogen für die landwirtschaftlichen Betriebe, 2 1/2 Millionen Gewerbestarten für Gewerbebetriebe mit Gehilfen, Wirtinhabern und Motoren, 90 000 Anweisungen für Zähler und Gemeinden, 1 Million Kontrolllisten für die Zähler, 120 000 Gemeindebogen und 4000 Bestimmungen betrefis die Herstellung einer Berufsstatistik für die Verwaltungs-Behörden der größeren und kleineren Bezirke. Für die Bearbeitung des Urmaterials sind drei Unterabtheilungen in Aussicht genommen und zwar berufsstatische Uebersichten, Uebersichten der landwirtschaftlichen und solche der gewerblichen Betriebe. Diese drei Arbeiten werden einen Kostenaufwand von vorausichtlich 1,7 Millionen erfordern. Diese Kosten sowie die für die Erhebung werden übrigens den Einzelstaaten vom Reiche zurückerstattet. Die eigentlich im Reich auszuföhrende Arbeit betrifis die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse, die nach denselben drei Unterabtheilungen geordnet sein wird.

Die Eisenbahn-Verstaatlichung in Oesterreich wird fortgesetzt. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Verstaatlichung dieser Bahnen zum Beschluß erhoben. —

Ein deutsch-französischer Zwischenfall haben unsere Geschäfts-Chauvinisten glücklich entdeckt. Nach Capriol's Sturz glaubt diese Sippe den „Beunruhigungs-Bazillus“ wieder ungenirt züchten zu können. Diesmal besteht der „Zwischenfall“ in einigen Pariser Zeitungsartikeln, die von der offiziellen Militärspionage in den ausländischen Gesandtschaften, darunter auch der deutschen, handelten. Natürlich waren das Privatergüsse, mit denen die französische Regierung nichts zu thun hatte. Der Radau haben bloß die beiderseitigen Chauvinisten gemacht, die einander befehllich schlaun in die Hände arbeiten, und der „Zwischenfall“ ist „freie Erfindung“ des rellamebedürftigen „Patriotismus“. —

Im Pariser Preßskandalprozeß (S. den nachstehenden Brief) dauern die Verhaftungen fort. Jeder Spihube, der erwischt wird, klammert sich an die Hochschöpfe eines anderen, den er sich nachzieht. Wie das beim französischen Panama und beim italienischen Panamino geschah, und vor 20 Jahren in Deutschland bei der berühmten Gründer-Enquete. —

Im Preßskandal in Frankreich wird uns aus Paris unterm 6. Dezember geschrieben: Man thut in der großen Presse, und zwar nicht nur hier, sondern auch im Auslande geradeso, als wenn der aus- und durchgekniffene politische Leiter des „XIX. Siècle“, Edouard Portalis, und sein „Mitarbeiter“ Declercq fast die einzigen Preßgänger, alle übrigen aber die reinen Engel wären. So meint der „Temps“, daß es eine tadelnswürdige Reichfertigkeit sei, von „Preßskandalen“ zu sprechen und über den „Journalismus“ herzuwollen, da es in Wirklichkeit keine Presse und keinen Journalismus gebe, sondern nur Blätter, die sich keineswegs einander gleichen und Journalisten, die sich noch weniger gleichen. Und damit glaubt man hohen Hauptes über das Panamino der Presse hinweggehen zu können. Ja wäre Declercq, der schon einmal als Mitarbeiter des „XIX. Siècle“ wegen Erpressung verurtheilt worden ist, diesmal nicht so vorsichtig gewesen, sich die „Lettres d'un vieux ponté“ — Briefe eines alten Pointeurs — unter welchem Titel Portalis seinen Revolverfeldzug gegen die verschiedenen Spielklubs eröffnete, hätte, beiseite anzuzeigen, um sie eventuellen Falles als Beweise dafür vorlegen zu können, daß er nur Portalis' Handlanger gewesen, dann hätte man, wie seiner

Zeit, wahrscheinlich auch jetzt überhaupt nur von einem gewissen Declercq gesprochen, der sich den Titel eines Journalisten beilegt habe. Wie damals, so hätte man auch jetzt — wie das ja auch anfangs faktisch versucht worden war — den „Revolutionsjournalisten“ einfach über Bord geworfen und wäre ruhig weitergefahren. Sind nun auch nicht alle Blätter allen künstlich, so hat doch ihre „Tugend“ einen Preis, und sind auch nicht alle Zeitungsdirektoren publizistische Strauchritter, die ihre Feder als Revolver benützen, so gehen sie doch alle auf — Neben- geschäfte aus. Welcher Art oft diese sind, das zeigt ja die „Affäre Allez“. Dieser, ein Armeelieferant, hat sich nämlich bei einer seiner jüngsten Lieferungen eine Handlung zu schulden kommen lassen, die das Straf-Gesetzbuch mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu 5 Jahren belegt. Um nun sowohl die ganze Affäre zu vertuschen, was ja in diesem Falle für Allez keinen besonderen Verth gehabt hätte, als auch den Prozess niederzuschlagen, soll ein zu diesem Zwecke sich gebildetes Zeitungsfortium von Allez eine bedeutende Summe — man spricht von 100 000 Fr. — erlangt, später allerdings, nachdem die Sache ruckbar geworden und die Herren für die Folgen zitterten, wieder zurückgezogen haben. Solche und ähnliche Geschäfte werden besonders von den der Regierung nahestehenden Blättern betrieben. Denn was sie aus den Geheimfonds beziehen, ist das wenigste, aber die „Gefälligkeiten“, die ihnen oben bei jeder Gelegenheit erwiesen werden und die sie dann in bare Münze umsetzen, das zählt in ihren Budgets. Wer nie einen Blick hinter die Kulissen geworden, nie einen Choristen zusehen gehört, der hat keine Ahnung von dem ganzen Treiben; denn hinter so manchem, der auf der Bühne als Ritter der Ehrenlegion erscheint, würde man sonst einen ganz anderen Ritter erblicken. Wo es nicht die politischen Leiter der verschiedenen Zeitungsunternehmungen sind, die auf „Nebengeschäfte“ ausgehen, die bei vielen das Hauptgeschäft sind, so sind es die administrativen Leiter, und wo sie in ihren Bureaus keine Declercq's sitzen haben, haben sie sie anseherlich. Und selbst die vornehmen Blätter oder vielmehr die, die so vornehm thun, unterscheiden sie sich von den anderen Blättern im großen und ganzen nicht mehr, als die hohe Halbweilenerin von der Straßenbirne? Klage nicht zur Zeit des Panama-Scandals ein Administrator dieser Gesellschaft, daß sie oft über die Forderungen der Presse feufzten, aber ihnen nicht ausweichen konnten? Waren es da nicht gerade die „vornehmen“ Blätter, die zu diesen Seufzern Anlaß gaben? Und welches sind die Blätter, mit denen sich die Kreditinstitute, Affekturen, Transport-, Gasgesellschaften etc. in erster Linie abfinden suchen? Circa nicht die so vornehm thnenden? Sie alle haben sich darum gegenseitig durchaus nichts vorzuweisen. So verworfen aber auch die Presse sein mag, sie ist doch nicht verworfen als das „Milieu“, das sie umgibt und um sie lebt und weht. Wie die Bourgeoisgesellschaft so die Bourgeoispresse.

Der Pariser Gemeinderath hat in seiner jüngsten Sitzung einen Antrag votirt, welcher verlangt, daß die Regierung Genossen Gerault Richard, der wegen seines Artikels: „Nieder mit Casimir!“ gegenwärtig im Gefängnis sitzt, während der Wahlkampagne im 13. Arrondissement, wo er als Kandidat aufgestellt wurde, in Freiheit lasse. Daß die Regierung diesem Wunsche nicht nachkommen wird, ist bei ihr selbstverständlich und damit ja kein Zweifel darüber ankommen, hat Herr Dupuy einem Nebenlandkandidaten Richard's, der diese Freilassung direkt erbeten hatte, ausdrücklich erklärt, daß daran nicht zu denken sei, was aber nur zur Folge hatte, daß dieser Nebenlandkandidat seine Kandidatur aufgegeben hat, da er es nicht mit seiner Ehre in Einklang bringen könne, gegen einen Gefangenen zu kandidiren. So schlägt denn alles, was die Regierung gegen Richard's Kandidatur unternimmt, nur zu dessen Gunsten aus.

In derselben Sitzung hat der Gemeinderath für die Pariser Arbeitslosen 100 000 Franks votirt. Dieselben sind von den einzelnen Bürgermeister-Ämtern ausschließlich unter die beschäftigungslosen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten zu vertheilen.

Spione und Spindel. In Frankreich ist bekanntlich ein französischer Offizier, der im Kriegsministerium arbeitete, in Haft genommen worden, weil er verdächtig ist, militärische Geheimnisse an Deutschland oder Italien verkannt zu haben. Das Hauptbeweisstück gegen ihn soll in einem kompromittirenden Briefe bestehen, den ein von der französischen Regierung bezahlter Geheimagent aus dem Papierkorb eines Militärattachés einer der Dreimächte aufgefunden habe. Die Lage der Anklagebehörde sei deshalb eine verzwickte, weil man die Herkunft des Hauptbeweisstückes nicht werde erklären können.

Erst verrät der Spion die Staatsgeheimnisse und dann durchwühlt der staatliche Spindel die Papierkörbe, um die Geheimnisse des Spions zu ermitteln. — Eine saubere Gesellschaft!

Ausdehnung der englischen Machtphäre in Nordwest-Afrika. Eine Depesche aus Liverpool meldet: Die neueste hier eingegangene Post bringt Nachrichten aus Accra den 8. November, nach welchen das britische Protektorat über das Aschanti-Land (Goldküste) im Dezember proklamiert werden sollte; der englische Ministerpräsident würde seinen Wohnsitz im Coomassie nehmen.

Der Panamino-Scandal läßt sich nicht begraben. Die Diskussion über denselben geht weiter und das Ministerium selbst muß wohl sehr gegen den eigenen Willen Material zur Fortspinnung der erregten Diskussion beitragen. Hierüber wird aus Rom berichtet:

Das soeben erschienene Amtsblatt des Justizministeriums veröffentlichen den Bericht der Kommission, welche durch Verfügung des Justizministers vom 4. August 1894 mit dem Auftrage eingesetzt wurde, die Verantwortlichkeit der Beamten, welche an der Untersuchung über die Vorgänge bei der Banca Romana theilhaftig waren, festzustellen. Der Bericht tabelt das Verhalten dieser Beamten und ersucht den Justizminister, Maßnahmen in der Verwaltung zu treffen, um das Ansehen der Rechtspflege wiederherzustellen.

Das Amtsblatt veröffentlicht ferner einen Ministerialerlaß vom 5. Dezember, durch welchen der Generalstaatsanwalt beim Appellhof in Rom aufgefordert wird, gegen den Rath Di Lorenzo wegen der in dem Berichte der besonderen Untersuchungskommission gegen letzteren erhobenen Beschuldigungen die Disziplinarstrafe anzuwenden. — Bezüglich des ersten Untersuchungsrichters am römischen Gerichtshofe und des Untersuchungsrichters im Prozesse Tanlongo ist ein Gutachten der obengenannten Kommission eingefordert worden.

Die italienischen Vorkämpfer an der Arbeit. Aus Mailand schreibt man uns:

„Achtung, agents provocateurs!“ diesen Warnungsruf läßt Viktor Chenal in der letzten Nummer des „Grido del Popolo“ erklingen, und mit vollem Recht; denn Crispi, der den Sozialisten an den Kragen will, hat jetzt Vorkämpfer ausgesandt, welche das Volk zu Gewaltthatigkeiten aufreizen sollen. In Turin wird seit einigen Tagen ein Flugblatt verbreitet, welches „die revolutionäre sozialistische Allianz“ betitelt und an „die Revolutionäre und das Volk von Italien“ gerichtet ist; in dem Flugblatt wird gesagt, daß das Volk nur durch eine große Insurrektion aus den Klauen der Herrschaft befreit werden könne. Da dieses Flugblatt, so schreibt Viktor Chenal, „ganz so ausieht, als ob es eine Fälschung wäre, und da es Herrn Crispi wahrscheinlich einen Grund zur Rechtfertigung der Auflösung der sozialistischen Partei bieten soll, wenn man ihn in der Kammer aus dieses Gewaltstreiks zur Rede stellen wird, so ist es gut, diese Machenschaften aus Licht zu ziehen und sie als das zu kennzeichnen, was sie sind. Das Flugblatt riecht stark nach

Polizei, welche mehr als je mit der Sozialistenhals beschäftigt ist und Spionagen und Messerhebeln ruhig laufen läßt.“

Noch das Epithelium allein thut es nicht — man muß auch noch andere Mittel ergreifen, um das „theuere Vaterland“ vor den Sozialisten zu bewahren. Eins der radikalsten Mittel ist die Verletzung des Briefgeheimnisses. Auch das haben wir schon erreicht. Auch wir haben jetzt das samose schwarze Kabinett. An unsere Postverwaltung ist der „geheim“ Befehl gelangt — geheime Befehle verbreiten sich bekanntlich wie ein Lauffeuer —, alle an die aufgelösten 54 sozialistischen Vereine gerichtete Briefe zurückzubehalten und zu öffnen bez. einer eigens zu diesem Zwecke zu schaffenden „Behörde“ zum Definieren zu übergeben. Durch die Verletzung des Briefgeheimnisses hofft unsere weise Regierung wahrscheinlich, Schriftstücke in die Hand zu bekommen, die die Einschüdelung eines Miesensprozesses nach Art der sizilianischen Kriegsgeschichte traurigsten Angedenkens rechtfertigen würden.

Ein solcher Prozeß steht bereits in Aussicht. Die Staatsanwaltschaft in Bari hat der Ruhm der anderen erleuchteten Staatsanwälte im Lande nicht schlafen lassen, und sie fäblte sich gedrungen, gegen die 300 Mitglieder der neugegründeten Freiheitsliga in Bari ein hochnothweiliges Verfahren zu eröffnen.

Die sozialdemokratische Fraktion der belgischen Kammer

lieh bei der Berathung des Etats nach der „Voss. Ztg.“ folgende Erklärung verlesen:

„Die Mitglieder der sozialistischen Linken erklären, gegen das Budget der Dotationen aus folgenden Gründen zu stimmen: Der Artikel 77 der Verfassung verbietet uns, die Herabsetzung der Zivilliste zu beschließen und wir glauben wichtigere Dinge zu thun zu haben, als die Zurückführung dieses Artikels zu verfolgen. Aber wir verweigern es, das Ganze des Budgets der Dotationen zu genehmigen: zunächst weil es im Widerspruch mit unseren republikanischen Ueberzeugungen stünde, dann aber, weil die hauptsächlichsten Posten dieses Budgets schwer, und zum größeren Theile unnütz, den öffentlichen Staatskassas belasten. In einem Lande, in welchem die ungeheure Mehrheit der Arbeiter nicht 1000 Fr. jährlich verdient, bedauern wir tief, daß man den Bezügen des Königs und der königlichen Familie Millionen zuweist, die dazu dienen könnten, 450 Fr. Jahrespension mehr als hiebertausend alten Arbeitern zu geben.“ Der Verlesung dieser Erklärung schließt sich der sozialistische Antrag an, die dem Grafen von Flandern bewilligte Jahreszuwendung in Höhe von 200 000 Franks ganz zu streichen.

Die „armenischen Grenel“ haben sich ganz in hergebrachter Weise zu einer „armenischen Frage“ entwickelt. Die Pforte ist gezwungen worden, in eine gemischte (europäisch-türkische) Untersuchungskommission zu willigen, die an Ort und Stelle den Thatbestand feststellen — und den diplomatischen „Umsturz“ in türkisch Armen weiter vorbereiten soll. Es fragt sich jetzt bloß, wo sich den Russen die bessere Gelegenheit bietet, die „orientalische Frage“ auf die Tagesordnung und in Fluß zu bringen: in Armenien oder China? Sie haben die Auswahl. Und Lord Rosebery, der wacklige Premierminister Englands, scheint ihnen Apportirdienste leisten zu wollen.

Frauen-Stimmrecht in den Vereinigten Staaten. In dem Staate Colorado der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben bei den letzten Staatenwahlen 70 000 Frauen von ihrem Stimmrechte Gebrauch gemacht. Im allgemeinen sind die Frauen konservativ und schutzollnerisch. Sie waren schuld, daß die Volkspartei unterlag und die Republikaner unerwartet einen großen Sieg davontugten. In Kansas wollte man auch das Frauen-Stimmrecht für die Staatswahlen einführen. Der Antrag wurde aber mit großer Mehrheit abgelehnt.

Krieg zwischen China und Japan.

Heute liegen folgende beachtenswerthe Meldungen vor:

Nach Meldungen Londoner Blätter aus Hiroshima vom 6. d. M. ist der Plan, Wudzen zu erobern, für diesen Winter ausgegeben. Yamagata werde sich mit Oyama vereinigen.

Auf Port Arthur wird vom 8. d. M. gemeldet, die einzigen chinesischen Schiffe, welche dort genommen wurden, seien ein Torpedoboot, zwei Kauffahrer-Segelschiffe und ein Kreuzer, der sich auf der Werft im Bau befand.

Die „Times“ aus Shanghai vom 6. d. M. berichtet, erklären die chinesischen Behörden, Zollkommissar Petring sei durch ein kaiserliches Dekret zum Gesandten für den Abschluß des Friedens ernannt gewesen, aber die japanischen Minister hätten sich geweigert, seine Beglaubigungsschreiben zu prüfen.

Ein Telegramm aus Tschifu meldet: Nachdem der amerikanische Gesandte in Peking dem Tzungliamen davon Kenntniß gegeben, daß er und der amerikanische Gesandte in Tokio Vorbereitungen getroffen habe für direkte Verhandlungen, beschloß das Tzungliamen einen besonderen Abgesandten nach Tokio zu senden mit Vollmachten zu Unterhandlungen über den Frieden.

Aus Tokio wird vom 6. M. gemeldet: Infolge der Entdeckung einer Korrespondenz zwischen koreanischen Ministern und den Intelligenzführern hat der japanische Resident die japanischen Truppen, welche zur Unterdrückung des gegen die Regierung gerichteten Aufstands entsandt waren, zurückberufen. Der König von Korea, der über die Angelegenheit sehr aufgebracht ist, hat den Minister des Innern entlassen.

China's Ausfichten scheinen noch nicht verzweifelte zu sein, erhält es doch noch von England Geld geliehen. Aus London wird nämlich gemeldet:

Die 4-prozentige chinesische Anleihe ist bereits von Geld-Instituten stark überzeichnet, so daß dieselbe dem Privatpublikum nicht aufgelegt zu werden braucht.

Parlamentarisches.

Reichstags-Vorlagen. Den Mitgliedern des Reichstages sind ferner noch folgende Vorlagen zugegangen: Die bereits gestern im „Vorwärts“ abgedruckte Umsturzvorlage; der Antrag v. Rantkeffell und Genossen, dahingehend, den Antrag Auer (Aussetzung des Verfahrens gegen Genossen Herberich in Eietrin) der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen; Mittheilung, betr. den spanischen Handelsvertrag; Antrag Zimmermann auf Aussetzung des Verfahrens gegen den Abg. Werner in Kassel.

Das Ergebnis der Schriftführerwahlen im Reichstage ist nunmehr festgelegt worden. Der von sozialdemokratischer Seite für den Schriftführerposten vorgeschlagene Abg. Fischer ist zurückgewiesen worden. Zu Schriftführern sind gewählt worden die Konservativen Dr. Kropatschek und v. Hoffener, von der deutschen Reichspartei Mirbach, vom Zentrum Krees und Brown, von den Nationalliberalen Pfeiffer, von der Freisinnigen Volkspartei Schmidt (Bingen) und der Pele Gegliski.

Von anderer Seite wird berichtet, daß nicht Schmidt (Bingen), sondern Herms gewählt wurde.

Die Abgeordneten Grillenberger und Bollmar können nächste Woche nicht in Berlin sein. Deshalb mußte von ihnen als Fraktionsredner bei den Umsturz-Berathungen abgesehen werden.

Justizgesetze. Die in der Thronrede angefündigten Justizgesetze, Abänderung der Strafprozessordnung durch Wiedereinführung der Berufung, Entschädigung unerschuldig Verurtheilter, sind heute im Reichstage eingegangen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages war am Donnerstag Nachmittag zusammengetreten, um zu dem abgeänderten Antrag Kanitz auf Verstaatlichung des Getreidehandels Stellung zu nehmen. Derselbe lautet:

§ 1. Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im deutschen Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, erfolgt ausschließlich für Rechnung des Reiches. § 2. Die Verkaufspreise des Getreides werden den Durchschnittspreisen der letzten 40 Jahre gemäß festgelegt unter entsprechenden Zuschlägen für die einzelnen theurer produzierenden Gebiete theile des Deutschen Reiches. Die Preise der Mühlenfabrikate richten sich nach den wirklichen Ausbeuten verhältnißmäßig. § 3. Das Deutsche Reich lagert mindestens den dritten Theil des im Durchschnitt der letzten 10 Jahre per Jahr eingeführten Getreides in Lagerhäusern. Außerdem wird die Regierung ermächtigt, für besondere Bedürfnisse — Mähernten, Kriegsjahre u. s. w. — außerordentliche Vorräthe anzusammeln. § 4. Eine Lagerung von Mühlenfabrikaten findet in den Lagerhäusern des Reiches nicht statt. § 5. Aus den jährlich erzielten Ueberschüssen der Reichs-Getreide-Einfuhr wird 1. ein den jetzigen Zolllagen und der thatsächlichen Einfuhr entsprechender Betrag an die Reichskasse abgeführt, 2. ein Reservefonds in gesetzlich festzustellender Höhe gebildet, um für Jahre mit hohen Auslandspreisen es dem Reiche zu ermöglichen, das ausländische Getreide zu dem nach § 2 zu ermittelnden Durchschnittspreis an die Konsumenten abzugeben. Die Jinsen dieses Fonds fließen in die Reichskasse; 3. die Verfügung über den nach verbleibenden Ueberschuß wird besonderer Gesetzgebung vorbehalten. § 6 folgt: Für den Fall des Eintritts von Auslandspreisen, die zu den nach § 2 festzustellenden Durchschnittspreisen im Mißverhältnis stehen, wird der Bundesrath ermächtigt, ein Ausfuhrverbot für Getreide- und Mühlenfabrikate zu erlassen.

Der Vorstehende v. Plöb begründete die historische Entwicklung des vorliegenden Antrages. Dr. Clemm-Ludwigsbafen ist für die Aufhebung von der heutigen Tagesordnung und für die Wahl einer Kommission. Auch Prof. Dr. Enneccerus meint, daß die Sache heute noch nicht spruchreif sei. Graf Kanitz erklarte seinen Antrag. Schließlich wurde die Berathung auf den 11. d. M., Vormittags 10 Uhr, verlag.

Die konservative Partei hat einen Initiativantrag eingebracht auf Berechtigung der Vormünder, von den dazu Verpflichteten den fälligen Alimentenbetrag für uneheliche Kinder durch Lohnabzüge einzulassen.

Die deutsche Reformpartei hat folgende Initiativanträge eingebracht: 1. Die Bundesregierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Lieferanten, Handwerker und Arbeiter für ihre, aus Lieferungen und Arbeiten an Neubauten erwachsenden, rechtmäßigen Forderungen ein Vorrecht vor sämtlichen, auf diese Bauten entragenen Hypotheken oder Rantionen gewährt wird. — 2. Antrag auf Erlass eines Verbots der Konsumvereine in staatlichen Betrieben. — 3. Erlass eines Schlichterverbotes gemäß den im Königreich Sachsen geltenden Gesetzen. — 4. Verbot der Einwanderung ausländischer Juden. — 5. Antrag auf Erlass eines Gesetzentwurfes, wonach bei allen gerichtlichen Verordnungen von Parteien, Jengen und Sachverständigen die konfessionelle Gleichheit wieder eingeführt wird.

Die deutsch-soziale Reformpartei beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, einen Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Leuß oder auf Haftentlassung nicht zu stellen.

Soziale Ueberblick.

Eine städtische Arbeits-Nachweisstelle soll nach dem Beschluß des Arnberger Magistrats mit dem 1. Januar 1895 dort errichtet werden.

Die Errichtung eines Sanatoriums im Harz für frante und in der Gegend begriffene Arbeiter ist von der Alters- und Invaliditätsanstalt in Braunshweig beschlossen worden.

Ausweisungen von „Reichsfeinden“. Aus Nordschleswig wird gemeldet: Etwa 20 Meier, die dänische Unterthanen sind, und erst vor kurzem nachträglich um Niederlassungserlaubnis nachgesucht haben, ist in diesen Tagen von den zuständigen Landrathsämtern der Befehl zugegangen, binnen zwei Monaten das preussische Staatsgebiet zu verlassen. — Ob die Meier im Verdacht stehen, staatsgefährliche Butter, ordnungsfeindlichen Käse oder umhüllerischen Quark zu fabriziren, wird nicht dabei bemerkt.

Arbeiterinnenschau-Gesetz im Kanton Luzern. Einen positiven Fortschritt hat die Arbeiterinnenschau-Gesetzgebung im Kanton Luzern gemacht, indem der Kantonsrath den ihm von der Regierung vor einigen Monaten vorgelegten Entwurf des Arbeiterinnenschau-Gesetzes angenommen hat. Dasselbe erstreckt sich, wie das Jüricher, auf alle dem Fabrikgesetz nicht unterworfenen Geschäfte, in denen Arbeiterinnen oder Lehrlinginnen beschäftigt sind. Die Arbeit an Sonn- und Festtagen ist untersagt, die Dauer der täglichen Arbeitszeit auf 11 Stunden die Mittagspause auf eine Stunde festgesetzt. Ueberzeitarbeit gestattet das Gesetz nur dann, wenn sie nicht durch Mädchen unter 18 Jahren oder durch Schwangere verdrängt wird, auch ist das Einverständnis der Arbeiterinnen erforderlich; die Beweilarbeit erhält das Städtthalteramt (Landrathsamt). Die Mehrarbeit darf 2 Stunden nicht übersteigen und sich nicht über 10 Uhr Abends ausdehnen. Der Lohn für Ueberzeitarbeit muß wenigstens ein Viertel höher sein als der gewöhnliche. Den Arbeiterinnen über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus Arbeit nach Hause mitzugeben, ist untersagt. Das Minimalalter für Arbeiterinnen und Lehrkräfte setzt das Gesetz auf 14 Jahre fest. Wochnerinnen dürfen während 4-6 Wochen nicht beschäftigt werden. Der Lohn ist alle 14 Tage baar auszubezahlen. Wühen dürfen den vierten Theil des Tagelohnes nicht überschreiten und nur dann ausgesprochen werden, wenn sie in einer regierungsräthlich genehmigten Arbeitsordnung angedroht sind. Das Gesetz enthält auch Bestimmungen hygienischer Natur. Der Anstellung einer Lehrtochter hat ein schriftlicher Lehrvertrag mit ihrem Vater oder Vormund vorauszugehen. Kellnerinnen muß eine ununterbrochene Nachtrage von 8 Stunden und jede Woche mindestens ein halber Betrag gewährt werden.

Depeschen.

(Depeschen-Bureau Gerold.)

München, 7. Dezember. Wie das „Boyer. Vaterland“ meldet, soll gegen sechs Redakteure wegen der Fuchs-mühler Affäre Anklage erhoben werden.

Brag, 7. Dezember. Ein sehr bekanntes Mitglied der jung-schlesischen Partei, der ehemalige Landtags-Abgeordnete Franz Sulcius wurde in seinem eigenen, zu Mischeno bei Melnik delegenen Hause sammt seiner Frau in gräßlicher Weise ermordet. Seine Schwiegermutter wurde schwer verletzt. Die Mörder, von denen bis jetzt jede Spur fehlt, raubten eine Brieftasche mit einer größeren Geldsumme sowie eine Taschenuhr.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute in der Mittagsstunde von 12 bis 1 Uhr abgehalten.

Wovon man sprach. Ein Händedruck, ein leuchtendes Aufblitzen der Augen, und dann ein fleißiges Kommentieren der Vorgänge in der ersten Sitzung des deutschen Parlaments — das war die Signatur des gestrigen Tages in den weiten, weiten Reihen unserer Parteigenossen. Höher schlug das Herz jedem Klassenbewußten Proletarier, denn es war, als ob aus dumpfer gewittergroßender Schwüle heraus ein furchtbar greller Blitz die Lage der Dinge plötzlich haarscharf beleuchtet und den Klastertiefen des, der das arbeitende Volk von jener Gesellschaft trennt, so klar wie kaum vorher vor aller Augen offenbart hatte. Was die Gemüther bis dahin ergriff, was als für und wider im internen Meinungsstreit ins Feld geführt war, es war vergessen, es war verdrängt von der hellen Begeisterung, die sich über Alt und Jung in unseren Sturm-erprobten Reihen wie Flammenfeuer ergoß und in tausend und aber tausend Wellen ausklang, wacker, kühn und einigem Sinnes die Bilanz in dichten Reihen zu schließen.

Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all... diese Worte des proletarischen Freiheitsgesanges drangen schmetternd in die Hälste hinaus als Schlachtrufe der Weiche, welche das deutsche Parlament erhalten.

Und was auch kommen möge und welche Fesseln man dem arbeitenden Volke auch auf neue Schmiede in dem deutschen Reichstagsgebäude — hohnlächelnd betrachtet der Riese das Angst- und furchtbefüllene Gebahren der reaktionären Gewalten im Bewußtsein seiner mächtig reisenden Kraft. Und möge man die Ketten auch enger ziehen, und möge man auf neue wieder das Wort mit der Fuchtel in der Hand verbieten — die Begeisterung läßt sich nicht aus den Herzen der Millionen Proletarier rauben und das Bewußtsein des endgiltigen Sieges um so weniger; und wenn für Augenblicke wirklich wieder Kirchhofstraße eingelehrt ist in unserem armen Vaterlande, so wird das eine Wort: „Der erste Tag im neuen Reichstagsbau war unser, der Sozialdemokratie“ unsere Feinde darüber belehren, daß der Kampf, den sie führen, ein Kampf ist pour le roi de Prusse und daß er endigen wird mit dem Siege des ruhmvoll vordringenden Proletariats, der deutschen Sozialdemokratie!

Von bungen Ahnungen gequält sind die Kleinen im Reiche des Gombrosius, die Brauer in der Provinz, welche sich feinerzeit hoffnungsfroh dem im Herbst gegründeten Anti-Boykottverein der Rädle und Kompagnie angeschlossen haben. Unsere Leser werden sich erinnern, daß in dem großen Bunde der Brauereien Deutschlands, den — ein böses Omen — Herr Rädle in Friedrichroda aus der Taufe hob, nur die als würdig befunden werden sollten, die pro Jahr mehr als 5000 Zentner Malz verbrauchen. Schließlich gestattete die Gruppe der Kleinen auch den Jürgern, Steine gegen die boykottirte Sozialdemokratie herbeizuschleppen. Mit dem Mantel Solidarität der Interessierten deckte man einen Augenblick den Klassenhaß, den das Machwerk großkapitalistischer Gepränges notwendig an sich trägt.

Das Sprachrohr der mittleren und Kleinen Brauer, die „Brau-Industrie“, hat nun herausgefunden, daß im Etatsjahr 1893/94 allein im Norddeutschen Brauerey-Gebiet nicht weniger als 250 kleinere Brauereien dem Wälten des Großkapitals zum Opfer gefallen sind; eine Zahl, die allerdings zu denken giebt. Das schärfte das Empfinden und gab jedenfalls die Veranlassung, die Bestimmungen über das gegenseitige Verhalten in einem Kampfe seitens der Verbände der Brauereien angehörenden Betriebe einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Man kann dem Blatte nicht unrecht geben, wenn es die „Kleinen“ auch hierbei wieder ins Hintertreffen und ins Verderben gerathen sieht. Der § 5, der wichtigste der für den „Verband“ gültigen Statuten lautet:

Jede dem Verband angehörige Brauerei, welche von einer politischen Partei (!) in Verzug oder Boykott erklärt wird, erhält auf die Dauer des Verzugs oder Boykotts für dasjenige Quantum Bier, welches sie nachweislich infolge des Verzugs an ihre Kunden weniger absetzt, eine Entschädigung... in der Höhe von vier Mark pro Hektoliter für Lagerbier und 3 Mark für einfaßes Bier (Braunbier). Die Hälfte der stipulirten Entschädigungen zahlt die Verbandskasse, die andere Hälfte diejenige Verbandsbrauerei, welche an Kunden einer boykottirten Brauerei das Bier liefert.

Ein folgender Paragraph regelt die Unterstufungen auch für die Fälle, in denen verschiedene Brauereien des Verbandes nacheinander boykottirt werden; man kann das wenigstens aus dem wunderbaren Deutsch mit einigem guten Willen entnehmen. Unter § 14 heißt es dann zum Schluß, daß die Unterstufungen ohne weiteres ausfallen, wenn die Brauereien eines Verbandes (man will das nach Provinzen regeln) sämtlich in Verzug erklärt werden. Die genannte Festschrift scharft nun, daß die Kleinen Brauereien in der That nur so weit gleichberechtigt sind, als es sich um das Bezahlen der nicht geringen Beiträge handelt. Der Fall, daß sie aus dem Fonds unterstützt werden, dürfte erfahrungsgemäß auch nach unserer Ansicht fast niemals eintreten, da bei einem Einzellaufmarsch die Kleinen nicht in Frage kommen, und wenn sie mitgetroffen werden, ist bei einem großen Boykott — der fämose § 14 ganz und gar dazu angethan, ihr Ende zu beschleunigen.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Sozialdemokratie diese Extrorsionsversuche mit lächeln lächeln verfolge. Daß die Kleinen Brauer so frühzeitig die Rollen ihrer „Kollegen“ vom Großkapital erkennen, läßt sich unschwer daraus herleiten, daß die charakteristische Brutalität der Brauereipropheten auch ihnen gegenüber sich nicht verliert.

Der Geist von Schultheiß schwebt über den Wässern!

Zum Besten der ausgeperrten Brauerei Arbeiter findet am Sonntag, den 8. Dezember, in Schmiedel's Festsaal, Alte Jakobstraße, eine Matinee statt, arrangirt von dem Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“. In anbetrach des guten Zweckes dürfte der Besuch ein guter werden. (Näheres siehe Inserat.)

Achtung, Schöneberg! Am Sonntag findet eine Flugblatt-Verteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich Morgens 8 Uhr an folgenden Stellen einzufinden: E. Pünger, Rollendorffstr. 16; C. Klauke, Goltzstr. 43; C. Kerner, Granowaldstr. 110, und D. Hoffmann, Sedanstraße 10.

Au die Parteigenossen der Umgegend Berlins ergeht das Ersuchen, die Namen und Adressen der neugewählten

Sozialkommission-Mitglieder unverzüglich dem Obmann Karl Scholz, Brangelstraße 32, Berlin, zuzufenden zu wollen.

Von der Liste der boykottfreien Wirthe sind zu streichen: Trebestus, Straßburgerstraße 41; Päd, Chausseestraße 33; Steinbrück, Katerstr. 34; Treutler, Sellenstr. 5; Hoff, Kolbergerstr. 6; Peters, Köslinerstr. 8. Kaul, Fustitenstraße, verweigert die Kontrolle. In Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen schänkt auch der Restaurateur F. Krause ringfreies Bier. Im übrigen werden die Parteigenossen dieser Orte darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen Wirthe ausschließlich boykottfreies Bier schänken, welche das Plakat der Boykottkommission führen.

Von der Gemeindesteuer-Reform. Die zweite Beratung der Gemeindesteuer-Reform hat am Donnerstag begonnen und unsere aus Anlaß der ersten Beratung geäußerten Befürchtungen bereits bestätigt. Unsere Leser haben den Gang der Verhandlungen aus dem ausführlichen Bericht ersehen. Es lohnt sich aber, noch einmal darauf zurückzukommen. Die Mietsteuer wurde zwar ohne Debatte zu Grabe getragen. Nicht einmal die, welche in der ersten Beratung noch für ihre Verbeibaltung eingetreten waren, wagten ein weiteres Wort der Empfehlung. Die durch das Kommunalsteuer-Gesetz geschaffene Unmöglichkeit, diese verhasste aller Steuern durch eine „Reform“ noch für einige Jahre zu retten, scheint allmählich auch den Verböhrtesten der Hausgrarier und ihrer Freunde klar geworden zu sein. Dagegen wußte sich das Hausgrarierthum in der Frage des zur Unterhaltung der Kanalisation aufzubringenden Beitrages erfolgreich in seiner Position zu behaupten. Der Antrag, die von den Hausbesitzern zu zahlende Kanalisationsabgabe auf 2 pCt. vom Nutzungswerte des Grundstücks zu bemessen, wurde abgelehnt; ebenso der andere, wenigstens 1 1/2 pCt. zu erheben. Es bleibt somit bei 1 pCt., wie bisher. In der sehr lebhaften Debatte hatten die Hausbesitzer noch einmal ihr übervolles Herz vor der Versammlung rüchthaltlos ausgeschüttet. Ein heftiger Mittlämper erstand ihnen diesmal in Herrn Friedemann. Nicht alle Hausbesitzer, meinte der, seien Kapitalisten und Spekulanten. Viele hätten ein Haus erworben, weil sie anders von ihrem bescheidenen Kapital nicht genug Rente haben würden, um davon leben zu können. Herr Friedemann war also der Ansicht, sein Geld in ein Haus hineinstecken sei noch das Rentabelste, und damit es das Rentabelste bleibe, müsse man die Hausbesitzer schonen. Die hausbesitzergeliebte Majorität war derselben Ansicht und setzte die Abgabe von den beantragten 2 pCt. auf 1 pCt. herab, was gleichbedeutend ist mit einer „Liebesgabe“ von 2/3 Millionen Mark für die Hausgrarier. Der Sieg wurde von diesem mit einem von Abstimmlung zu Abstimmlung steigenden Jubel begrüßt. Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich. Die Erhöhung des Schulgeldes für die hiesigen höheren Lehranstalten wurde gleichfalls abgelehnt. Sie sollte „reaktionär“ sein, meinte Herr Herms, und Herr Gassel nannte sie gar „kulturfeindlich“. Ein amüsanter Schauspiel, diese beiden Freisinnshelden sich als Stützen der Bildung aufspielen zu sehen! Daß es ebenso kulturfeindlich ist, daß Millionen von Proletarierkindern überhaupt von der Möglichkeit ihre geistigen Fähigkeiten zu entwickeln ausgeschlossen sind, und zwar ausgeschlossen sind infolge einer Gesellschaftsordnung, die gerade der „Freisinn“ am eifrigsten verteidigt — das fiel den Herren nicht ein. Genosse Singer mußte wiederum, wie bei der ersten Beratung, darauf hingewiesen, daß damit nicht den Armen, die ihre Kinder ja doch nur bis zum 14. Jahre erhalten, also selbst bei Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel nicht auf höhere Schulen schicken könnten, sondern nur den Reichen ein Geschenk gemacht werde. Die Zusammenstellung dieses Geschenkes mit der eben erst den Hausbesitzern in den Schooß geworfenen „Liebesgabe“ und der daran geknüpften Vorwurf, daß die bürgerliche Majorität der Versammlung damit die Interessen der bestehenden Klasse über die der gesammten Steuerzahler stelle, rief natürlich die üblichen Entrüstungsstürme hervor. Auf den weiteren Verlauf dieser seltsamen Steuerreform darf man gespannt sein. Herr Gassel hat bekanntlich beantragt, die Steuer aus Einkommen von 600—900 M. künftig wieder zu erheben. Die Annahme dieses Antrages würde das ganze Werk als würdiges Ende krönen. Eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lasten hatte man als leitenden Gesichtspunkt für die Neuordnung der Gemeindesteuern aufgestellt. Und was kommt heraus? Den Bemittelten werden großmüthig Geschenke gemacht, und aus den Taschen der Unbemittelten wird das Geld dazu pfennigweise herausgeholt.

Ueber Sonntagsarbeit am Reichstagsbau wird dem „Voll“ geschrieben: Ein Seitenstück zu der „Lufttagfeier“ im königlichen Schloße konnte man am ersten Adventsonntage am Königsplatz erleben. Die Vorhalle des Reichstagsgebäudes und ein Theil der nach der Sommerstraße zu belegenen Räume waren in den Abendstunden feierlich erleuchtet; innen wie außen wurde geklopft und geläut, so daß man wirklich vergessen konnte, daß wir gesetzliche Bestimmungen über die Sonntagsruhe haben. Diesem Gedanken gaben auch zahlreiche Vorübergehende Ausdruck. Nachdem die Eröffnung des Reichstages wegen des Kanlerwechsels um volle drei Wochen verschoben worden ist, hätte die Behörde durch Verstärkung der Arbeiterzahl doch wirklich die Arbeiten so weit beschleunigen können, daß eine Jubiläumnahme kirchlicher Feiertage nicht nöthig geworden wäre. Oder war ihr vielleicht unbekannt, daß gegenwärtig gerade die Bauhandwerker besonders unter der Beschäftigungsgelöstigkeit zu leiden haben? Dann dürften allerdings noch Jahre vergehen, bis sie zu dieser Erkenntniß gelangt — aufgrund der neuerdings angestellten „Enquete“ über das Handwerk.

Das neue Reichstagsgebäude am Königsplatz ist, einer Meldung zufolge, für das Publikum an den Wochentagen von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Vormittags und Sonntags von 2 bis 4 Uhr Nachmittags zu besichtigen. Die Besucher müssen sich zur angegebenen Zeit an der an der Nordfront, Portal 4, belegenen Wartehalle versammeln, von wo aus sie in Abtheilungen von Hausinspektions-Beamten durch die Räume geführt werden.

Unsere Parteigenossen, die das Reichstagsgebäude besichtigen wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, das in der für die Journalisten bestimmten Restauration boykottirtes Bier aus der Brauerei Moabit verschänkt wird.

In der Urania wurde am Donnerstag ein eigenartiges Thema erörtert. Herr Jul. O. West, ein junger englischer Gelehrter, suchte vor einer geladenen Gesellschaft in einem Experimentvortrag die Frage zu lösen, warum die Kage, mag sie aus irgend einer Lage und aus beliebiger Höhe herabfallen, stets auf ihre Füße fällt. Herr West hätte sich auf eine Reihe photographischer Momentaufnahmen einer fallenden Kage und stellte dann selber mit einem dieser nützlichen Handthiere „Fall-

versuche“ an, deren Ergebnis ihn zu der Schlussfolgerung führte, daß die Kage während des Falles eine rotirende Bewegung und gleichfalls eine „Knickung“ ihres Körpers ausführt. Die Drehungsaxe bildet die Wirbelsäule, welche von den Gliedmaßen der Kage beeinflusst wird. Der Kagen „fall“ ist physikalisch insoweit von Interesse, als er darlegt, daß ein frei in der Luft schwebendes System, das keinen Stützpunkt hat, durch Einwirkung innerer Kräfte im Stande ist, sich durch eine um seinen Schwerpunkt gehende Wge im Raume zu drehen. Die Zuhörer folgten mit vielem Interesse den Darlegungen des jungen Forschers.

Diesem Vortrage folgte die bekannte Reise durch den Yellowstonepark, die durch die anregenden Erläuterungen des Herrn Direktors Meyer nie verfehlt, die Besucher der Urania zu fesseln. Eine Fortsetzung des Vortrages fand am Freitag statt.

Die neueröffnete Fernsprechklinie Berlin-Wien regt die Frage an, wie weit man von der deutschen Reichshauptstadt aus durch den Draht unmittelbar „sprechen“ kann. Hierzu wird uns die folgende Zusammenstellung geliefert: Eine direkte Verbindung besteht nach Petersburg, Moskau, Warschau, Riga, Odessa, Wien, Rom, Mailand, Basel, Paris, Antwerpen, Brüssel, Amsterdam, London, Malmö und Kopenhagen. Nach Spanien und Portugal übernimmt Paris die Vermittlung; nach Amerika Hamburg, Gmden und Paris; Drahtnachrichten nach Australien vermittelt Wien über Suez; die Uebergangstationen für Afrika sind Frankfurt a. M. und München; Depeschen nach Asien (China und Japan) gehen über Petersburg. Dagegen kann Berlin mit Teheran unmittelbar sprechen, wenn Odessa einschaltet, und zwar beträgt dieser Weg 860 deutsche Meilen.

Betriebsstörung auf der Stadt- und Ringbahn. Am gestrigen Morgen kurz nach 5 Uhr ein Vorortzug den Stadtbahnhöfen zwischen den Stationen Leher Bahnhof und Friedrichstraße passirte, wurde plötzlich die Kuppelung einiger Wagen defekt, so daß der Zug mitten auf der Strecke halten und so lange liegen bleiben mußte, bis der Schaden durch schnell herbeigerufenen Arbeiter beseitigt war. Durch diese Reparatur-Arbeiten wurde auf dem einen Geleise eine kurze Betriebsstörung herbeigeführt, die bei einzelnen Zügen Verspätungen von ca. 10 Min. im Gefolge hatten.

Ueber einen eigenartigen Giftmordversuch wir aus dem Hotel Bauer aus der Kleinen Mauerstraße berichtet: Am Donnerstag Nachmittag um 1 Uhr betrat eine Dame den Gasthof in Begleitung eines Knaben und bezeugte sich als die Wittve Elisabeth Technau geborene Planzschke aus der Lutherstraße 18 zu Spandau. Ihr wurde das im zweiten Stockwerk belegene Zimmer Nr. 23 angewiesen. Bald nachher klingelte sie nach dem Kellner und verlangte zwei Tassen Fleischbrühe, dann rief sie das Hausmädchen, dem sie unter Hinweis auf ihren am 1. Februar 1892 geborenen und auf einem Tische liegenden Sohn Arthur erklärte: „Lassen Sie die Polizei benachrichtigen, ich bin die Mörderin meines Sohnes und muß verhaftet werden.“ Ein Kellner theilte nun sofort dem 3. Polizeirevier in der Neuen Wilhelmstraße den Vorfall mit, daß den Knaben mit einem chloroformgetränkten Taschentuch im Munde bewußtlos vorfand und ihn nach der Charitee bringen ließ, nachdem ihm vorher Milch eingeskößt worden war. Das Kind befand sich am Freitag Morgen noch am Leben. Gleichzeitig wurde die Mutter der Kriminalpolizei zugeführt. Ueber die Gründe zur That ist noch nichts Genaues bekannt. Frau Technau ist am 1. August 1870 in Danzig geboren und wohnte seit dem 7. Oktober d. J. bei ihrer Schwägerin, der Wittve Ida Preussche in Spandau, wohin sie von Hamburg gezogen war. Früher ist die Verhaftete in der Fiegelstraße zu Berlin Krankenwärterin gewesen. Sie ist anscheinend in Hamburg verheiratet gewesen; denn ihr Sohn Arthur ist dort geboren.

Weshalb der Schuhmann sich zu tödten versuchte. Eine seltsame Geschichte wird von einer Lokalkorrespondenz berichtet: Der Schuhmann Ernst Gohlaff Nr. 4158, der in der Königsbergerstr. 33 wohnt, war im Oktober d. J. bei der hiesigen Polizei eingestellt worden, nachdem er fünf Jahre bei dem Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8 in Frankfurt a./O. gedient hatte. Am 28. Oktober verheiratete er sich hier und gerieth durch die Beschaffung der häuslichen Einrichtung in Schuldverbindlichkeiten. Dies kam zur Kenntniß der vorgelegten Behörde, und Gohlaff wurde in der dritten Polizeihauptmannschaft, der er angehört, protokolllarisch vernommen. Daraus beschloß er erste Nachtheile, kaufte sich eine Flasche voll Salzsäure und begab sich am Donnerstag Mittag nach Stralau. Dort trank er das Gift auf einer Kegelbahn am Marienparkdamm. Man fand ihn alsbald auf und brachte ihn nach einem Berliner Krankenhaus. Hier befindet er sich noch am Leben, liegt aber schwer darnieder.

Darf denn ein Schuhmann nicht einmal Schulden machen?

Zum Fall v. Koke geht dem Berliner Fremdenblatt von „bestunterrichteter Seite“ die Mittheilung zu, daß sehr infolge der von der Familie v. Koke ausgesetzten hohen Belohnung der Schreiber der anonymen Briefe entdeckt sei. Schriftliche Beweise sollen bei einem hiesigen bekannten Rechtsanwalts deponirt und dem Ermittler soll die Belohnung bereits ausgezahlt sein. Wer der kuriose Briefsteller ist, wird von dem Organ für Hofflässe nicht berichtet.

Einem furchtbaren Unglücksfalle ist am Donnerstag Abend der Fuhrherr Mitschke, Thierstr. 35, erlegen. N. war am gestrigen Tage mit seinem Krenser in Hohen-Schönhausen gewesen und hatte gegen 8 Uhr Abends die Rückfahrt nach Berlin angetreten. Als sich das Gefährt auf dem Berliner Wege in der Nähe der Landsberger Chaussee befand, führte N. plötzlich vom Boß und wurde von seinem eigenen Fuhrwerk ziemlich schwer am Kopfe überfahren. Die Pferde, ohne zu merken, daß ihr Führer fehlte, eilten auf dem ihnen wohl bekannten Wege dem Stalle zu, während N. in Schmerzen sich windend auf dem schmalen Fahrweg liegen blieb. Aus der wohlthätigen Ohnmacht, die ihn bald besiel, wurde N. wieder ins Leben zurückgerufen, als die Räder eines Arbeitswagens über seinen Körper hinweggingen, und schon nabte ein zweites derartiges Laßfuhrwerk. Der Krenser schrie laut vor Angst, der Kutscher aber hörte nicht und auch dieser Wagen räderte den hilflos am Boden Liegenden. Wenige Minuten später kam ein Omnibus der Linie Hohen-Schönhausen—Petersburgerstraße heran; zu schreien vermochte der unglückliche bei vollem Bewußtsein befindliche Mann nicht mehr; und so kam es, daß zum vierten Male ein schweres Gefährt über den Körper des Dulders hinwegrollte. Erst, nachdem das Unglück geschehen, bemerkte der Omnibusführer, daß der Wagen über ein Hinderniß hinweggegangen sei; er stieg ab und leuchtete den Weg entlang. So wurde N. endlich nun aufgefunden; der Unglückliche war entsehrlich zugerichtet. Beide

Arme und Weine waren vielfach gedrohen, die rechte Hand total zermalmt, der Kopf zeigte furchtbare Wunden und außerdem wurden schwere innere Verletzungen konstatiert. Trotzdem lebte der Arme noch; mittels Opiation wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft und hier konnte er noch eine Beschreibung seiner Unglücksfälle geben. Bald darauf aber verschied der bedauernswürdige Mann, vom schnellen Tode erlöst.

Eine Hausfuchung, die bei dem wegen Erpressung verhafteten Oberamtmann Friedrich Krause stattfand, hatte, wie gemeldet wird, recht bemerkenswerte Ergebnisse. Es wurden Dutzende zum Versand bereit liegende Briefe vorgefunden, deren Adressaten in der bereits geschilderten Weise aufgefordert wurden, eine „Abfindungssumme“ zu zahlen, wenn sie nicht von Krause an den Pranger gestellt werden wollten. Man fand ferner Verträge, in welchen Personen, die an Krause Schweigegebelde bezahlt hatten, sich bei einer Konventionalstrafe von 10 000 M. verpflichteten, nicht darüber zu sprechen, daß sie an Krause Geld gezahlt hätten. Aus der vorgefundenen Korrespondenz ging weiter hervor, daß Krause die Erpressungen in Gemeinschaft mit einer Frau W. verübt hat, die seiner Zeit auch einen der unter der Anklage des Buchers Verhafteten denunziert hat. In vorgefundenen Briefen der Frau W. war wiederholt der Genugthuung über den außerordentlichen, kaum erwarteten Erfolg der gemeinschaftlichen Thätigkeit Ausdruck gegeben.

Ein Hindernisrennen war am Mittwoch Abend um 8 Uhr vor dem Hallschen Thore zu schauen. Ein anständig gekleideter Mann hatte sich eine Gans angeeignet, die als Lockmittel für Käufer an dem Laden des Kaufmanns Worthy in der Sauerstraße 70 hing. Der Kaufmann hatte es bemerkt und setzte mit dem Kufe: „Haltet ihn“, dem Flüchtling nach. Als dieser sah, daß er mit der Beute nicht entkommen würde, warf er an der Bäckerstraße die Gans dem Verfolger entgegen, der darüber stolperte, sich eine Knieeise verletzete und eine leichte Verwundung beider Hände davontrug. Trotzdem wollte er die weitere Verfolgung aufnehmen, als sich ihm etwa zehn Männer in den Weg stellten und ihm drohten, falls er den Mann, der nur aus dritter Hand die That vollführt hätte, nicht laufen ließe. Worthy mußte zufrieden sein, die Gans gerettet zu haben, und trat den Heimweg an.

Das Grundstück der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in der Adlerstr. 75 ist in der vorletzten Nacht von einem Brand heimgesucht worden, der im Lagerraum des Isolatorraumes kurz nach 1/11 Uhr ausgebrochen ist. Drei Kohre mußten Wasser geben, erst gegen 1 Uhr konnte „Feuer aus“ gemeldet werden, um 3 Uhr rückte die Feuerwehr wieder ab.

Ein dreites Sittlichkeits-Unterricht wurde an einem fünfzehnjährigen Mädchen E. von 2 böhmischen Kaufleuten verübt, die hier ein Pfefferkuchen-Geschäft in der Köpenickerstraße während der Weihnachtszeit eingerichtet haben. Das Mädchen suchte Stellung als Verkäuferin und ging in das Geschäft. Hier wurde sie in ein Zimmer neben dem Laden geführt, wo die beiden Inhaber sie zu vergewaltigen versuchten. Ein 8 jähriger Knabe, der die E. begleitete, war Zeuge des Vorganges. Die beiden Unholde wurden verhaftet.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Nachmittags versuchte eine Frau aus Spandau in einem hiesigen Hotel ihren zweijährigen Sohn Arthur, angeblich infolge von Nahrungsvorgängen, mittels Chloroform zu tödnen. Das Kind wurde jedoch durch einen Arzt wieder ins Leben zurückgerufen und nach der Charité gebracht. Die Frau wurde verhaftet. — In der Nacht zum 7. d. M. entstand auf dem Grundstück der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Adlerstr. 76, ein größeres Feuer, indem dort lagernde Materialien in Brand gerieten. — Außerdem fanden im Laufe des Tages neun kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 10° u. 4° M.
Ewinemünde . . .	760	WSW	2	Nebel	1
Hamburg . . .	761	Süd	1	Nebel	1
Berlin . . .	762	WSW	3	bedeckt	1
Biesbaden . . .	764	Stil	1	bedeckt	2
München . . .	764	SO	2	wolkig	0
Wien . . .	765	WSW	1	Nebel	-3
Saparanda . . .	769	Stil	1	halb bedeckt	-11
Petersburg . . .	763	WSW	1	wolklos	-6
Cort . . .	754	WSW	4	wolkig	9
Aberdeen . . .	755	S	2	bedeckt	4
Paris . . .	763	SSO	1	Schnee	3

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 8. Dezember 1894.
Ziemlich trübes, ein wenig wärmeres Wetter mit geringen Niederschlägen und schwachen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Verlierer Theater. Die Doppelfirma Lauff und Jacoby, die feiner sächsischer Spielart der Berliner Doppelfirma Plumenthal-Kadelburg warf am Donnerstag im Berliner Theater ihre diesjährige Poffe auf den Markt. Kürze ist des Witzes Seele, sagt der alte Polonius; dießmal haben aber die Meiniger Autoren den größten Poffschneiseinfall, von dem sie alljährlich gehen, in qualvoll fürchterlicher Nefseligkeit gezeugt und gezeugt, bis dann Gemüthsleichtigkeit und scherzhaft Sonne zum Teufel gingen. In Neustadt an der Poffe leben zwei junge Ehemänner, die sich bei ihren beschränkten Gattinnen tüchtig langweilen. Sie fliehen unter dem Vorwande, weite Geschäftsreisen unternehmen zu müssen, nach Berlin. Dort wollen sie sich amüsieren und lassen zunächst ihr Keusches zurechtstutzen und verändern. Die beiden Gattinnen kommen aber auch nach Berlin und treffen mit den Ehemännern zusammen. Sie thun, als ob sie die beiden Lüdrane in ihrer neuen Gestalt nicht kennen, strafen sie durch Erregung von Eifersucht und todesletten Gefahren, bis schließlich die Männer entzückt sind, daß sie keine Provinzgeschänken zu Frauen haben. Das ist der höchste Trunp, meint eine der Damen, den Gatten in Liebe an sich zu fesseln. Die humorlose Arbeit ließ auch bei den Schauspielern nirgends rechten Humor aufkommen.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß hatte sich gestern der verantwortliche Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse Jappay, vor der Strafkammer zu Frankfurt a. O. zu verantworten. Das Vergehen soll begangen sein in zwei Sozial-Korrespondenzen aus Jork, die der Angeklagte in seinem Blatt veröffentlicht hatte und die für strafwürdig erachtet wurden. Jappay wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Der Herr Major. Als eine äußerst betrübende Erscheinung bezeichnete der Staatsanwalt die Verhandlung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Des Betruges in zehn Fällen beschuldigt, befand sich der Major a. D. August Genioi auf der Anklagebank. Er soll im Jahre 1890 eine Reihe von Geschäftsenten in recht häßlicher Weise um einen Gesamtbetrag von etwa 9000 M. geschädigt haben. In augenscheinlich tiefer Zerknirschung gestand der Beschuldigte die Straftaten ein. Er sei bis zum 1. Mai 1890 Major bei den Bietzen-Husaren in Mathenow gewesen, habe aber dann

Schulden halber seinen Abschied nehmen müssen. Er sei nebst Frau und drei erwachsenen Töchtern auf die Pension angewiesen gewesen. Seine Frau habe zwar ein Vermögen von 80 000 M. in die Ehe gebracht, durch ihre verschwenderische Wirtschaftsführung und durch den Umstand, daß er während seiner Dienstzeit nicht weniger als 14 Mal veretzt worden sei, sei nicht nur das ganze Vermögen darauf gegangen, sondern er habe noch eine Schuldenlast von etwa 25 000 Mark gehabt. Seine Angehörigen hätten sich auch nach seinem Dienstaustritte nicht einschränken wollen und besonders seine Ehefrau habe ihn fortwährend gedrängt, Geld zu schaffen. Zu damaliger Zeit sei eine seiner Töchter mit einem Hauptmann verlobt gewesen, er habe nicht gewußt, wo er die Aussteuer hernehmen solle. Voller Verzweiflung sei er in Berlin von einem Geldgeber zum andern gefahren, er habe aber kein Darlehen aufreiben können. Seine trüben ehelichen und wirtschaftlichen Verhältnisse hätten ihn schon früher zum Morphium greifen lassen und dies gefährliche Mittel möge wohl einen Theil der Schuld daran haben, daß er nach und nach den moralischen Halt verlor. In einem Zigarrenladen habe er eines Tages die Bekanntschaft des Agenten Steinhausen gemacht. Er habe sich demselben offenbart und dieser ihm einen verhängnisvollen Rath gegeben. Steinhausen habe ihm erzählt, daß er einen Ober-Stabsarzt a. D. einmal aus einer gleich verzwilten Lage gerissen. Er habe denselben Quellen genannt, wo er Wein beziehen könne, den er vermöge seiner Stellung leicht an Militärkasernen und in Bekanntenkreisen abgeben könne. Dasselbe Verfahren solle der Angeklagte mit Zigarren ausführen. Der Angeklagte sei darauf eingegangen. Er habe bei verschiedenen Firmen große Bestellungen „zu Kantinenzwecken“ gemacht und da er sich in der Unterschrift einfach als „Major“ bezeichnete, so hätten die Lieferanten geglaubt, daß das Regiment der eigentliche Besteller sei und ohne weiteres Kredit gegeben. Seine Hoffnung, bei den Kantinen Absatz zu finden, sei schlagartig und so habe er die Zigarren anderweitig verschleudern müssen, um zu leben. Im August habe er sich von seiner Familie getrennt und sei nach Berlin gezogen. Seine Frau hatte damals bereits die Ehecheidungsklage eingeleitet. Der Angeklagte lernte eine Sängerin kennen, welche im Konzert de Noblesse auftrat. Er knüpfte ein Verhältnis mit ihr an und als ihm im Herbst 1890 der Boden in Berlin zu heiß wurde, ging er mit ihr nach London. Er hat sie dort geheiratet, nachdem seine erste Ehe gerichtlich getrennt worden war. Die Mittel zu der Reise nach England hatte er sich in recht bedenklicher Weise verschafft. Als die Beziehungen zu seiner Familie noch nicht gelöst waren, begab er sich zu einem Tischlermeister in Hildesheim und kaufte dort eine Wohnungseinrichtung für seine Tochter zum Betrage von mehreren tausend Mark. Da die Einkündigungen, die der Lieferant in Mathenow einzog, dahin beantwortet wurden, daß der Angeklagte thatsächlich eine Tochter habe, die mit einem Hauptmann verlobt sei, so wurde demselben Kredit gegen Wechsel gewährt. Als die Verlobung aufgehoben wurde, verkaufte der Angeklagte sämtliche Möbel und ging mit dem Erbsen und der Sängerin nach England. Er wurde heftig verfolgt. Im Jahre 1893 fiel dem Angeklagten eine reiche Erbschaft zu. Ein verstorbenen Onkel hinterließ ihm 340 000 M. Was aus dieser kolossalen Summe geworden ist, wurde aus der Verhandlung nicht recht klar. Thatsache ist, daß der Angeklagte jetzt wieder nichts besitzt. Er hat es gegen Hinterlegung von 10 000 M. erwidert, daß der Steckbrief zurückgenommen wurde. Er will dann einen Rechtsanwalt beauftragt haben, seine sämtlichen Gläubiger zu beirridigen, dieß sei aber nicht geschehen. Ein Theil der von ihm geschädigten Lieferanten ist bejagt worden, es bleiben aber immer noch gegen 5000 M. übrig, welche der Angeklagte zu begleichen außer Stande ist. Nach mehrjährigem Aufenthalt in London ist der Angeklagte zurückgekehrt, worauf er zur Verantwortung gezogen worden ist.

Staatsanwalt Oppermann schonte den Angeklagten in keiner Weise. Tief betäubend sei es, einen Mann von der Stellung des Angeklagten, der einem bevorzugten Truppentheil angehörte und dessen erstes Bestreben es sein mußte, sein Schild festsitzlos zu halten, zum gemeinen Betrüger herabsinken zu sehen. Seine Entschuldigungen könnten nicht ins Gewicht fallen, traurig der Kommandeur, der nicht in seiner eigenen Familie einem unethischen verführerischen Treiben Einhalt zu bieten vermöge! Er beantrage gegen ihn an dert halbjahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Hertwig-Charlottenburg, erzielte, daß der Gerichtshof einige Fälle als nicht hinreichend erwiesen aufschied, dem Angeklagten auch die Ehrenrechte belies. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Herr Jul. Wathaus, Tischlermeister, theilt uns mit, daß er im Proceß Treuberg nur als Zeuge fungirt habe und kein Agent sei.

Parteinachrichten.

Die lang ersehnte „Spaltung“ der sozialdemokratischen Partei glauben die bürgerlichen Blätter angesichts der jetzigen Streitfrage wieder einmal als ganz sicher vorhanden ihren Lesern mittheilen zu können. Die „Kölnische Volkszeitung“, eins der wenigen Blätter, die im allgemeinen über unsere Partei objektiv zu schreiben pflegen, fühlt sich ebenfalls berufen, unter die Propheten zu geben; sie schreibt in einer ihrer letzten Nummern:

„Herr Bebel macht im „Vorwärts“ bei der Fortsetzung seiner Entgegnung auf die Bismarck'schen Artikel in der „Münch. Post“ sehr beachtenswerthe Geständnisse. Dieselben bezeugen unsere seit Jahr und Tag vertretene Auffassung, daß die Sozialdemokratie in einer schweren zur Zeit noch nicht abgeschlossenen Krise sich befindet, die möglicher Weise mit dem Zerfall der zu rasch gewachsenen Partei in eine Partei Bismarck und eine Partei Bebel endet, vorausgesetzt, daß nicht wieder wie 1878, wo die Partei ebenfalls vor großen inneren Schwierigkeiten stand, durch Ausnahmemaßregeln eine vorläufige Einigung herbeigeführt wird.“

Unser kölnisches Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“ führt die „Kölnische Volkszeitung“ folgendermaßen ab: Nachdem sie also noch vor wenigen Tagen das direkte Gegentheil von Spaltung behauptet hatte, spricht sie jetzt schon von einer „seit Jahr und Tag vertretenen Auffassung.“ Wenn die „Kölnische Volkszeitung“ sich in der Rolle eines Propheten gefallen will, so muß sie sich noch gewaltig üben.

Als Beweis für die „seit Jahr und Tag vertretene Auffassung“ diene noch folgendes aus einem Artikel, „Das Jahr 1893“, welchen die „Köln. Volkszeitg.“ am Anfang dieses Jahres brachte und in dem es in bezug auf die Sozialdemokratie hieß:

„Eitel wäre es, auf die Streitigkeiten innerhalb der Partei Hoffnungen zu setzen. Auf dem am 22. October in Köln eröffneten Parteitag hat man sich bestig wegen der Gewerkschaften gestritten, und in der Presse ist fast bis zu diesem Augenblicke mit großer Erbitterung weiter gestritten worden; aber gegen die bürgerlichen Parteien stehen die Streitenden doch zusammen.“

Als nach dem kölnischen Parteitag 1893 die Gewerkschaftsfrage in der Parteipresse erörtert wurde, schrieb dieselbe „Köln. Volkszeitg.“:

„Wir unsererseits sind natürlich weit entfernt, in dem jetzigen Gewerkschaftsstreit innerhalb der Sozialdemokratie etwa Vorzeichen von „Spaltungen“ zu erblicken, wie der „Vorwärts“ und heute fälschlich impunit. Dazu haben wir die Entwidlung und „Mauerung“ der sozialdemokratischen Partei seit mehr als zwanzig Jahren zu genau verfolgt.“

Vor einem Jahre also entrückte sich die „Köln. Volkszeitung“ noch darüber, als ihr der „Vorwärts“ bewies, ihre Artikel

suchten Vorzeichen von Spaltungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu konstatiren, und heute — spricht sie von einer „seit Jahr und Tag vertretenen Auffassung.“ Wie reimt sich das zusammen? Wenn die „Köln. Volkszeitung“ Stoff zur Erbeiterung unserer Leser liefern will, mag sie nur ruhig weiter prophezeien.

Im übrigen wiederholen wir, was Bebel im vorigen Jahre auf die Ausführungen der „Köln. Volkszeitg.“ und der „Frankf. Zig.“, welche dieselben abgedruckt hatte, in betreff der Gewerkschaftsfrage antwortete, weil es auch in bezug auf die jetzigen Artikel der „Köln. Volkszeitg.“ über die Auseinandersetzung zwischen Bebel und Bismarck ganz am Platze ist:

„Ich glaube nicht an die Unfehlbarkeit des Papstes, geschweige an meine eigene. Darum ertrage ich es auch unangetastet kaltblütig, wenn man wirklich sollte hier und da über meine Äußerungen in Köln bedenklich den Kopf geschüttelt haben. Die Sozialdemokratie wird in Deutschland immer stärker und größer . . . also ist es auch natürlich, daß mit der wachsenden Zahl der Köpfe Meinungsverschiedenheiten über Spezialfragen sich einstellen. Das schadet der Partei nicht, das kann sie vertragen. Und insbesondere wird die Frage nach der praktischen Thätigkeit immer eine solche sein, in der Meinungsverschiedenheiten entstehen. Nicht darüber, ob praktisch gearbeitet werden soll, besteht ein Streit in der sozialdemokratischen Partei, sondern über die Frage: Wo ist die Grenze, an der die praktische Thätigkeit für die prinzipielle Entwidlung der Partei gefährlich werden kann. Als eine solche Gefahr habe ich den Besuch des sogen. Frankfurter sozialen Kongresses — den ich als Canossagang bezeichnete — aufgefaßt, und in dieser Frage steht die ungeheure Mehrheit der sozialdemokratischen Partei auf meiner Seite.“

Den Parteigenossen des Landkreises Köln erstattete der Genosse Michels Bericht über den Parteitag. Redner giebt in großen Zügen ein Bild der Verhandlungen und präzisirt sodann seine Stellungnahme gegenüber der Gehaltsfrage, der badischen und bayerischen Angelegenheit. In der Diskussion wird ganz besonders der letztere Punkt von den Genossen in betracht gezogen und die Zustimmung der bayerischen sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten zum Finanzgesetz entschieden verurtheilt. Einzelne Genossen sind auch mit der Abstimmung über die Gehaltsfrage nicht einverstanden. Zum Schluß wird folgende Resolution gegen vier Stimmen angenommen: Die heutige Parteiverammlung des Landkreises Köln erklärt sich nach der Berichterstattung des Genossen Michels mit den Beschlüssen des Parteitages im allgemeinen einverstanden, sie bedauert jedoch, daß der Parteitag sich bei Stellungnahme zur bayerischen Angelegenheit nicht entschließen konnte, für das Beharren unserer Genossen in den Landtagen, betreffend die Budgetabstimmung, eine bestimmte Direktive im Sinne der Bebel'schen Resolution zu geben. Die Verammlung erwartet, daß längstens der nächste Parteitag zu dieser Frage Stellung nimmt.

Als Vertrauensmann für Cranenburg wurde Genosse Meier einstimmig wiedergewählt. Das Lokalkommissions-Mitglied Rosenfeld machte der Verammlung zur Pflicht, nur in Lokalen zu verkehren, wo ringfreies Bier geschänkt wird.

Die Leipziger Stadtverordneten-Wahlen haben ein bei weitem günstigeres Resultat ergeben, als wir gestern mitgetheilt. Gewählt sind die Genossen Pinkau, Schön herr, Adé, Zell und der Genosse Niesel als Erfahmann. Die Gesamtstimmenzahl betrug bei den Sozialdemokraten: 8447, Kartell: 5109, Städtischer Verein: 514. Der Zuwachs der Sozialdemokraten seit der vorigen Wahl beträgt 2632 Stimmen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Dresden sind die Sozialdemokraten unterlegen. Gewählt wurden Personen der verschiedensten Parteien, vom konservativen Ackermann bis zum dem freisinnigen Privatier Grünberg, die bereits in dem Kollegium saßen. Ueber den Ausfall schreibt die „Sächsische Arbeiterzeitung“: Der Ausfall der Stadtverordneten-Ergänzungs-wahl entsprach den Erwartungen, die wir daran knüpften. Die Stimmzahl, die unsere Kandidaten auf sich vereinigten, bewegt sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Die Schuld an dem langsamen Vorwärtsschreiten tragen die Schwierigkeiten bei der Bürgerrechtserwerbungen, aber auch eine gewisse Lässigkeit unserer Parteigenossen in dieser Richtung. Viel zu wenig Werth wird auf diese Wahlen gelegt, und deshalb unterlassen auch viele, die die Berechtigung zum Bürgerwerden haben, dies Recht zu beanspruchen. Stimmberechtigter Bürger gab es 18 878. Ungefähr 65 pCt. machten von dem Wahlrecht Gebrauch. Ein ergötzliches Schauspiel hatte man an den Wahllokalen. Die Wähler wurden förmlich mit Stimmgeldern überschüttet. Mit unserer Liste waren nicht weniger als 24 verschiedene Wahlvorschläge gemacht.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Altwalden-burg bei Glauchau setzten die Kandidaten der Sozialdemokratie, sowohl die der Anstässigen als auch die der Unanässigen.

In Wittweida ging die Liste der Wirtschafspartei glatt durch. Die Wählerzahl von Stimmen, die auf ihre Kandidaten entfielen, war 357, während unsere Parteigenossen auf ihre Kandidaten als Höchstzahl 319 Stimmen vereinigten. Die Wahltheilnahme war eine rege und betrug 75 pCt.

Dagegen setzten in Grünau sowohl in der Klasse der Anstässigen als auch der Unanässigen die Kandidaten des Wahlvereins mit großer Majorität. — Auch in Kottluff wurden zwei Sozialdemokraten in den Gemeinderath gewählt.

10 000 Flugblätter vertheilten am Sonntag unsere Genossen des Landkreises Düsseldorf mit demselben Eifer, wie am vergangenen Sonntag in der Stadt!

Kriegervereine und Sozialdemokratie. Aus Kottluff wird dem Chemnitzer Beobachter geschrieben: Vor einigen Monaten sah sich der hiesige Militärverein veranlaßt, sein seitheriges Vereinslokal aufzugeben, weil er es nicht mit seinen patriotischen Gefühlen in Einklang bringen konnte, in demselben Lokal zu tagen, in welchem der Wahlverein für Niederrabenstein und Umgegend seine Versammlungen abhält. Seit jener Zeit machte sich auch unter den Mitgliedern ein Gefühl des Unbehagens und der Mißbilligung bemerkbar. Verschiedene Mitglieder haben sich infolge dessen vom Militärverein abgewendet und sind dem Wahlverein beigetreten. Um einer weiteren Abschwächung vorzubeugen, machte dieser Verein kürzlich den Versuch, die jüngeren aus dem Militärdienst entlassenen Arbeiter in ihren Verein zu locken. Obgleich ein Mitglied sich selbst zu den fernstehenden Kameraden bemühte und ihnen bekannt gab, daß das Eintrittsgeld nicht mehr wie früher 6 M. betrage, sondern um ein Drittel herabgesetzt und dieses auch nicht gleich zu entrichten sei, konnte sich trotz dieses Entgegenkommens doch keiner der Fernstehenden entschließen, seinen Beitritt zum Militärverein zu erklären.

Genosse v. Wächter ist wegen Hausfriedens-bruchs angeklagt und das ging so zu: Wächter war vor längerer Zeit in ein Vergewert im Bochumer Revier eingeschoren, ohne die Jedendirektion um Erlaubnis zu fragen. Getrieben von dem Begehren, die Arbeit des Bergmannes kennen zu lernen, hat er jene Erlaubnis nicht eingeholt, weil er sie voraussichtlich niemals bekommen hätte. Dieser Frevelthat halber ist er nun vom Staatsanwalt des Hausfriedensbruchs angeklagt und muß sich daher am 17. Januar nächsten Jahres zu Bochum verantworten.

Eine öffentliche Parteiverammlung, welche am 5. Dezember in München stattfand, beschloß definitiv den Boykott

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 8. Dezember. Opernhaus. La Traviata. Schauspielhaus. Wie die Alten tungen. Deutsches Theater. Blau. Cyrienne. Berliner Theater. Der höchste Trumpf. Lessing-Theater. Zwei Wappen. Schiller-Theater. Krieg im Frieden. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Pariser Leben. Residenz-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Stilleleben. Neues Theater. Andrea. Theater Unter den Linden. Der lustige Krieg. Tanz-Divertissement. Belle Alliance-Theater. König Krause. Central-Theater. O! diese Berliner. Adolph Ernst-Theater. Charles's Tante. Vorher: Die ewige Braut. Alexanderplatz-Theater. Gustav Adolf und die Fürstin Emmerich. National-Theater. Der Tod als Pathé. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Sonnabend, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr: Zum 1. Male: **Krieg im Frieden.** Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und F. v. Schönthan. Sonntag, den 9. Dezember, Nachm. 3 Uhr: **Ein Fallissement.** Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.** Dichter-Abend: Im Bürgercafé des Rathhauses, Ab. 7 1/2 Uhr: Schiller-Abend. Montag, den 10. Dezember, Abends 8 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen.**

Adolph Ernst-Theater Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: **Die ewige Braut.** Siederpiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kron. In Scene gesetzt von Ad. Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

3. lte Jakobstraße Nr. 30. **Emil Thomas a. G.** Anna Baders. Josefine Dora. Am 8. Dezember Jubiläums-Wohlthätigkeitsvorstellung zum Besten des Unterstützungsfonds des Vereins Berliner Presse zum 100. Male: **O, diese Berliner!** Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Gindesbofer. Jeder Besucher dieser Vorstellung erhält als Souvenir ein Kunstblatt aus der Edelstein'schen Verlagsanstalt von „Italien in Berlin“ gratis.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Doppelpoststellung zu einfachen Preisen. Gastspiel des Fräul. Bertha Rother. **Ein Modell.** Posse in 1 Akt von Eugen Prudenz. Vorher: **Der Tod als Pathé.** Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von Ernst Blukmo. Musik von A. Wiedocke. Dekorationen von Müller und Schäfer. Beleuchtungseffekte vom Ober-Beleuchter Collander. Maschinerien vom Theatermeister Otto Weiss. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Doppelpoststellung. Gastspiel des Fräul. Bertha Rother: **Ein Modell.** Vorher: **Der Tod als Pathé.**

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey. Die Hexenschaufel, neueste Illusion.

„Sanssouci“

Kottbuserstraße 4a. Sonntag, den 9. Dezember: **Soirée** der **Stettiner Sänger**



(Meysel, Pietro, Britton, Eberus, Steidl, Röhl und Blank). Anf. 7 Uhr. Entree 50 Pfg. **Großes Ensemble-Programm** Sonntag, den 16. Dezember, letzte Soirée der Stettiner Sänger (vor Weihnachten).

Castan's

Panoptikum. Englische Marionetten. Illusions-Caroussel.

Circus Renz

Carlstrasse. Sonnabend, den 8. Dezember er., Abende 7 1/2 Uhr: **3. Konkurrenz-Galavorstellung.** Wettstreit d. hervorragendsten Künstler u. Künstlerinnen; jede Nummer doppelt besetzt, u. a. d. Apportierpferd Mohr u. Hippol. Potpourri von 40 Pferden, vorgef. vom Dir. Fr. Renz. Bolero, ger. v. 6 Damen u. 6 Herren. Doppelvolte der Herren Gustav und Passio. Doppel-Jonglierin von Miss Agnes u. Mr. Arthur. Die Reitkünstlerinnen Fräul. Amalie u. Mathilde Renz. Die Clowns Gebr. Villand ic. Zum Schluss: **Tjo Ni En.**

Neue Musikeinlagen, sensation. Tänze. Sonntag: Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): Neu einstudirt und in neuer Ausstattung: **Die lustigen Heidelberger.** Abends 7 1/2 Uhr: **Tjo Ni En.** Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer. Täglich Abends 7 1/2 Uhr: **Texas Jack's American Prairie Life-Show.** Illustrationen aus dem Amerikan. Plantagen- und Prairieleben.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

Wo speisen Sie?

In der Pommerischen Küche **Oranienstr. 181** bei G. Duckow. Mittag mit Bier 50 Pfg., Frühstück u. Abendessen (für 30 bis 50 Pfg.) große Auswahl. 801L* **Rein Ringbier.** Zimmer mit Piano zu vergeben.

Carl Tutzauer

Admiralstr. 38. Vereinszimmer mit Klavier. Saal für 100 Personen. Kegelbahn und Billard. Nur ringreies Bier.

Fest-Saal mit Bühne

Brunnenstr. 188 (500 Personen) zu Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Tage frei. **W. Gründel.**

Ausschank der Brauerei

Hohen-Schönhausen, sowie des Münchener Brauhaus' empfiehlt **W. Werneke, Rungestraße** (frühere Wassergasse) Nr. 28. [1480b]

Salon zum Freischütz

Fruchtstraße 36a. [1485b] Sonntag: **Großer Saal** unter Leitung des Tanzlehrers Hrn. S. Fische. Im unteren Saal: Spezialitäten-Vorstellung. **Fr. Völkerling.**

Unseren Freunden und Genossen **Otto Blath, Hausdiener a. D.,** und dem Himmelführer **N. Tomscheid** zu ihrem Geburtstag die besten Glückwünsche. 1471b **Berlin L. 16-20.**

Unserem Stabruder **Wilhelm Richter** zu seinem Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch! **Ernst. Carl. Adolph.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Mitgliedern machen wir die traurige Mittheilung, daß das Mitglied **O. Hanuschka** am 6. d. M. verschieden ist. [227/12] Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes zu Mariendorf aus, statt. Zahlreicher Theilnahme steht entgegen: **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern des Vereins der Schäftebranche 147 Nachricht, daß unser Mitglied **Selma Kosnik** verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes aus statt. Um rege Theilnahme ersucht **Der Vorstand.**

Unser in seinem Beruf verunglückter Kollege [1480b] **Karl August Dahse** wird heute, Sonnabend, Nachm. 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Gethsemane-Gemeinde in Weissensee beerdigt. Um zahlreiche Theilnahme bitten **Die Kollegen.**

Nachruf. 1462b Am 6. d. Mts., früh 2 1/2 Uhr, verschied nach schwerem Leiden unser treuer Freund und Sangesbruder, der Maschinenbauer **Fritz Pfeiffer,** in seinem 38. Lebensjahre. Tief beklagen wir seinen Verlust und ruhen mit bewegtem Herzen: **Ruhe sanft!** Die Mitglieder des Gesangsvereins **Notenmappe.**

Achtung! **Kürschner!** Sonntag, den 9. Dezember, Nachmittags 5 Uhr: **Oeffentl. Versammlung** bei **Vnske, Grenadierstraße 33.** Tagesordnung: 1. Vortrag: Ref.: Fräul. Ottilie Baader. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nachdem: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. 1465b Um zahlreichen Besuch bitten **Die Vertrauensleute.**

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Metallarbeiter-Verband** Filiale Zentrum. Sonntag, den 9. Dezember: Besichtigung des Postmuseums. Zusammenkunft bei **Schöning, Stallschreiberstr. 29, Vorm. 11 Uhr.** Am Sonntag, den 2. Dezember, ist in den Kurfürstenthallen beim Kränzchen des Zigarrenklubs **„Freiheitskranz“** ein reichhaltiger Winterbesucher mit grünleuchtendem Futter verkauft worden. Näheres zu erfragen Kurfürststr. 31, 6. Saal.

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung! **Stadtarbeiter!** Sonntag, den 9. ds. Mts., Vorm. 10 Uhr, in den **„Arminhallen“** (oberer Saal) Kommandantenstraße 20, **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. A. Hoffmann: „Individuelle Freiheit und Kadaver-Gehorsam.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** [229/5]

Achtung!

Mitglieder der Allgem. Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Sonntag, den 9. Dezember 1894, Vormittags 9 1/2 Uhr: **Fünf große öffentliche Protest-Versammlungen.**

SO.: Renz' Ball-Salon (Zuh.: Herr Henke), Raunynstr. 27. **O.:** Albrecht's Ball-Salon, Memelerstr. 67. **N.:** Schneider's Gesellschaftshaus, Belforterstr. 15. **NW.:** Wedding-Kasino, Schulstr. 29. **Rixdorf:** Kummer's Saal, Berlinerstr. 136.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Wie stellen sich die Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen das brutale Vorgehen des Vorstandes in betreff Abschaffung der freien Aergtwahl? 2. Diskussion. 1403b Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird dringend gewünscht. **Im Auftrage der Kommission: Raasch.**

Freie Vereinigung sämtl. in der Schuhindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins. Sonnabend, den 8. Dezember 1894, in Buss' Salon, Gr. Frankfurterstr. 85: **Tanzkränzchen.** Anfang 8 Uhr. Entree inkl. Tanz Herren 50 Pfg., Damen 25 Pfg. Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Jahn: Die wirtschaftliche Lage und die Ursache der Arbeitslosigkeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 228/15

Verein der Schäftebranche. Sonnabend, den 8. Dezbr., Abds. 9 Uhr, Neue Friedrichstr. 44, bei Köllig: **Berjammlung.** Tages-Ordnung: Schließen wir uns der Zentralisation an? Zahlreiches Erscheinen notwendig. 14465

Verband der Sattler, Tapezirer. Heute **Versammlung** Heute Sonnabend, den 8. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstr. 83. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Jahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Jordan's Zahn-Atelier, Müllerstr. 175, I. Künstliche Zähne zu Klinik-Preisen. deckt mit 1 1/2 Pfund, hell, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft **Carl Roland, Mariannenstraße 23.**

Oranien-Bad, Oranienstr. 44, zw. Moritz- u. Oranienplatz. Bäder-Besitzer für sämtl. Krankentassen Berlins u. Umgegend. **Dampfbäder,** Packung in seidene Taschen. Massage. Vereinsmitglieder zahlen nur 75 Pfg. pro Bad mit Packung und Massage. **Bannenbäder.** 3 Bäder mit Seife und Handtücher 1 Mark. Außerdem: Sool-, Schwefel-, Sitzbäder. Neu eingerichtete Abtheilung: Güsse, Wickel etc. System Kneipp.

Rechtsbureau. 1461b Stallschreiberstr. 43, I. Alles billigst. Von verschiedenen Seiten höre ich, daß das Gerücht im Umlauf ist, als hätte ich auf meinen Agitationsreisen von Parteigenossen Geld geliehen. Ich fordere alle, mit denen ich damals in Berührung kam, auf, etwaige Forderungen geltend zu machen. **Karlruhe, 5. 12. 94.** **H. Volzrauer, Karlruhe, Kreuzstr. 10.**

Achtung, Staligerstr. 119. Den verehrten Parteigenossen zur gefl. Mittheilung, daß ich durch günstigen Einkauf von Winter-Paletots, Rock u. Jaquet-Anzügen, sowie sämtlicher Arbeitsartikel, in der Lage bin, reell und billig zu verkaufen. Bitte genau auf die Nummer zu achten. **Sirsch.**

Honigkuchen garantiert reine Waare. **Hohr Rabat.** **Christbaum-Confect** viele Neuheiten, à Kiste 2,50, 3,00, 3,50. **Orantenstr. 30, Ecke Kopalstr.**

Baldvögel größte Auswahl v. 50 Pfg. an. Ausländische Vögel, Papageien, Kanarienvögel. Gr. Auswahl in Vogelbauern von den einfachsten bis zu den elegantesten. 1153b

Schnelle. 1. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 12. 2. Gollnowstr. 32b.

Ausschank der Fürstener Brauerei, sowie **H. Weiss- und Bairisch-Bier.** Franz. Billard. Vereinszimmer. Angenehmer Familienaufenthalt! **R. Streit** (in Vertretung), **Raunynstr. 86.** 12042*

Clavierspieler für Sonnabend und Sonntag verlangt, Restaurant **Swine-mündersstr. 51.** 1472b

Zuverlässiger Sattelmacher, seiner Arbeiter für englische Sättel und dauernde Beschäftigung gesucht. **W. H. Statthalter, Bonn a. Rhein.**

Rechtsbureau. 1461b Stallschreiberstr. 43, I. Alles billigst. Von verschiedenen Seiten höre ich, daß das Gerücht im Umlauf ist, als hätte ich auf meinen Agitationsreisen von Parteigenossen Geld geliehen. Ich fordere alle, mit denen ich damals in Berührung kam, auf, etwaige Forderungen geltend zu machen. **Karlruhe, 5. 12. 94.** **H. Volzrauer, Karlruhe, Kreuzstr. 10.**

Rechtsbureau. 1461b Stallschreiberstr. 43, I. Alles billigst. Von verschiedenen Seiten höre ich, daß das Gerücht im Umlauf ist, als hätte ich auf meinen Agitationsreisen von Parteigenossen Geld geliehen. Ich fordere alle, mit denen ich damals in Berührung kam, auf, etwaige Forderungen geltend zu machen. **Karlruhe, 5. 12. 94.** **H. Volzrauer, Karlruhe, Kreuzstr. 10.**

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Die „Große Berliner Pferdebahn - Gesellschaft“

hat den Kommunalbehörden einige recht interessante Vorschläge unterbreitet. Sie will mehrere Linien nach dem Ausstellungs-Terrain bei Treptow führen und zum Theil für elektrischen Betrieb nach dem Oberleitungs-System einrichten, verlangt aber dafür allerlei Gegenleistungen, als da sind: die Kommunalverwaltung soll die polizeiliche Genehmigung des elektrischen Betriebes nach diesem System erwirken lassen, die Treptower Chaussee soll 1896 auch nicht theilweise aufgehoben werden, innerhalb des Ausstellungs-Terrains soll eine etwa geplante elektrische Bahn nur dieser Gesellschaft gestattet werden, zu Landwerd, Brückendamm und Straßenregulirung außerhalb des Reichbildes will die Gesellschaft nichts beitragen, von den Einnahmen aus dem elektrischen Betriebe will sie nur 4 pCt. Brutto-Erlagen an die Stadt zahlen u. s. w. Namentlich aber will sie, das ihr vertragmäßig zustehende Recht auf Erbauung einer Linie Behren-, Markgrafen-, Junferstraße, um die sich vor kurzem eine ganze Anzahl Unternehmer beworben haben, nicht aufgeben. Das Versteht sich, denn diese Linie ist durch ihre Fortsetzung Ritter-, Reichenbergerstraße u. s. w. von außerordentlicher Wichtigkeit für den Verkehr von der Ausstellung nach der „Linden“-Gegend. Schließlich soll die Gesellschaft sich gleichzeitig dem Magistrat gegenüber bereit erklären, über einen neuen Vertrag betreffs Einführung des elektrischen Betriebes auf ihrem gesammelten Pferdebahnen Verhandlungen anzuknüpfen. Wenn man diese Vorschläge und namentlich den letzten betrachtet, dann kann man sich der Vermuthung nicht erwehren, daß die Gesellschaft wieder einmal das Bedürfnis fühlt, eines jener Geschäfte zu machen, die wir in den letzten beiden Jahrzehnten wiederholt erlebt haben, und durch die, dank der Nachgiebigkeit der Kommunalverwaltung, die Berliner Bevölkerung der Gesellschaft noch für lange Zeit auf Gnade oder Ungnade überliefert ist. Es scheint, als ob die Gesellschaft nicht nur ihre Konkurrenten um die Linie durch die Markgrafenstraße mit Hilfe der städtischen Behörden aus dem Felde schlagen und, die „Konjunktur“ benutzend, den gesammelten Pferdebahnverkehr nach der Ausstellung unter den günstigsten Bedingungen an sich bringen, sondern auch eine Verlängerung des noch bis 1911 gültigen Vertrages für ihr gesamtes Netz durchsetzen will. Es wird daher die Aufgabe der Kommunalverwaltung sein, diesmal ganz besonders vor- und umsichtig zu sein und sich bei den Verhandlungen weniger nachgiebig als sonst zu zeigen. Gerade die Vorgeschichte der Linie Behren-, Markgrafen-, Junfer-, Ritter-, Reichenbergerstraße giebt Grund genug dazu. Diese Linie ist jetzt gerade 10 Jahre alt, — auf dem Papier natürlich. Anfang der 80er Jahre arbeiteten die städtischen Behörden einen Plan zur Verwirklichung der bisher bestehenden, ziemlich planlos gebauten Linien zu einem zusammenhängenden, möglichst die ganze Stadt überspannenden Netze aus. Sie gingen dabei von der sehr richtigen Erwägung aus, daß die Unternehmer sich immer nur durch ihren eigenen Vortheil leiten lassen würden, daß die städtischen Behörden dagegen einen anderen Standpunkt einnehmen müßten. Ihnen sagt darüber der Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1882—88: „lag die Pflicht ob, durch Herstellung auch solcher Linien, deren Ertragsfähigkeit mehr oder weniger zweifelhaft blieb, denjenigen Gegenden den Anschluß an das Pferdebahnnetz zu sichern, denen ohne eine äußere Nothigung der Vortheil eines so bequemen und wohlfeilen Verkehrsmittels noch auf längere Zeit hinaus durch die Pferdebahn-Gesellschaften selbst voraussichtlich nicht zu theil geworden sein würde.“ Es wurde eine Konkurrenz ausgeschrieben, aber von den sich meldenden Bewerbern wurden schließlich nur drei als allein der Berücksichtigung werth ausgewählt, nämlich die drei bereits bestehenden Gesellschaften. Die „Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft“ wurde dann durch Vertrag vom 17. November 1884 zum Bau von 12 Linien verpflichtet, unter denen sich auch die von der Behrenstraße durch die Markgrafenstraße u. s. w. befand. Sämmtliche Linien sollten unter gewissen Voraussetzungen, namentlich der der polizeilichen Genehmigung, spätestens bis 31. Dezember 1888 ausgeführt werden. Der oben erwähnte, nach Ablauf dieses Zeitraumes erschienene Bericht über die Gemeindeverwaltung u. s. w. bringt auch Mittheilungen über das Schicksal der einzelnen Linien. Die einen hatten die polizeiliche Genehmigung nicht erhalten, die anderen waren bereits gebaut und dem Verkehr übergeben worden — mit Ausnahme der Linie Behrenstraße-Reichenbergerstraße. Warum diese immer noch nicht gebaut war, ist in dem Bericht nicht angegeben, ob sie noch gebaut werden sollte, ebenso wenig. Ihr ferneres Schicksal wird überhaupt mit keinem Worte erwähnt, wenigstens haben wir nichts darüber in dem Bericht gefunden. Warum sie nicht gebaut worden ist, ist sehr leicht einzusehen. Die Markgrafenstraße liegt ganz nahe und parallel der Charlotten- und Jerusalemstraße, die schon Pferdebahn hatten, die Ritter- und Reichenbergerstraße liegen nahe und parallel der Oranienstraße, die ebenfalls Pferdebahn hatte. Die Reichenbergerstraße führt überdies durch einen der ärmsten Theile der Stadt hindurch auf den Landwehrkanal zu, der hier keine Brücke hat. Die Gesellschaft wußte, daß die Linie unrentabel sein würde, deshalb bedankte sie sich für den Bau. Unrentable Linien hat sie noch nie gebaut, und um den Standpunkt, den die städtischen Behörden einnehmen, scheert sie sich den Teufel was. Es ist ihr auch nichts weiter passiert, nachdem sie sich der ihr auferlegten Verpflichtung, die Linie zu bauen, einfach entzogen hatte. Sie ist sogar so unverfroren, sich nun, wo die Linie mit einem Male rentabel wird, nachträglich zum Bau anzubieten und noch ein Vorrecht für sich zu beanspruchen. Zuwiefern ihr ein solches Vorrecht heute noch „vertragmäßig“ zustehen soll, ist uns nicht recht klar. Es ist uns nicht bekannt, daß ihr das Anrecht auf diese Linie, für die nicht, wie für die durch denselben Vertrag genehmigte Linie über die Kurfürstentrasse ein erst später zu beschließendes Bauhinderniß vorlag, hinterher verlängert worden wäre. Die Angelegenheit zeigt wieder einmal, was dabei herauskommt, wenn man Unternehmungen, die dem Gemeinwohl dienen sollten, unter den denkbar günstigsten Bedingungen privaten Unternehmern überläßt und diese, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen, noch mit weitestgehender Nachsicht behandelt. Jetzt fehlt bloß noch, daß man der Gesellschaft gegen Einführung des elektrischen Betriebes den Vertrag bis Mitte des nächsten Jahrhunderts verlängert.

Gerichts-Beitrag.

Mordprozeß Thiede.

Vor dem Schwurgericht am Landgericht II findet heute die Hauptverhandlung wider den Maurergehellen Julius Thiede statt, welcher beschuldigt ist, am 13. April d. J. vorsätzlich und mit Ueberlegung die Krankenpflegerin Helene Schweichel getödtet zu haben. Die Gerichtspräsidentin der Altstadt Berlin hat in den letzten Jahren viele Mordprozeße zu verzeichnen gehabt, doch wohl aber keinen, der in gleicher oder ähnlicher Weise die Gemüther erregte. Nicht vor den Thoren Berlins, auf dem Terrain einer schnell emporblühenden, den oberen Zehntausend als Wohnort dienenden Villenkolonie, unmittelbar an jenem Theile des Grunewalds, nach welchem täglich die Schmaroger der Gesellschaft mit feurigen Kennern oder in glänzenden Equipagen hinausziehen, wenige Schritte von einer stark belebten Straße entfernt, wurde ein Weib ermordet, welches aus guter Familie stammte, durch widrige Vermögensverhältnisse gezwungen war, den Kampf um die Existenz für sich allein zu führen, das aber ihrer Erziehung, ihrem Lebenswandel und dem gewählten Berufe entsprechend über jeden Zweifel erhaben war. Der Mord war augenscheinlich und ist — wie später festgestellt wurde — kein Raubmord, sondern ein Lustmord.

Die durchaus berechtigte Aufregung wird noch vergrößert durch die noch preisfehlende Frage, ob das Verbrechen seine Sühne finden wird. Die Staatsanwaltschaft glaubt, in dem Mörder Thiede den Mörder ergriffen zu haben, sicher ist dies noch keineswegs, wenn man das beigebrachte Beweismaterial sichtet und wäre das letztere viel umfassender, als es in Wirklichkeit ist, so hängt doch noch alles von dem Verdikt der Geschworenen ab. Es ist daher sehr erklärlich, daß in vielen Kreisen die Frage aufgeworfen wird: Wie wird der Prozeß endigen? Ist Thiede der Mörder? Wird er zum Tode verurtheilt, oder wird er von der Anklage des Mordes freigesprochen werden?

Die Einzelheiten der grausigen That noch einmal vorzuführen, dürfte zwecklos sein, da dieselben noch in aller Gedächtniß schweben, obwohl zwischen That und Verhandlung nahezu sieben Monate Zeit liegen. Wichtiger erscheint die Erwägung der Frage, welche Chancen der Angeklagte für und gegen sich hat, weil dies zum Verständniß des Ganges und der Ergebnisse der Verhandlung dienlich erscheint. Dabei läßt sich allerdings nicht vermeiden, auf bekannte Details zurückzugreifen.

Die am 8. Juni 1887 geborene Krankenschwester Helene Schweichel fungirte im Frühjahr d. J. bei der erkrankten Gattin des Prokuristen Herrmann in der Villenkolonie Grunewald als Pflegerin. Am Vormittag in der Zeit von 10—11 Uhr machte Fräulein Schweichel in der Regel einen Spaziergang, um frische Luft zu schöpfen. Dabei wählte sie mit Vorliebe die auf Schmarogendorfer Gebiet liegende Reinerzstraße, die von der Hubertus Allee bezw. der Franzensbader Gartenstraße nach der Schmarogendorfer Gasolfalt zu führt. Die Reinerzstraße war zur Zeit der That noch fast unbekannt, an der einen Seite eingegänzt, an der anderen von einer Kiefernhecke eingefast. Im übrigen war die Reinerzstraße ziemlich unbelebt, was wohl der Grund gewesen sein mag, daß Fräulein Schweichel gerade hier mit Vorliebe spazieren ging.

Am Tage der That, gegen 11 Uhr Vormittags, passirte die Handelsfrau Pauline Wächtemann aus Berlin gelegentlich eines Geschäftsganges die Reinerzstraße. Sie war noch nicht weit von der Franzensbader Gartenstraße entfernt, als sie schrille Hilferufe hörte. In der Mitte der Reinerzstraße höher als wie am Anfang und am Ende und Frau Wächtemann mußte erst die Höhe der Straße erreichen, bevor sie die Stelle übersehen konnte, von welcher die Hilferufe gekommen waren. Da sah sie denn einen Mann aufsteigend aus lüderlicher Stellung aufstehen, die Beinkleider ordnend und sich dabei sehr unbehend, dann in Schmarogendorfer Richtung davonlaufend, erst langsam und dann schneller. Nach konnte sie den Gegenstand nicht erkennen, auf welchem der Mann gekniet zu haben schien, erst in unmittelbarer Nähe sah sie, daß eine Frauensperson in ihrem Blute lag und augenscheinlich ermordet worden war. Frau Wächtemann lief nun nicht dem Thäter nach, sondern nach der Kolonie Grunewald zurück, wo sie zuerst dem Vriestragler Große begegnete, dem sie in flüchtiger Hast die Beobachtung erzählte. Währenddem kamen die Pöper Reintde und Prentlow hinzu. Die Männer berathschlagten kurz, was zu thun sei; eine Verfolgung des Mörders erschien aussichtslos, weil dieser einen zu großen Vorsprung haben mußte. Sie gingen daher zunächst zu der Leiche, die mit dem Kopfe in der Dichtung nach der Bordschwelle in dem aufgespannten Sonnenschirm lag. Die Leiche lag auf der Seite, fast auf der Brust, die Oberkleider waren über den Rücken emporgeworfen, die Unterkleider aber noch in Ordnung. Der Thäter war augenscheinlich bei Ausführung seiner Absicht gestört worden.

Sofort wurde nun der Amtsvorsteher der Kolonie Grunewald benachrichtigt, welcher zunächst das zuständige Amtsbureau in Schmarogendorf telephonisch anrief und sich dann mit dem praktischen Arzte Dr. Cron zu der Leiche begab. Letzterer erkannte in derselben die Schweichel, die er an dem Krankenlager der Frau Herrmann, die er behandelte, gesehen hatte. Der später hinzugerufene Prokurist Herrmann rekonnozirte die Leiche ebenfalls.

Die Schmarogendorfer und die Berliner Polizei, welche letztere sofort mit allen momentan verfügbaren Kriminal-Schwarzmannern antrat, boten alles auf, des Thäters habhaft zu werden, was aber schwierig war, da derselbe keine Spuren zurückgelassen hatte. Man war lediglich auf die Beschreibung der Frau Wächtemann angewiesen, welche den Mörder allerdings nur flüchtig und aus der Entfernung gesehen hatte. Danach war der Thäter ein Mann in den zwanziger Jahren, der dunkle Beinkleider, einen braunen Gehrock oder Ueberzieher und einen schwarzen weichen Filzhut trug. Das Gesicht des Mannes sei stark geröthet gewesen, auch habe derselbe einen röthlichen Bart gehabt, ob das aber nur ein Schnurrbart, oder auch ein Anflug von Backenbart gewesen sei, hatte Frau Wächtemann aus der Entfernung nicht genau sehen können.

Der Mord war am Freitag geschehen. Am Montag fand im Spreienghause zu Schmarogendorf, wohin die Leiche gebracht worden war, die Obduktion statt, welche der damals neuberufene Phygist für den Kreis Teltow, Sonntagsrath Dr. Esten leitete. Bei derselben wurde inmitten des Halses eine 22 Zentimeter breite, bis auf den Halswirbel reichende Zusammenhangstrennung konstatiert, welche zweifellos den Tod herbeigeführt hatte. Nach der Beschaffenheit der Wunde mußte der Mörder während des Schnittes viermal abgesetzt haben.

In den Kreisen der anwesenden Kriminalisten wurde während der Obduktion schon die Befürchtung laut, daß der dritte Tag nach der That vorüber gehen könne, ohne daß der Thäter er-

griffen werde, da nach alter kriminalistischer Erfahrung der Mörder selten entdeckt zu werden pflegt, wenn mehr als drei Tage seit der That verstrichen sind. Doch wurde bald bekannt, daß man einem schwer verdächtigen Menschen auf der Spur sei — einem Maurer T. — und in der That wurde noch an demselben Abend die Verhaftung des Thiede vollzogen, der jetzt unter der Anklage des Mordes vor den Geschworenen steht.

Lehrmädchen-Ausbeutung. Frau Pauline Thomas, welche eine Arbeitsstube hat, inserirte Ende Juni im „Lokal-Anzeiger“ nach „Damen, die sich in der Schneiderei u. n. e. n. g. e. l. l. i. c. h. v. o. l. l. k. o. m. m. e. n. w. o. l. l. t. e. n.“ Zum Schluss kam in dem Inserat die bei solchen Anzeigen „nicht mehr ganz ungewöhnliche“ Bemerkung: „Später Beschäftigung.“ Ein Fräulein F. Richter ließ sich durch die Annonce verführen, bei Frau Thomas in die Lehre zu gehen. Nach Beendigung der dreimonatlichen Lehrzeit wurde ihr wider Erwarten für ihre unentgeltliche Thätigkeit dadurch Anerkennung, daß man sie sofort entließ. Fräulein F. klagte nun auf Zahlung einer Lohnentschädigung, indem sie zur Begründung des Anspruchs ausführte, sie habe sich nur zu der unentgeltlichen Arbeit bestimmen lassen, weil sie, dazu angeregt durch die Annonce, auf Weiterbeschäftigung nach der Lehrzeit bestimmt rechnete. Die Nummer 1, unter Assessor Tschow, wies die Klägerin, im Gegensatz zu anderen Entscheidungen des Gerichts, ab. Nach den Urtheilsgründen ist das Inserat durchaus nicht rechtsverbindlich, wenn nicht beim schließlichen Engagement ein darauf bezugnehmender bestimmter Vertrag geschlossen wird. Also: Vorsicht! — Ihr Proletarierinnen, die Ihr l. e. r. n. e. n. w. o. l. l. t.

Grober Unfug ist es, aber nur nach Ansicht der Polizei, wenn ein Arbeiter einen Schuhmann nach seiner Nummer fragt. Diese Erfahrung machte der Arbeiter Nege, der eines Sonntags Vormittags abgesetzt wurde, als er während der Kirchzeit bei einem Umzug in der Barnimstraße half. Aus irgend einem Grunde hatte derselbe den Schuhmann, welcher seine Personalien wegen Uebertretung der Sonntagsruhe feststellte, nach dessen Nummer gefragt, wodurch sich dieser so belästigt fühlte, daß er Nege in seiner Anzeige neben des Vergehens gegen die Sonntagsruhe auch des groben Unfugs beschuldigte. Ein bezügliches Strafmandat blieb natürlich nicht aus; gegen dieses beantragte Nege richterliche Entscheidung. Die 141. Abtheilung des Schöffengerichts erkannte den Einspruch als begründet an, indem sie feststellte, daß zur Anwendung des § 300 Abs. 11 des Strafgesetzbuches (Unfugparagraf) eine Störung der öffentlichen Ordnung erforderlich sei. — Die Uebertretung der Sonntagsruhe wurde mit einer Geldstrafe von 1 M. geahndet.

Ein christlicher Konfessionär. Herr Bernard Leineweber, der Inhaber eines „Christlichen“ Herren-Garderobe-Geschäfts, wie es antisemitische Zeitungen nennen, besaß am 4. April 1893 den Hausdiener M. Mitte Mai desselben Jahres wurde dieser von seinem Chef in eine Kurre geiekt, was an sich ja nichts Besonderes auf sich hatte. Die Uniform sollte jedoch kein Geschenk sein, gemacht im Interesse des Geschäftes, sondern M. sollte ihren „Werth“ mit 54 Mark realitren, und zwar so, daß ihm bei jeder Lohnzahlung 2 M. von dem 20 M. betragenden Wochenlohn abgezogen würden. Dies geschah denn auch. Die Abzüge hörten aber zum Erstaunen des uniformirten Hausdieners nicht auf, als das „Kostüm“ mit 54 M. bezahlt war, sie wurden ruhig bis zum Tage seiner Entlassung, den 7. Juli 1894, fortgesetzt. M. erhielt nicht nur die 50 M. nicht herausgezahlt, welche Summe die Abzüge nach der Bezahlung der erhaltenen Uniform bereits wieder ergaben, es wurde ihm auch die Ausbändigung einer zweiten Kurre verweigert, die er zum mindesten für das Geld verlangte. Eine Klage beim Gewerbegericht hatte Erfolg, dem Kläger wurden gemäß seinem Antrage 50 M. zugestanden. Grund: Die Einbehaltung des Lohnes zu dem fraglichen Zwecke sei ungesetzlich, da der § 115 der Gewerbe-Ordnung ausdrücklich bestimme, daß Lohnzahlungen nur in bar erfolgen dürfen. — Zu erwähnen ist noch die Behauptung des Klägers, daß ihm bei der Auslieferung der Uniform versprochen worden sei, die späteren Kurren werde er umsonst erhalten.

Für die Gewissenlosigkeit des Bauhewentums spricht auch der Umstand, daß täglich mehrere Anklagen wegen Vergehens gegen das Krankenversicherungs-Gesetz zur Verhandlung gelangen. Bekanntlich hat der Arbeitgeber $\frac{1}{2}$ der Arbeitnehmer $\frac{1}{2}$ des Krankengeldes beizutragen. Der dem Arbeiter zufallende Theil wird ihm von seinem Lohn in Abzug gebracht. Bleibt nun der Arbeitgeber mit der Abführung des Krankengeldes im Rückstande, so erstattet der Vorstand der Krankenkasse dem Magistrat davon Anzeige. Dieser läßt die Beiträge, so weit sie dem Arbeiter bereits in Abzug gebracht sind, durch Gerichts-vollzieher einziehen und im Nichtzahlungsfalle ohne weiteres pänden. Fällt die Pfändung fruchtlos aus, so wird angenommen, daß der Arbeitgeber die von seinen Arbeitern entzogenen Beiträge für sich verbraucht, also unterschlagen hat. Je nach der Höhe der Beiträge und der Vergangenheit der Anpfändungen erkennt der Gerichtshof auf Geld- und Gefängnißstrafe.

Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung fällt das Schöffengericht Heilbronn (Württemberg). Der sozialdemokratische Verein Sontheim erhielt vom dortigen Schultheißenamt eine Strafverfügung wegen Uebertretung der Polizeistunde, da der Verein seine Mitgliederversammlung über die Mitternachtsstunde ausdehnte. Der Verein erhob Beschwerde gegen diese Verfügung und verlangte gerichtliche Entscheidung, indem er sich auf eine Verfügung des württembergischen Ministeriums des Innern vom 2. Dezember 1871 berief, nach welcher die Lokale geschlossener Gesellschaften der Polizeistunde nicht unterliegen. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß obwohl diese Verfügung nicht im Vereinslokal, sondern in der Wirkstube abgehalten wurde, es doch eine „geschlossene Gesellschaft“ sei und sprach daher sämmtliche Angeklagte frei.

Versammlungen.

Eine Branchenversammlung der Bäcker- und Bismel-macher des deutschen Polizeiarbeiterverbandes tagte am Sonntag, den 2. Dezember, im Lokale von Bernau, Rosenthalerstr. 57. Kollege Sächpfin referirte über die wirtschaftliche Lage im vorbenannten Gewerbe. Den trefflichen Ausführungen des Redners folgte eine längere Debatte, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, und zur Annahme folgender Resolution führte: „Die Versammlung ist der Meinung, daß gegenwärtig hervorgerufen durch die Profitwuth der Unternehmer, sich Erscheinungen in unserem Gewerbe breit machen, die wir nicht stillschweigend übergehen können. In Erwägung, daß nur durch eine straffe Organisation dem entgegen getreten werden kann, verpflichtet sich ein jeder Kollege unserer Organisation anzuschließen.“ Zum

Schluss wurde noch bekannt gemacht, dass die Kollegen, welche in den Werkstätten Mißstände vorfinden, dies der Werkstatt-Kontrollkommission ihres Bezirks mitzutheilen haben.

Vor der Filiale Schöneberg des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins sprach am 2. d. M. Frau Mesch bei Kerner, Brunnenwallstr. 110, über „die Frauen und der Kapitalismus“. Der scharfen Verurtheilung, welcher die Rednerin jene Heuschrecke unterzog, die den auf die Straße Geworfenen als Auswurf der Menschheit brandmarkt, schlossen sich in lebhafter Diskussion Frau Klauke, sowie Köster, Hadelbusch und Schlegel an. Unter dem Eindruck der Worte, mit denen Frau Mesch auf das Elend der Proletarierkinder hingewiesen hatte, hob Frau Klauke hervor, dass in den Volksschulen auf Erklärung der Pflanze, „es müsse Arme und Reiche geben“ eine ganz unangemessene Zeit verwendet werde. In der Debatte über „Verschiedenes“ warnten mehrere Redner vor zu großer Vertrauenslosigkeit gegenüber den bürgerlichen Frauenlehrerinnen, die nennend eine Zeitschrift vermittelnder Tendenz unter dem Titel „Frauenbewegung“ gegründet haben und die Arbeiterinnen zum Abonnement heranzuziehen suchen.

In Heng's Salon, Naunynstraße, fand am 2. Dezember eine sehr stark besuchte Versammlung der Arbeiter-Bildungsschule (Südost) statt, in der Schriftsteller Heinrich Schulz (Steglitz) seinen vierten und letzten Jylius-Vortrag über die deutsche Dichtkunst der letzten hundert Jahre hielt. Der Redner behandelte die Dichtkunst im heutigen Kampfe mit dem Kapitalismus und Sozialismus. Er versuchte darzulegen, dass die gewaltige Kunst, die das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem auf allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens geschaffen habe zwischen Besthenden und Befehllosen, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, auch auf dem Gebiete der heutigen Dichtkunst in der ausgeprägtesten Form vorhanden sei. Der zukunftsüberhebenden sozialistischen Weltanschauung gegenüber gelte es auch für die zeitgenössischen Künstler und Dichter, Stellung zu nehmen, und, ohne pedantisch schablonieren zu wollen, könne man sie hiernach in drei selbstverständlich nicht streng geschiedene Gruppen theilen. Auf der einen Seite ständen die Schlepenträger und Liebelner der herrschenden Klasse, die stupplos mit dem jedesmaligen „Winde von oben“ segelten und dadurch die Kunst zur feilen Bildbirne herabwürdigten. Ihnen gegenüber stände eine vorerst noch kleine Schaar von Dichtern, die sich voll und ganz in den Dienst des um seine Befreiung ringenden Proletariats gestellt hätten und durch ihre Kunst für das Volk und für die Freiheit kämpften. Zwischen beiden Gruppen gäbe es eine große Anzahl von Dichtern, die zwar der herrschenden Klasse entstammten, dennoch belächelt und offenherzig genug seien, um die Schäden und Gebrechen ihrer Klasse und deren nahenden Untergang zu erkennen, die aber nicht den nöthigen Muth besäßen, um den letzten Schritt zu thun, ihre bürgerliche Haut von sich zu streifen und in die Reihen des läbn aufstrebenden Sozialismus einzutreten. So schwankten sie planlos umher, theils von dem Miederdruck ihrer eigenen absterbenden Klasse bedrückt und in krankhafter Steigerung „liberaler“ Prinzipien in den Zerklüftungswirbeln verfallend, theils in falscher Künstlerreue das „Joch einer Partei“ verschmähend und „über den Parteien“ lebend. Zu ihnen gehören Männer wie der Norweger Ibsen, wie Gerhart Hauptmann, wie Hiltner, Modan und viele andere. Die hohe künstlerische Begabung vieler dieser Dichter wies der Vortragende durch Citate aus ihren Dichtungen nach. Der Redner ging dann zu einer Charakterisirung der dem Proletariat angehörenden und für dasselbe kämpfenden Dichter über, wie Ludorf, Leopold Jacoby und besonders Karl Hendel. Der Vortragende schloß mit der Hoffnung, daß durch seine Vorträge das erreicht sein möge, was er sich davon versprochen habe, nämlich einerseits weiteren Kreisen der Arbeiterschaft die Bekanntschaft mit den Werken wahrer Kunst zu vermitteln und andererseits zur Stärkung und Förderung des proletarischen Klassenbewußtseins beizutragen.

Die Hausdiener, Väter etc. stellten in ihrer öffentlichen Versammlung vom 2. Dezember die Fälle zusammen, wo die Sonntagstrübe im Handelsgewerbe überschritten ist. Man hatte für diese Zwecke eine besondere Kommission gewählt, welche die Mittheilung machte, daß es ihr gelungen sei, eine ganze Reihe Firmen, 45 Fälle wurden genannt, der Bestrafung zu überliefern. Es wurde gerügt, daß die Beamten der Krankenkasse ihren Verpflichtungen in dieser Beziehung nicht nachgekommen seien. Daß die Geschäftszeit für die Weihnachtssonntage bis 7 Uhr Abends, gegen 6 Uhr im vorigen Jahre, ausgedehnt ist, empfand die schärfste Mißbilligung. Eine Resolution wurde angenommen, in der die Versammlung bedauert, daß die behördlichen Organe der „Kommission zur Ueberwachung der Sonntagstrübe“ nicht genügende Unterstützung zu Theil werden lassen. Danach fand eine Ergänzungswahl der Kommission statt, die nunmehr aus zwölf Personen besteht. Der 1. Punkt, der Bericht über die Verhandlungen der Reichskommission, wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Welche Schritte haben wir zu unternehmen, um den unmotivierten Lohnabzügen entgegenzutreten? Diese Frage beschäftigte eine im Viktoriasalon in der Badstraße tagende öffentliche Versammlung von Arbeitern der Signal-Bauanstalt von Zimmermann u. Buchloh. Die der Referent, der Vertrauensmann Räther, mittheilte, sind einer Gruppe von Arbeitern — nachdem im allgemeinen schon fortgesetzt Abzüge stattgefunden hatten — die Entschädigungen für ca. 18stündige Arbeitszeit pro Mann vorzuenthalten, weil angeblich durch Schuld der Arbeiter diese Mehrarbeit erforderlich geworden sei; tatsächlich treffe jedoch das auf ein Versehen der technischen Leitung zu. Die Diskussion bestätigte diese Angaben vollständig. Abzüge von 15—20 pCt. gehören nicht zu den Seltenheiten; den Hebelmachern sind die Preise sogar von 16 auf 11 M. herabgesetzt. Die Kritik der Versammelten — die Arbeiter der genannten Firma waren fast vollständig vertreten — richtete sich vornehmlich gegen das in der Fabrik bis zur höchsten Blüthe gelangte Kolonnenystem; seit dem Antritt des neuen Betriebs-Ingenieurs sollen die Lohnreduktionen in einem unerträglichen Maße eingerissen sein. Die Versammlung beschloß einstimmig, diesem Vorgehen Widerstand entgegenzusetzen und gab ihrem Willen in einer Resolution Ausdruck die besagt, daß man die Lohnreduktionen mißbilligt und daß sämtliche Arbeiter sich verpflichten, gegen weitere Abzüge geschlossen Front zu machen. — Die Resolution soll der Firma Zimmermann u. Buchloh übermittelt werden.

Für die Filiale Moabit des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins hielt am 3. d. M. Genossin Schädlich bei Henter, Beusselstraße 19, einen Vortrag. „Gedankliche Hoffnungen“ lautete das Thema, welches sich die Vortragende gewöhnt hatte. In ihrem Heimathsdorf, im sächsischen Vogtlande, hat die Referentin die Verarmung des Proletariats miterlebt und miterlitten. Anschaulich schilderte sie das jedesmalige Fortschreiten des Elends, das der Uebergang von der Sense zur Nähmaschine, vom Dreschegel zur Hand-Dreschmaschine, vom gewöhnlichen Fluge zum Dampfzuge mit sich gebracht habe. Von den Mittheilungen der Referentin bewegt, äußerten sich, auf das aus denselben Ursachen steigende Elend des sächsischen Proletariats hinweisend, die Genossin Puffer, Feldenberg, Berger, Witzel und die Genossinnen Mesch und Rauhly.

Polizeilich angesetzt wurde die gutbesuchte öffentliche Schuhmacher-Versammlung, die am 4. Dezember bei Riest, Weberstr. 17, tagte. Eingeladen waren alle Schuh-, Filzschuh- und Schäfte-Arbeiter um Stellung zu nehmen zu den Streikbrechern, die bei den letzten Kämpfen den organisierten Arbeitern in den Rücken gefallen waren. Einleitend gab der Referent Fleischler seine Meinung dahin kund, daß diejenigen Kollegen, die sich zur Zeit des Kampfes auf Seiten

der Unternehmer stellten, jetzt ohne Rücksicht auf ihre Dienste ebensogut entlassen würden, wie die Kollegen, die den Unternehmern gegenüber ihre Rechte zu wahren wußten. Momentan gänzlich erloschen es, daß einige größere Schuhwaren-Fabriken sich etabliert haben. Allerdings werden die neuerhandenen kapitalkräftigen Großbetriebe, die mit den bis jetzt vortheilhaftesten Maschinen arbeiten, in kurzer Zeit eine Anzahl kleinerer Fabriken vernichten, wodurch wiederum eine große Anzahl Arbeiter existenzlos werden muß. Ferner kommen die hier und da vorläufig noch vereinzelt auftretenden Fühlungsanstalten in Betracht. Eine solche Anstalt leistet jetzt schon mit 16 Arbeitern die Arbeit, die bisher 40 Familienväter einen Brotverdiener verschaffte. Angesichts solcher trostlosen Zukunft giebt es nur eine Antwort auf die Frage, was ist da zu thun? Die lautet dahin, durch wirksame Organisation gewappnet den kommenden Dingen begegnen zu können. Hauptächlich gilt dieser Mahnung denjenigen Kollegen, die oft von Hungernöth getrieben, die von kämpfenden gesperrten Fabriken aufsuchten, und jetzt einsehen, wie sie gefährdet haben. In der Diskussion nahm Willmer das Wort, dessen Ausführungen im Sinne des Referats gehalten waren. Bei der Beskrivung der nachfolgenden Resolution erklärte der Ueberwachende die Versammlung auf Grund § 5 des Vereinsgesetzes für aufgelöst.

Die Versammlung beschloß, denjenigen Kollegen, welche auf Grund ihrer Handlungsweise als Streikbrecher im Jahre 1898/94 von der Organisation ausgeschlossen waren, bis zum 1. Februar 1895 Frist zu geben, sich zu organisieren; verspricht dagegen, über alle diejenigen, welche sich nicht organisieren, die Sperre zu verhängen. Die Versammlung macht es jedem Kollegen zur Pflicht, vom 1. Februar 1895 ab mit seinen unorganisierten Kollegen zusammenzuarbeiten. Ausgeschlossen sind von dieser Vergünstigung alle diejenigen, die auf Grund eines Organisations-Statutes ausgeschlossen wurden. Ein ersichtlicher Grund für die Auslösung konnte von den Anwesenden niemand erbringen, man war alseitig höchst erkaunt über die Maßnahmen des Beamten. Jedoch mußte man sich nothgedungen den Anordnungen fügen, was auch von den Anwesenden geschah.

Die Volksversammlung, welche die Frauen-Agitations-Kommission am 4. Dezember nach dem Lokal von Henke, Naunynstr. 27, einberufen hatte, war nur mäßig besetzt. Namens der in der Versammlung vom 20. November gewählten Revisoren berichtete Hl. Baader, daß Bücher und Beläge in bester Ordnung befunden wurden und der angezeigte Ueberstich in Saar vorhanden war. Die Agitationskommission wurde entlassen. An Stelle der Frau Gallin, welche ihr Amt niederlegte, da sie bereits im Frauen-Bildungsverein thätig ist, wählte die Versammlung Frau Klotz zum Mitglied der Agitations-Kommission. — Hierauf hielt Georg Wagner einen Vortrag über: „Die Aufgaben der Frau im Kampfe gegen den Umsturz“. In der Diskussion des mit lebhaftem Beifall entgegengenommenen Vortrages nahm nur Hl. Baader das Wort.

Das lebhafteste Interesse, welches der Arbeiter-Bildungsschule entgegengebracht wird, bekundete wiederum der außerordentlich rege Besuch der am 5. d. M. einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Rechtsanwalt Dr. Herzberg über die geplante Gesetzgebung gegen den Umsturz referirte. Redner wies einleitend einen Blick auf den 15jährigen Kampf der bestehenden Klassen gegen die Sozialdemokratie vom Jahre 1875 bis zum Jahre 1890, welcher begann mit der Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und endete mit dem lang- und klanglosen Begräbnis des Sozialistengesetzes. Daß man nun nach vier Jahren bereits wieder nach Ausnahmegesetzen rufe gegen die Sozialdemokratie, habe wohl weniger seinen Grund in den großen Erfolgen der Sozialdemokratie im Laufe dieser vier Jahre, über welche das Protokoll des Frankfurter Parteitag's Auskunft gebe, als in dem Bestreben, einen Vorwand zur Auflösung des Reichstages zu bekommen, um durch eine Neuwahl einen gesügigen Reichstag zu erhalten für neue Steuerprojekte und die Arbeiter mundtot zu machen und ungehindert durch Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts. Die projektirten Gesetze zum Schutze gegen den Umsturz seien zwar noch nicht bekannt, doch lasse die veröffentlichte Novelle zum Straf-Gesetzbuch bereits tief blicken. In höchst interessanter Weise zeigte der Referent durch Vorführung verschiedener Beispiele die inhaltlichen Zustände, welche Platz greifen würden, sofern die neue Strafgesetz-Novelle Gesetz werde, wie auch die lieblichen Verhältnisse, welche bereits unter dem bestehenden „Rechte“ möglich sind. Die in Aussicht genommenen Verschärfungen einzelner Strafparagrafen hielt Redner für un-nöthig, indem die bestehenden Gesetze der Polizei und den Gerichten schon übergenug Handhaben zum Einschreiten bieten. Die geplanten Gesetzesänderungen würden tatsächlich einem neuen Sozialistengesetze gleich kommen. Was auch kommen möge, nichts werde nach Ansicht des Redners den Siegeslauf des Proletariats aufhalten. (Lebhafter Beifall.) Za zur Diskussion niemand das Wort nahm, berührte der Referent zum Schluß die lox Heinzo, um darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie nicht nur behrebt sei, die materielle Lage, sondern auch die Eitlichkeit des Volkes zu heben, daß sie gleichsam eine große Arbeiter-Bildungsschule sei. Hierauf anschließend erging seitens des Vorsitzenden an alle Genossen und Genossinnen die Aufforderung, sich der Arbeiter-Bildungsschule anzuschließen unter Vorführung der Vortheile und des Verfalls derselben. Die vorher zurückgehaltene Diskussion kam nunmehr in Fluß und nahmen verschiedene Redner das Wort, um nachzuweisen, daß die bestehenden Gesetze — wie besonders in Sachen — bereits in einer Weise zur Anwendung gelangen, daß eine neue Gesetzgebung „gegen den Umsturz“ völlig unnöthig erscheine. Alle Redner waren darin einig, daß trotz aller Bekämpfung die Sozialdemokratie doch unentwegt weiter kämpfen werde.

Mit einer Mahnung zur strengeren Durchführung des Boykott's wurde die städtische Versammlung geschlossen.

Der Kampf gegen den Umsturz und die politischen Aufgaben der Demokratie. Der Name des Referenten wohl mehr als das jetzt eminent aktuelle gewordene Thema selber hatte eine ziemlich große Zuhörerschaft am Mittwoch Abend nach den Konfessionsfällen gelebt. Es sprach Herr Dr. Quidde aus München, der durch seinen „Caligula“ zu großer Popularität gelangte Volksparteiler. Der Redner knüpfte an die Einweihung des neuen Reichstags-Gebäudes an und hoffte von den angebrohten Umsturzgesetzen das Gegenheil dessen, was sie bezwecken sollen, nämlich ein Wiedererwachen des politischen Freiheitsgedankens: eine Aufrüttelung des politisch versumpften deutschen Bürgerthums. In Einzelnen skizzirt der Vortragende dann die in die „Frankfurter Zeitung“ gelangten Vorschläge der Regierung. Schon die in Artikel 1 (§ 111) angeführte Strafvorschränkung und besonders der Zusatz, daß die „Verherrlichung“ von Verbrechen und Vergehen in einer ganz besonderen Weise gehindert werden solle, müsse den lautesten Protest herausfordern. Unsere ganze klassische Literatur (der Redner erinnert an Schiller's „Mäurer“ und Tell“) sei erfüllt mit der Entschuldigung und Verherrlichung solcher Thaten, die ein jeder Staatsanwalt als unter diesen Begriff fallend bezeichnen könne. Die That eines York, des preussischen Generals, die Korrektur der Emser Depesche durch Bismarck, die von unseren Patrioten himmelhoch geriefen werde, darf event. dann von Niemanden mehr berührt werden. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Alle Parteien können gegebenen Falls eine solche Ruthe zu kosten bekommen. — Kurz bespricht der Redner den § 112, der die Verleitung von Soldaten zum Ungehorsam betrifft und behandelt dann den neuen Komplottparagraphen, der ohne weiteres jede gefehliche Agitation lahm lege. Noch schlummer komme es bei dem § 190. Wer die Stellung des Militarismus, der Junker, der Juden etc. angreife, könne damit getroffen werden, sowie die kapitalfeindlichen Sozialdemokraten. Monarchie, Religion, Ehe, Eigenthum u. s. w. soll gegen die „Friedensstörer“

geschickt werden. Wäre es nicht hohe Zeit, daß man die unschädlich mache, die den Frieden auf solche gewaltsame provokatorische Weise verteidigen? (Lebhafter Beifall.) Unsere ganze Strafrechtspflege ist jetzt schon nervös. Was soll das ewige Schreien nach Ruhe, nach Ordnung? Kirchhofstraße ist unvereinbar mit einem Fortschritt, der nur gefunden werden kann im Kampfe der Geister. (Sehr richtig.) Und nun erst die in Artikel 111 vorgegebene „Aneldung der Presse.“ Die „vorkläufige Beschlagnahme“ ist das probatiste Mittel, die ganze Oppositionspresse zu ruinieren. Was ist denn passiert, ruft der Redner, daß in der Thronrede gesprochen wird von „Friedensstörern“. Vielleicht meint man damit Herrn von Stumm. (Große Heiterkeit.) Ein Blick, daß man jetzt noch nicht die Paragrafen hat, sonst würde meine heutige Rede schwer zu büssen sein.

Im weiteren Verlauf seiner Rede führt der Vortragende aus, wie durch solche Maßnahmen die Erbitterung geschürt werde, und große Theile des Volkes dahin erjogen werden, sich mit der gewaltsamen Lösung einer Frage, einer Revolution, mehr und mehr als einer Zweckmäßigkeitsfrage zu beschäftigen. Die Sozialdemokratie, eine Bewegung, deren Ursachen in den Verhältnissen wurzeln, ipotte einer Last, die mit mechanischen Mitteln arbeite. Das Bürgerthum habe aber auch die Pflicht, den Gewaltthätern die Stirne zu bieten in dem Kampfe für wirkliche Sitte, Ordnung und Gerechtigkeit. Etwas Beunruhigung müsse man schon mit in den Kauf nehmen; jedenfalls sei niemals das Volk mehr beunruhigt worden, als zur Zeit, als das Wort von dem Schutze auf die Eltern fiel. (Stürmischer Beifall.) — Man trat hierauf in die Diskussion ein. H. Hoffmann bezeichnet den in der Quidde'schen Rede wiederholt hervorgerufenen Optimismus, daß von einer bürgerlichen Opposition ein ernsthafter Widerstand gegen die Reaktionsgeleiste zu erwarten sei, als irrig. Er zeigt in treffender Weise und in packender Form an einer Reihe von Beispielen, daß der Liberalismus unsere bürgerlichen Kreise abgeseht und todtnüde ist. Vielleicht die Angst, daß der Gummischlauch obligatorisch eingeführt werde, bringe ihn wohl noch zum Schreien, aber zu keiner energischen Aktion mehr. Fest im dem allgemeinen Stürzen bleibe nur die Sozialdemokratie: sie pfeife mit Brade auch auf das kommende „neue“ Ausnahmegesetz! (Lebhafter Beifall und Widerpruch.) Die „scharfen Angriffe“ gegen die freisinnige Partei zwangen den Redakteur Berl's auf das Podium, wo er sich bemühte, den Nachweis zu führen, daß nur die Niederlichen die „Unzuverlässigen“ seien; niemals aber die Wasserleier. Der Demokrat Dr. Gröhe erinnerte den Vorredner an die traurige Haltung der Freisinnigen in Sachen des allgemeinen Wahlrechts. Nach einem Schlusswort Quidde's der zur Einigkeit aller demokratischen Elemente ermahnte, endete die Versammlung.

Für Treptow und Umgegen tagte am 2. Dezember eine öffentliche Versammlung. Das Referat hielt der Genosse Schöpfkin, der in recht interessanter Weise über unsere politische Lage sprach. Die Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne zu dem Referat. Bei Besprechung verschiedener Angelegenheiten tadelte Guttsche das Verhalten Jubel's, der erst in letzter Stunde wieder das bereits übernommene Referat abgefragt hatte. Wie weiter mitgetheilt wurde, schänkt der Gastwirth Hohlwein an der Verbindungsbahn kognottirtes Bier aus.

Für die Parteigenossen in Brich erfolgte die Berichtserstattung vom Frankfurter Parteitag durch Genossen Kasper in einer Volksversammlung, die am 2. Dezember in Wising's Lokal in der Ansebeckstraße tagte. In der Diskussion erklärten sich die Genossen mit der Berichtserstattung Kasper's einverstanden. Sie bedauerten, daß der Parteitag den Genossen im Landtage keine bestimmte Direktive gab bezüglich der Staatsabstimmungen. Allgemein spricht man sich abfällig über die Regelung der Gehaltsfrage und die Ablehnung der dazu gestellten Anträge aus. Bedauerlich ist die Polemik Bebel-Vollmar in der Presse, insbesondere daß sie sich so persönlich zugespielt hat. Solche Angelegenheiten sind möglichst im engeren Kreise zum Austrag zu bringen. Nicht einverstanden war man mit der Liebnicht'schen Erklärung im „Vorwärts“, in welcher er ebenso wenig seine Stellung zu dem Streit Bebel-Vollmar prüffirt, wie die Meinung der Berliner Genossen klar zum Ausdruck bringt. Zum Schluß stimmte die Versammlung folgender Resolution zu: „Die Volksversammlung von Brich erklärt sich mit der Stellungnahme der Delegirten für Zeltow-Beckow-Storkow auf dem Parteitag einverstanden, und verpflichtet sich für Hochhaltung und Durchführung der dort gefassten Beschlüsse zu sorgen; sie erklärt in dem Streit Bebel-Vollmar auf dem Standpunkt des Genossen Bebel zu stehen, trotz der von ihm gebrauchten scharfen Worte, diese waren zur Aufrüttelung der Genossen immerhin am Platze.“ Hierauf folgte die Wahl der Revisoren, aus welcher die Genossen Weniger, Jentsch und Schulzky hervorgingen. Zum Schluß wurden in längerer Debatte persönliche und driliche Fragen behandelt.

Charlottenburg. Eine Versammlung der Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer tagte hier am 2. Dezember im Lokale „Bismarckshöhe“. Der Referent G. Beyer sprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über den Bauzwinkel. Redner empfahl, um dieses Uebel zu beseitigen, die politische wie auch die gewerkschaftliche Organisation. Die Kollegen Hähnel, Hellwig, Bleck und Reilmann, welche sich an der hierauf folgenden Diskussion beteiligten, nutzten ein Lied von dem Schwindel des Baugewerbes zu singen, und daher ermahnten alle zum Eintritt in die bestehende Organisation. Nachdem man sich über die Regelung der Heise-Unterstützung schlüssig geworden war, stimmte man dem Antrag, dem Kassirer für jeden Kassenabend 30 Pf. zu bewilligen, zu.

Charlottenburg. Der Wahlverein hielt am 5. Dezember im „Bismarckshöhe“ eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Paul Jabn-Berlin referirte über das Thema: „Der Kampf wider den Umsturz.“ Redner schloß seinen beifällig aufgenommenen Vortrag mit der Mahnung: treu zusammenzuhalten, dann werde die Partei, welche bereits ein 12jähriges Ausnahmegesetz überwunden habe und dabei erstarkte, auch mit den ihr jetzt zugehenden Bedrückungen fertig werden und ihre Anhänger als Sieger aus dem für ihre Gegner sehr unruhlichen Kampfe hervorgehen, — die weiterübernde Idee des Sozialismus läßt sich nicht erlöten. — Von einer Diskussion des Vortrages wurde Abstand genommen. Unter Verschiedenem gab Brauer Simon folgenden „Humanitätsakt“ der Spandauer Bergbrauerei bekannt: Aus Anlaß des durch den Boykott hervorgerufenen schlechten Geschäftsganges sah sich die Brauerei gezwungen, dieser Tage weitere Arbeitskräfte zu entlassen. Darunter befindet sich auch der Brauer Kollegen ablohen möge, erwiderte ihm der Braumeister Wangeringer, daß er das nicht dürfe. Er gab ihm aber den Rath, da er doch einermachen rebegewandt sei, in Versammlungen gegen den Boykott zu Felde zu ziehen oder nach irgend einer Zeitungspredikation zu gehen, dort sein Leid zu klagen und zu bitten, daß diese für baldige Aufhebung des Boykotts Stimmung mache, dann könne er auch auf baldige Wiedereinstellung rechnen. (Plaurise.) Genosse Reimann ersuchte die Bierkontrolleure, auf dem Posten zu sein, da die Agenten der Ringbrauereien unter allerlei falschen Vorwänden den Subitern, welche leider keine Zeitung lesen und sich demzufolge bezüglich des Boykotts nicht auf dem Laufenden erhalten, ihr Bier aufzuschnähen suchen. Von Flemming wurde gerügt, daß ausweilich der Wählerlisten viele Genossen von ihrem Recht als Kommunalwähler keinen Gebrauch gemacht haben. — Das Stiftungsfest des Vereins findet am Sonnabend, den 8. Dezember, in „Bismarckshöhe“ statt.

Achtung!
Zahnerlag, auch Zehlsahl, wöchentl.
1 M., Guckel, Laufger Pl. 2, Elffasser-
straße 12.

Bestes 255M
Weihnachts-Geschenk.
Absatz in 5 Jahren
über
200000 Expl.
Fast jede Krankheit heilt:
Bilz,
das neue
Naturheilverfahren,
prämiiert. Unters. Ber. der Natur-
heilkunde einschl. Bacciphar,
Sollmagnetismus etc. etc. 20te Aufl.
1800 Seit. 350 Abbild. Preis
geb. 8.— M. Laufende von
Kranken aufgegebene Kranke wur-
den dadurch noch gerettet. Zu
bez. durch Bilz, Verlag Dresden-
Radebeul u. jede Buchhandlung.
Bilz,
Wie schafft man
bessere Zeiten?
Neu! Gross. Aufschen Neu!
erreg. Schrift. Neu!
170 S. Preis 50 Pf. Auch i. Briefm.
Bilz, Verlag Dresden-Radebeul.

Weihnachts-Geschenke.
Unter dem Tannenbaum empfehle ich
hochfeine Garzer Kanarienvögel
zu 6 M. 30 Pf. mit Porto und Ver-
packung. Weibchen jetzt 75 Pf., von
Januar ab 1 M. Was nicht konvenirt
nehme zurück. Versandt nur per Nach-
nahme. Schutz vor Kälte und Nässe.
Anfragen mit Retourmarken an
L. G. Müller, Vogelzüchterei,
Nordhausen a. S.

Christbaumkonfekt,
reizende Neuheiten, nur genießbare
Waare, 1 Kiste fort. Inhalt, circa
450 Stück 2 M. 50 Pf. 1 Kiste fort.
Inhalt, circa 270 große Stücke 8 M.
Siegfried Brod, Berlin,
Bahmannstr. 37.
46/14

Für nur 5 M. 30 Pf.
mit Porto u. Verpackung versende ich
hochf. Garzer Kanarienvögel
v. Dezember ab 6 M. 30, Weibch. 75 Pf.,
nur in Pärchen z. bez. Umtausch ge-
stattet, Betrag ev. zurück.
L. G. Müller,
Vogelzüchterei, Nordhausen a. S.

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise
Reichhaltiges Lager in
Formen, Bocktafons.
Heinrich Franck,
185 Brunnen-Strasse 185.

Martin Klein,
Uhrmacher, 546AL*
25 Neue Hochstr. 25
empfehle fein Lager aller Arten
Wand- und Taschenuhren.
Reparaturen zu soliden Preisen

Schuh u. Stiefel
mit Kontrollmarke. 1825L*
Empfehle mein Schuh- und Stiefel-
Geschäft Gr. Ausw. i. Winter-Artikeln.
Louis Zaake,
Rüstriner Platz Nr. 8.
Genossen empfehle ich meine Wasch-
u. Plätttafeln bei kostenloser Abholung
der Wäsche und pünktlicher Lieferung.
Bestellung per Postkarte wird vergütet.
[18106] J. Best, Wasserthorstr. 24.

Schneiderin empfiehlt sich in und
ausser d. Hause. Garantie d. Gutstehens.
Fr. M. Hinz, Leichterstr. 40, vorn IV.

Kanarienvögel, hochfeine, passende
Festgeschenk. Straßunderstraße 30,
Drogengeschäft. 43/25

Milchbübel, Kannen, Satten, Waße,
Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen
Butterkneten, Drehtrollen.
Jordan, M. Markstr. 28.

Möbel, gebrauchte, lauft
Bartsch, Schützenstr. 2.
Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hitzschke, gegründet 1872,
Elffasserstr. 13, Ecke Admiralstraße,
am Kottbuser Thor. 56709*

Hut-Engros-Geschäft
von 1154L*
Alwin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part. rechts.
Grösste Auswahl in dieser Branche.
Steife und weiche Herrenhüte von 2.—, 2.40. Extra-Qualität 2.80. Kinderhüte von 1.— an.
Cylinderhüte von 5—10 M. Chapeau-Clagues 9—12 M.

E. Strauss, Schneidermeister,
Blumenstr. 46 pl.
empfiehlt sich unter Garantie zur An-
fertigung gut passender Herren-Garder-
roben. Lager von Stoffen in Auswahl.
Kontante Zahlungsbedingungen. [1029L]

Nur Hüte
mit Kontrollmarke,
Pelzwaaren
von den einfachst. bis zu d. feinst. Genres.
Großes Lager in Damen-
Herren- u. Kinderschirmen
führt
Genosse **Otto Gerholdt,**
Dresdenerstraße 2
1025L* (am Kottbuser Thor).

Alle Uhren 5462L*
werden sauber und sorgfältig repariert
unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,
gegenüber der Dantes-Straße.
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

In
**Roh-
Tabaken**
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
**!! billigster
Einkauf!!**
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Möbel-
Kaufgelegenheit für Brautleute
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Einrichtungen von 150 bis 3000 M.,
auch jedes Stück einzeln. Aufbaum-
Mahagoni-Kleiderspind 80, Tisch 10,
Sopha 30 M., Seiden- und Wäsch-
garnituren, Paneelsophas, Buffet-
Säulentrumeaux, Säulen-Kleider-
spinden, Vertikow, Muschelspinden,
Schreibtische, Bettstelle m. Matratze 30 M.,
Muschelbettstelle, Spiegel, Küchen-Ein-
richtung. Verliehen gewesene billiger.
Gekaufte Möbel können kostenlos
lagern. Transport frei.
Neue Königstr. 56, 1 Tr.

Schulhygiene.
Die von mir erfundene
**Tragvorrichtung für
Schultornister**
welche das Tragen der Bücher er-
leichtert und Schiefwerden der
Kinder verhindert, wird in meiner
Werkstatt sofort an jeder Mappe
befestigt. 10579*
Preis 1,50 M.
A. Herzberg, Berlin SW,
Jerusalemstr. 66, Hof rechts part.

Streng reelle Bedienung!

Herren- u. Knaben-Garderoben.
Größtes festiges Lager der Luisenstadt.
**M. Schulmeister, Schneidermstr., Dresdenerstr. 4, Kottbuser-
thor,**
empfiehlt zur
Saison sein reich sortirtes Lager zu außergewöhnlichen billigen Preisen!
Bestellungen nach Maass von deutschen, englischen und französischen Stoffen werden in eigener
Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung billig und gut stand angeführt.
Begründung des Geschäfts 1878.

Nie dagewesen!!
In dem **Konkurs** der Herren-Kleidermagazine
Kleiderbaron, Berlin,
Landsbergerstraße 59 und
Centraldepot, Berlin,
Oranienstraße 50,
sollen die kolossalen Bestände aus dieser Konkursmasse, bestehend aus
Herren- u. Knaben-Garderoben
nachdem dieselben nunmehr übernommen **schleunigt** noch vor
Weihnachten zu Tagespreisen geräumt werden.
Nie dagewesen!!

Farbin-Knabenanzüge	von 2 M. an
Herrenhosen	2 " "
Herrenanzüge	10 " "
Schwere Winterpaletots	9 " "
Prima Hohenjohannmäntel mit reinwooll.	" " "
Butter	25 " "
Elegante Schlafroche	7 " "
Häuser mit Pelzlinie	12 " "
Todensjoppen	6 " "

Verkaufszeit 10—1, 3—9 Uhr. Sonntags 8—10, 12—2 Uhr.

Halb und Halb.
**Mampe mit
Pomeranzen**
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche
Mark 1,25
Carl Mampe
Urkürdrik Berlin N. 28
In allen Colonialwaarenhandlungen

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren be-
stehenden **Waarenlagers:**
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Feinwaaren!
zu **spottbilligen** Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadt-
bahnhof
Börse.
J. Brünn
Am Stadt-
bahnhof
Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Otto Eleser, Uhrmacher (Fachmann), **Neumannstr. 15.**
Nur 1 Mark
kostet die Reinigung jeder Uhr. Bei allen
Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.
Lager und Reparaturwerkstatt für Uhren, Musikwerke, Gold-
waaren und optische Gegenstände. Auf das Einschleifen
von Brillengläsern kann gewartet werden.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Anstattungen
in Mahagoni und Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastiansstr. 20.
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28.) 5468L*

Winter-Heberjieber, Gosen,
Pfundleibe, Stallgerstr. 18. 10229*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind an Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit verließen gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.
Zahlungsgestaltung. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Aufbaum-Kleiderspinden 30, Stühle
3 Mark, hochfeine Muschelspinden
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Paneel-
sophas 75, Buffets, Trumeaux 65 M.,
Betten, Couffentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
großes Möbellager Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
können bis Januar kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

37 als anerkannt reelle und **37**
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren (Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Jede Uhr
reparieren u. reinigen lassen
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur 1,50 M.
außer Bruch, keine Re-
paraturen billiger. Großer
Lager neuer u. gebrauchter
Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker etc.
Alle Arten Ketten, sowie Brillen und
Pincenez. 58352*
Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

**Beste
Bezugsquelle**
für
Mehle, Hülsenfrüchte etc. etc.

Extra-Kaiser-Auszug	per 18 Pf.
Kaiser-Auszug	14 "
Best. Weizenmehl (2 Pfd.)	25 "
Gutes Weizenmehl	11 "
Bestes Roggenmehl	12 "
Zucker i. Raffinade	22 "
Pinsen	9 "
Weisse Bohnen	10 "
Schälbohnen, extra groß	10 "
groß (2 Pfd.)	35—38 "
Partigries	20 "
Weizengries I, II	16—13 "
etc. etc.	1459b

Lust & Co.,
14, Brunnenstr. 14.

**Möbel-
Gelegenheitskauf**
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200—1000 M. Zahlung ge-
stattet. Elegante Aufbaum- u. Maho-
goni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Waschtouletten, Küchen-
spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.;
Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux
65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silber-
schänke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand veräumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstr. 48 a:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag des Vorstandes: Annulierung des Beschlusses der Mitglieder-Versammlung vom 12. November 94. 2. Ergänzungswahlen des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Vereingangelegenheiten und Verschiedenes.
198/14 **Der Vorstand.**

Achtung! Feilenhauer!

Sonntag, den 9. Dezember, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Reichert, Müllerstr. 7:
Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Arbeitsverhältnisse in der Feilenfabrik von Richard Pfeiler. — Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Feilenhauers, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand
der Filiale Nord des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgebung.
Heute, Sonnabend, den 8. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Nordens
im Restaurant Wilke, Hochstr. 32a.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
198/2 **Der Vorstand.**

Leder- und Galanteriewaaren-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 10. d. Mts., Abends 9 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16:
Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Sassenbach über „das Freimaurerthum“. 2. Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Lewy jun. 3. Verschiedenes.
75/10

Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 9. Dezember 1894, Vormittags 10 Uhr, in Köllig's Saal, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:

1. Die richten wir unsere Agitation ein. 2. Wie hat sich in diesem Jahr die Fensterfrage geregelt. 3. Vereingangelegenheiten.
Die Versammlung wird prägnant eröffnet.
246/11 **Der Vorstand.**

Pankow.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes (Filiale Nord).
Sonntag, den 9. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, im Nordstern (Lehmann), Borsigstr. 113:
120/11

Wander-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Scholz über: „Die Kinder des Volkes“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten Teller-Sammlung. — Herren als Gäste haben Zutritt. — Um regen Besuch bittet
Die Bevollmächtigte.



Solidarität!

Arbeiter! Nur Güte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Verfertiger gerechter Lohn wurde!

Kauft nur Güte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind

Hüte

mit Kontrollmarke zu haben.

- H. Aertsens, Pringensstr. 28.
- O. Arnold, Dresdenerstr. 116.
- F. Antoni, Chausseestr. 60.
- Rud. Belsse, Chausseestr. 70.
- W. Bracklow, Schönhauser Allee 29.
- O. Böttcher, Landsbergerstr. 113.
- E. Dittmer, Ackerstr. 68a.
- G. Dunsing Nachh., Dresdenerstr. 6.
- Max Eckard, Alexanderstr. 16, Oranienstraße 57, Kommandantenstr. 20, Spittelmarkt 13, Alexanderstr. 1.
- O. Gerholdt, Dresdenerstr. 2.
- Th. Gerlach, Finienstr. 39.
- G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130.
- A. Grauert, Rummelsburg, Türschmidstr. 2a.
- E. Grünbaum, Badstr. 44.
- Ph. Haase, Reinickendorferstr. 64.
- R. Haase, Kastanien-Allee 36.
- P. B. Hansen, Mäntelbergerstr. 26, Weisstr. 18.
- M. Hollmann, Elisabethstr. 14.
- O. Jörs Nachh., Pantstr. 5a.
- C. Klinge, Cöpenick, Grünstr. 34.
- W. Kloss, Bernauerstr. 108.
- G. Knaake, Andreasstr. 24.
- J. Kock, Kastanien-Allee 30.

- Ph. Krull, Biondikirchstr. 55.
- L. P. Koschel, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 27.
- Arnold Lange, Brunnensstr. 181.
- A. Lemaitre, Wilmerdorferstr. 147a.
- Oskar Liscow, Oranienstr. 147a.
- H. Meissner, Neue Hochstr. 43.
- J. C. Otto, Chausseestr. 22.
- M. Polvogt, Biedischstr. 52.
- E. Rieck, Badstr. 64.
- W. Rother, Krudstr. 31.
- E. Radloff, Charlottenburg, Berlinerstraße 50.
- Carl Sarsch, Wilmersdorferstr. 52.
- H. J. Stoboy, Oranienstr. 170.
- Carl Stark, Neue Königstr. 73.
- G. Schaudt, Weissensee, Langhausstraße 71.
- A. Schumann, Gerichstr. 20.
- W. Wolff, Kallstr. 52, Ecke Neue Hofstraße.
- C. Wolter, Biondikirchplatz 2.
- R. Wegener, Moabit, Stromstr. 59.
- A. Wittnabacher, Lüdewerstr. 4.
- W. Zapel, Skalitzerstr. 131.
- A. Zecholius, Mantensfelstr. 17.

Es ist immer nach der Marke zu fragen, das Einkleben derselben beim Kauf ist Betrug.

Die Kommission.

J. K.: C. Kempe, Weinstraße Nr. 12.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99 und **Rosenthalerstr. 63/64**

in vorzüglicher Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten und durch reichliche Entlastung zu unterstützen.
1102L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Verantwortlicher Redakteur: J. Pierl (Emit Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, S.W., Deutscherstr. 2.

5000

Damen-

Winter-Jaquets

eigener Fabrik, neueste Façons, enorm billig.

Stoff-Jaquets sehr hohe Façons in den neuesten Farben und Stoffen, 9 M., 10 M., 12 M., 15 M.

Plüsch-Jaquets in nur neuen Façons 25, 30, 35, 40 Mark.

Golf Cape leichte Neuheit in leichten, warmen Stoffen. Große Farbauswahl. 7,50, 9, 12, 15 Mark.

Winter-Capes große Auswahl in Façons und Stoffen, bequemer Frauen-Anhang 15, 20, 25 Mark.

Plüsch-Capes 30, 40, 50 M.

Lange Winter-Paletots echt Cover Coating, Gollino und Double 20, 25, 30 Mark.

Winter-Pelerinen-Mäntel für Frauen, leicht und warm, 20, 25, 30, 35 Mark.

Wattirte Röder- und

Abend-Mäntel grosses Lager in allen neuen Farben u. Façons mit den neuesten Pelzarten garnirt 10, 12, 15, 20, 30, 40 Mark.

Regen-Mäntel leicht nach Bedarfender Saison, so lange der Vorrath reicht zu halben Preisen, sehr geeignet für Weihnachts-Geschenke.

Jurück-Jaquets 5 u. 6 Mk. gefärbt früherer Preis 20 bis 30 M.

Mäntel-Fabrik
Sielmann & Rosenberg
Berlin, Kommandantenstr.,
Ecke Lindenstraße.

praktische Weihnachts-Geschenke

empfehle ich
wollene Strickjacken in allen Preisen, Erholagen für Herren und Damen, Leibwäsche und Bettwäsche, Strümpfe, Korsets, Kravatten, Aragen, Manschetten, Oberbänder.
Bes. empfehlenswert gegen Schwellfüsse

Landwolle, garantiert nicht einlaufend. 1210L*
Richard Stock, Wrangelstr. 119.

Rester

Kleiderstoff-Rester 6 Meter für 2,70, 4,20, 5,70 etc.

Rein seid. Merveilleux, schwarz u. feulent Nr. v. 1,50 an, in Resten von 4-15 Metern.

Hemdentuch in Resten von 4-20 Metern, Meter 24 Pf., 27 Pf., 30-30 Pf.

Louisiana-Tuch in Stücken v. 20 Metern, 8, 9, 10 M.

Bettzeuge, Laken, Leinen, Handtuch

Tischtücher mit 6 Servietten, das Gebet 2,75, 3,75, 5,00, 8,00 etc.

A. Wronkow, 162.

Tausend **Modell** Damen

Abendmäntel aus Seide wattirt 8,00 bis 15,00, hochlegant mit langem echten Pelzhaum 20-30. Neueste Winter-Jaquets-Mäntel mit abnehmbarem Cape 6-20, Seidenfaul-Plüsch-Jaquets mit kleinen aufschraubbaren Webefeldern 15 bis 40 (Regenmäntel, um zu räumen, 5-15) Landsbergerstr. 48, 1 Er.

Es ist

mir gelungen, auf einer Auktion 480 hochfeine Herren-Winterpaletots, 300 hochlegante Damenmäntel und 3 Jaquets zu erwerben. Ich verlaufe daher Herrenpaletots von 11,50 M. an, Damenmäntel von 9,50 M. an, Pohlenzollerumantel, Knabenpaletots, Herrenanzüge, Reiteranzüge, Jaquets, Hosen, Hüte, Schirme, Wäsche, Stiefel, Koffer, Kessel, Revolver, Harmonikas, Betten, Uhren, Ketten, Ringe etc. zu enorm billigen Preisen. 12068*

Gustav Lude, Warenhaus, Berlin, Oranienstr. 131.

Schuhe und Stiefel aus der Deutschen Schuhfabrik in Erfurt empfiehlt
C. Anders, Gerichstr. 82.

Schmiedel's Festsäle, Alte Jakobstr. 32

Sonntag, den 9. Dezember:

Matinee,

bestehend in Lokal-Konzert,

ausgeführt vom

Gesangverein „Frenzberger Harmonie.“

Anfang 12 Uhr. — Billet 20 Pf.

Da der Ueberschuss den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern zu fällt, bittet um rege Beteiligung
129/11 **Das Komitee.**

Gr. Weihnachts-Ausverkauf!

Wegen zu hoher Ladenumthe bin ich gezwungen mein bedeutendes Waarenlager aufzulösen. Ich offerire:

	1 1/2	1/2	1/2	
	Pfd.	Gr.	Gr.	
Feinst. Wiener Auszugmehl.	18	1,10	2,05	Feinst. Holländ. Cacao's à Pfd. 1,35, 1,80, 2,10 M.
Feinst. Deutscher Kaiser-Auszugmehl	16	95	1,85	Feinste neue Soudong-Thees à Pfd. 1,80, 2,—, 2,40 M.
Feinst. Weizenmehl 000	14	85	1,65	Feinste Balmor-Chocoladen 45, 55, 70 Pf.
Weizenmehl 00	12	75	1,45	Feinste Block-Chocolade à Pfd. 68 Pf.
Neue Kofinen, Sultaninen u. Corinthen à Pfd. von 20 Pf. an.				Feinste Vanillen-Chocolade (ohne Mehlaufschlag) à Pfd. 78 Pf.
Neue große süße Mandeln à Pfd. 70 Pf.				Fein. alt. Nordb. Korn 1 gr. Fl. 65 Pf.
Feinstes Citronat à Pfd. 65 Pf.				echter Staudorfer 1 " " 82
Tannenbaum-Bisquit in großartiger Ausführung à Pfd. 50 Pf.				Berliner Getreide
Neue Wall-, Hasel- und Paranüsse, spottbillig.				Kümmel 1 " " 85
Baumlichte in allen Größen u. Farben.				echt Alpenkäser 1 " " 85
Grosses Cigarren-Lager in nur feinen Marken per 100 Stück 2,90, 3,50, 3,65, 4,—, 4,80 bis 10 M.				Mamp's Halb u. Halb 1 " " 1,15
Feinerer empfehle ich meine anerkannt feinen Kaffee's, sowie alle Kolonialwaaren in nur besserer Qualität zu auffallend billigen Preisen. Prompter Stadt-, Post- und Bahn-Versand. Preislisten gratis und franco.				Feiner alter Rum à Fl. von 85 Pf. an. Cognac 1,30 an.

Kostproben gratis.
Präsent-Cigarren in grosser Auswahl, in geschmackvollen Kistchen zu 25 und 50 Stück. 12028*

A. Fiebach, Schwedterstr. 20 (Ecke Choriner-) Fernspr. III 8117.

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke

Verkaufsstellen direkt in der Fabrik
Stallschreiber-Strasse No. 50/51, 1 (Ecke Alexandrinenstr.) und Jerusalem-Strasse 65 (Laden, an der Kirche).
Sämmtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen fachmännischen Leitung hergestellt. Telefon Amt IV 9790.

E. Vogtherr, Berlin,

O., Langestr. 102 und NW., Stephanstr. 29.

Eisen- und Stahlwaaren-Handlung.

Lager v. Werkzeugen u. Haus- u. Küchengeräthen.

Praktische Festgeschenke:
Saubrühen, Schlittschuhe, Schlitten, Tisch- u. Hängelampen etc. in großer Auswahl zu billigen Preisen. 12098*

Freie Zusendung. Fernsprech-Anschlüsse.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 1475b

Puppen! Puppen!

in grösster Auswahl empfiehlt zu billigsten Preisen

Gustav Sabor,

159, Invalidenstrasse 159,

neben der Markthalle. 12078*

Kaufen Sie keine Pelzwaaren

ehe Sie sich von den wirklichen Fabrikpreisen überzeugt haben bei

V. Burdzik, Berlin O., Holzmarktstr. Nr. 60.

Gingang vom Flur.
Versandt nach ausserhalb gegen Nachnahme. 12098*

Möbeltischlerei und Lager

von **A. Schulz, Tischlermeister.** 647L*

5 Reichenberger-Strasse 5, gegründet 1878.

empfehle sein enorm großes Lager in Mahagoni- u. Nußbaum-Möbel, sowie Polsterwaaren eigener Fabrik, zu billigen Preisen. Garantie für dauerh. Arbeit.

Damen- und Kinder-Mäntel-Fabrik

Hermann Hiller

1. Geschäft: Landsbergerstr. 79, 2. Gesch.: Alexanderstr. 15, 3. Geschäft: Belle-Alliancestr. 22.

Elegante Winter-Jaquets in allen Farben St. 4,50, 5,50, 6, 7,50-20 M. Paletots 12, 15, 18, 30 M.

Elegante Plüsch-Jaquets ohne Fehler Stück 13,50, 16-24 M. Prima Seal 24, 27, 33-40 M. 1094L*

Frauen-Mäntel, Cape extra zu tragen 16-18, 20, 24 M. Große Auswahl in Seiden-Matelasse, Seidenplüsch, Cape-Mäntel etc. Stoff Röder in allen Farben von 12,50-30 M. Prima wattirte Röder in allen Farben 8-25 M. Regenmäntel um zu räumen für jeden Preis.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. Berlin S.O., Köpenickerstr. 35.